Heft 4 April 2001 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A öS 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lir 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

4 391202 708006 04

Öko-Frontschwein in Mazedonien

KFOR

in konkret April 2001

hier konkret von Antje Radcke

Antje Radcke war von Dezember 1998 bis Juni 2000 Bundesvorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen. Seit September 2000 ist sie Landesvorstandssprecherin der Grünen in Hamburg. In ihrem gerade erschienenen Buch »Das Ideal und die Macht – Das Dilemma der Grünen« setzt sie sich kritisch mit der Parteiführung auseinander

von Konkret

an konkret

Patridiotie von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Legal, real, scheißnormalImmergrün von Georg Fülberth

Zwei Seuchen, eine neue Ministerin und eine 91-Prozent-Vorsitzende:Die Bündnisgrünen scheinen im Aufschwung. Doch wie sieht der aus? Beiträge von Georg Fülberth über die Zukunft der Partei, von Joachim Rohloff über Claudia Roth und von Gert Ockert über Jürgen Trittin

Legal, real, scheißnormalGrößter Anzunehmender Unfug von Joachim Rohloff

Zwei Seuchen, eine neue Ministerin und eine 91-Prozent-Vorsitzende:Die Bündnisgrünen scheinen im Aufschwung. Doch wie sieht der aus? Beiträge von Georg Fülberth über die Zukunft der Partei, von Joachim Rohloff über Claudia Roth und von Gert Ockert über Jürgen Trittin

Legal, real, scheißnormalLatschdemo von Gert Ockert

Zwei Seuchen, eine neue Ministerin und eine 91-Prozent-Vorsitzende:Die Bündnisgrünen scheinen im Aufschwung. Doch wie sieht der aus? Beiträge von Georg Fülberth über die Zukunft der Partei, von Joachim Rohloff über Claudia Roth und von Gert Ockert über Jürgen Trittin

Unser Auftrag von Christian Y. Schmidt

Fehler, Lügen, Dummheiten – ein vorläufiges Resümee der Diskussion über Joschka Fischers politische Vergangenheit

zu Protokoll

Eine seiner weltberühmten »Debatten auf hohem Niveau« führte der Deutsche Bundestag am 16. Februar auf Antrag der PDS über die Lügen, mit denen Schröder, Scharping und Fischer den Überfall deutscher Truppen auf Jugoslawien gerechtfertigt hatten. Eine aufs Wesentliche gekürzte Fassung

Drogen & Pipelines von Jürgen Elsässer

Beim Krieg albanischer Separatisten gegen Mazedonien geht es um die Schaffung Großalbaniens – und um die Kontrolle der Heroin- und Erdölrouten

Umfassender Beitrag von Otto Köhler

Der Jugoslawien-Korrespondent der »FAZ«, Matthias Rüb, ist mit der Rudolf-Vogel-Medaille der Südosteuropa-Gesellschaft ausgezeichnet worden. Zu Recht

Kleine Zeit in Minimundus von Erwin Riess

Frühling in Österreich, Wahlen in Wien, Hochsaison für Antisemiten

Diagnose: Judenhaß von Günther Jacob

Wie die Österreicher unter den Nazis Antideutsche wurden und dabei Antisemiten blieben

Zwangsjacke? Paßt! von Rolf Surmann
Über die Reaktionen der deutschen Wirtschaft auf die Weigerung einer US-Richterin, Entschädigungsforderungen von NS-Opfern abzulehnen

In diesem Sinne - Schulden vor Schuld von Otto Köhler

In diesem Sinne - Hitlers Vertriebene von René Martens

In diesem Sinne - Knopp kurios von Monika Köhler

Harte Landung von Winfried Wolf
Fasten your seat belt: Die Krise der US-Ökonomie wird weltweit Turbulenzen verursachen, da sie mit der erneuten Rezession in Japan und dem Einbruch am Neuen Markt zusammentrifft

Smart Sanctions? von Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken
Bombenangriffe auf Bagdad, aber keine Strategie für den Sturz Saddam Husseins – die neue Politik der USA ist die alte

Erkenntnisse aus Pullach von Philip Hogh
Experten widersprechen den BND-Angaben von einer Wiederaufnahme des irakischen ABC-Waffen-Programms

Buch des Monats von Jörg Huffschmid
Winfried Wolf: Fusionsfieber. Oder: Das große Fressen. Globalisierungsmythos – Nationalstaat – Wirtschaftsblöcke. PapyRossa Verlag, Köln 2000, 288 Seiten, 28 Mark

Kunst & Gewerbe

»Auf Bonzen und asoziales, arbeitsscheues Pack scheiß' ich« von Martin Büsser
Kulturkolumne

Der Zöllner, ein Grenzgänger von Georg Seeßlen
Über die Henri-Rousseau-Ausstellung in der Kunsthalle Tübingen

Buch & Deckel von Gerd Fittkau
Holger Schatz/Andrea Woeldike: Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion. Unrast Verlag, Münster 2001, 204 Seiten, 29,80 Mark

Buch & Deckel von Frank Schäfer
Wolfgang Bortlik: Halbe Hosen. Edition Nautilus, Hamburg 2000, 190 Seiten, 35 Mark

Buch & Deckel von Hartwig Vens
Burkhard Schröder: Nazis sind Pop. Espresso, Berlin 2001, 159 Seiten, 24,90 Mark

Egon Krenz – Herbst 89 von Peter Hacks
An Stelle einer Rezension. Behutsam gekürzt, mit Zwischenüberschriften versehen und tiefer gehängt

Recht auf Rache von Tjark Kunstreich
Zwei Autoren haben die Vergeltungsaktionen jüdischer Überlebender im Nachkriegsdeutschland untersucht

»Give love!« von Marcus Hammerschmitt

Eine Ausstellung in der Münchner Villa Stuck erzählt die Geschichte der afrikanischen Befreiungsbewegungen nach 1945

» ˜ bazillus 116 >Juden« von Brigitta Huhnke

Deutsche Schulbücher verbreiten noch immer antisemitische Klischees. Die politisch Verantwortlichen kümmert das wenig

Melodie & Rhythmus von Jürgen Roth

Thomas Groß: Berliner Barock – Popsingles. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2000, 196 Seiten, 18,90 Mark

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf

Carl-Ludwig Reichert: Frank Zappa. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2000, 160 Seiten, 16,50 MarkThomas Steinfeld: Riff. Tonspuren des Lebens. Dumont, Köln 2000, 280 Seiten, 38 Mark

Verstrahlte Hirne von Jan Delay, René Martens

KONKRET-InterviewNach einem vergoldeten Album mit der HipHop-Band Absolute Beginner und einer Platin-Single als Solo-Künstler fährt der 25jährige Hamburger Musiker Jan Delay nun eine radikale Gegenstrategie: Auf »Searching For The Jan Soul Rebels« (Buback/Groove Attack), einer reinen Reggae-Platte, formuliert er ironisch seine Sympathie für die RAF (»Söhne Stammheims«), besingt die Allgegenwart des Faschismus und reitet sogar eine Attacke gegen die eigenen Fans

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt

TrafficDuell – Enemy at the Gates

FilmTheater von Connie Uschtrin

A. Bauerhoch/G. Koch/R. Lippert/H. Schlüpmann (Hg.): Krieg & Kino. »Frauen & Film« Heft 61, Stroemfeld, Frankfurt a. M. 2000, 236 Seiten, 40 Mark

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/01, S. 3

Antje Radcke

hier konkret

Antje Radcke war von Dezember 1998 bis Juni 2000 Bundesvorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen. Seit September 2000 ist sie Landesvorstandssprecherin der Grünen in Hamburg. In ihrem gerade erschienenen Buch »Das Ideal und die Macht – Das Dilemma der Grünen« setzt sie sich kritisch mit der Parteiführung auseinander

konkret: Ihr Buch liest sich wie eine nachträgliche Abrechnung. Warum haben Sie nicht als Bundesvorstandssprecherin direkt und deutlich auf die Probleme hingewiesen, die anstanden?

Radcke: Das habe ich ja versucht. Aber es ist daran gescheitert, daß ich nicht die Macht und Unterstützung hatte, um auf Fischer, Trittin u.a. einzuwirken oder alle verantwortlichen Personen an einen Tisch zu bekommen, damit man vielleicht mal erkennt, daß nicht alles so läuft, wie es laufen sollte.

konkret: Obwohl Sie oft »innerlich vor Wut gekocht« haben, sind Sie für Positionen eingetreten, die Sie falsch fanden – z.B. Trittins Vorlage zum Atomausstieg – , um die Partei zusammenzuhalten.

Radcke: Ich hatte die Befürchtung, daß ich durch Alleingänge die Partei gefährden, sie sogar auseinanderreißen könnte. Das hat aber auch damit zu tun, daß ich viele Dinge einfach falsch eingeschätzt habe. Jetzt im nachhinein denke ich auch, daß es besser gewesen wäre, rechtzeitiger zu sagen: »Nein, so nicht.« Ich habe zu viele Spiele mitgespielt.

konkret: Man sieht am Kosovo-Krieg, wie schnell sich führende Grüne von ihren Grundsätzen verabschiedet haben. Wenn durch Kompromisse das Gegenteil von dem erreicht wird, was man wollte, wäre es da nicht auch für die grüne Partei besser gewesen, den Bruch der Koalition zu riskieren, als sich zu einem Mittel für die Verwirklichung falscher Zwecke degradieren zu lassen?

Radcke: Wir haben uns nicht von unseren Grundsätzen verabschiedet. Aber es war allen klar, daß wir unser Wahlprogramm nicht eins zu eins würden umsetzen können. Was die Zustimmung zu dem Nato-Bombardement betrifft: Da waren einfach schon Weichen gestellt. Wir hatten mit dem Vorratsbeschluß des Bundestags eine Hypothek aufgenommen, die es fast unmöglich machte, sich gegen eine Nato-Intervention zu wenden. Die einzige Möglichkeit wäre der Koalitionsbruch gewesen. Ich hielt das damals für verkehrt, weil der Krieg dadurch nicht beendet worden wäre und es der Partei nicht weitergeholfen hätte.

konkret: Sie gehören selbst dem sogenannten linken Flügel der Grünen an. Claudia Roth hat diesen Flügel in mancher Frage offensiver vertreten, hatte aber nie die Probleme, mit denen Sie zu kämpfen hatten.

Radcke: Der linke Flügel ist seit dem Kosovo-Krieg in viele kleine Teile zerbröselt. Aber auch davor gab es keine einheitliche Linke. Meine Schwierigkeit war, daß ich zwar schon vor meinem Amt als Bundesvorstandssprecherin in linken Zusammenhängen aktiv war, daß aber dort nie eine Vorbereitung darauf stattgefunden hat, wie wir uns in der Regierung verhalten sollten, wenn wir bestimmte, für uns schwierige Kompromisse mittragen müßten. In dem Moment, in dem ich zu verstehen gab, daß ich mich als Sprecherin der gesamten Partei gesehen und dann auch entsprechende Positionen vertreten habe, bröckelte die Unterstützung des linken Flügels.

konkret: Auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) tauchte die Forderung auf, das 1993 abgeschaffte Asylrecht wiederherzustellen. Fritz Kuhn hat das jedoch sofort für nicht durchsetzbar erklärt. Ist der Beschluß also eines der unverbindlichen Zugeständnisse an ein paar verprellte Wähler?

Radcke: Ich glaube, daß das mehr war. Meiner Einschätzung nach hat mittlerweile in der gesamten Partei ein Prozeß eingesetzt, in dem man sich auf unsere Grundsätze besinnt. Es war klar, daß das in der Regierung nicht umsetzbar sein würde. Aber ich selbst bin 1993 aus der SPD ausgetreten und zu den Grünen gegangen, weil ich dort eben genau diese grundsätzliche Position wiederfand. Das ging vielen so. Ich glaube, daß das auf der BDK einfach noch mal ein Signal war, daß wir nicht vergessen haben, wo unsere Grundsätze liegen.

konkret: In der Diskussion um die Äußerung von Jürgen Trittin über den CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer haben die Grünen gezeigt, daß sie sich positiv auf die Nation beziehen, aber nichts mit Nationalismus zu tun haben wollen. Wie üblich wird übersehen, daß die Nation eine Sache der Rechten ist.

Radcke: Das sehe ich auch so. Ich stehe dazu, ein gestörtes Verhältnis zu einer von rechts definierten Nation zu haben. Wenn es eine Partei gibt, die über die nationalen Grenzen hinaus und in einem globalen Rahmen denken können sollte, dann die Grünen. Es geht nicht darum, sich dafür zu entschuldigen, daß man die deutsche Staatsbürgerschaft hat, sondern darum, den Nationenbegriff aufzulösen und nicht ständig darauf Bezug zu nehmen.

konkret: SPD und Grüne haben offensichtlich Angst vor dem Vorwurf, sie seien »vaterlandslose Gesellen«.

Radcke: Ich kann verstehen, daß sich die SPD von einem solchen Vorwurf getroffen fühlt, da sie eine Volkspartei ist. Aber die Grünen sind keine Volkspartei und sollten es auch nie werden wollen. Es gibt in unserer Partei Kräfte, die sehr in die Mitte hineinwirken wollen und den Anspruch haben, auch über das Thema der Nation mehr Menschen zu erreichen. Ich bin überzeugt davon, daß das ein Irrweg ist.

Konkret 04/01, S. 4

von Konkret

Pünktlich zum zweiten Jahrestag des Nato-Krieges gegen Jugoslawien haben sich Fischers UCK-Freunde entschlossen, mit Mazedonien den nächsten Staat anzugreifen. Damit die Heimatfront genauso stramm steht wie beim letzten Mal werden die letzten Kritiker in den etablierten Medien attackiert. Aktuell geht es gegen die Redaktion des ARD-Magazins »Monitor«, die seit Jahren immer wieder Informationen unters Fernsehvolk bringt, die nicht kriegsverwendungsfähig sind. Die WDR-Dokumentation »Es begann mit einer Lüge« der »Monitor«-Redakteure Jo Angerer und Mathias Werth hat im Reichstag zu einer jener denkwürdigen »Sternstunden des deutschen Parlamentarismus« (s. zu Protokoll, S. 20) geführt, die »FAZ« spricht von »Bulldozer-Journalismus«, das Verteidigungsministerium sammelt gerichtsverwertbares Material. Wir drücken den Kollegen die Daumen, daß es zum Prozeß kommt.

konkret-texte-Neuerscheinungen: Ende April erscheint, herausgegeben von Oliver Tolmein, das Buch *Besonderes Kennzeichen: D. Multi-Deutsche, Staatsbürger zweiter Klasse und die unsichtbaren Dritten* (Bd. 30). Es beschäftigt sich mit den materiellen Grundlagen der sogenannten Leitkultur-Debatte, also mit Fragen der staatlichen Asyl und Einwanderungspolitik und ihrer ideologischen Verpackung sowie mit den Lebensumständen Illegalisierter und der gesellschaftlichen Stigmatisierung »ausländischer« Minderheiten (Autorinnen und Autoren: Hermann L. Gremliza, Michael Hahn, Gaby Hommel, Albrecht Kieser, Bernhard Schmid, Oliver Tolmein, Wolf Dieter Vogel, Kirsten Wiese). Anfang Mai folgt der von Hermann L. Gremliza herausgegebene Band *Hat Israel noch eine Chance. Palästina in der neuen Weltordnung* **(konkret texte** Bd. 29). Das Buch informiert über die Geschichte des Nahost-Konflikts, die Gründe und Perspektiven der gegenwärtigen Auseinandersetzung und über die Stellung der deutschen Linken dazu; es enthält einen ausführlichen Dokumenten-Anhang. Beide Bücher können ab sofort beim Verlag bestellt werden (s. in diesem Heft S. 34 f).

Die Redaktion hatte Georg Fülberth um einen Kommentar zu Antonio Negris Beitrag »Was tun mit >Was tun<?« (KONKRET 3/2001) gebeten. Fülberth hat darauf, verbindlich wie immer, geantwortet:

Inzwischen habe ich den Negri-Text gelesen und kann keinen Kommentar dazu schreiben. Der Verfasser bewegt sich auf einem Wissensgebiet, welches mir so vollständig unzugänglich ist, daß ich noch nicht einmal weiß, um welchen Bereich des menschlichen Denkens oder Fühlens es sich überhaupt handelt. Der häufige Gebrauch des aus der Geschichte des verflossenen 20. Jahrhunderts bekannten Namens »Lenin« gibt mir nicht den erhofften Aufschlug. Ein italienischer Freund, den ich konsultierte, sagte mir, es sei Dichtung. Das ist aber nicht mein Fach. Fragen Sie in einem solchen Falle Dr Hacks.

So geht es auch.

Beim Barte des Proleten: Die Leitartikler gestehen ihre Überraschung, wie sehr die Spontis seit den siebziger Jahren sich verändert haben, ein paar nicht ganz so dumme Feuilletonisten entdecken heute, daß mit den Frankfurter Straßenkämpfern schon damals etwas nicht gestimmt hat. Was genau es war, hätten die einen wie die anderen im September 1979 in KONKRET nachlesen können, in der Titelgeschichte »Freaklich in die Katastrophe«, geschrieben von dem inzwischen verstorbenen Kulturredakteur Hartmut Schulze:

Aber wo es um die Umwertung aller Werte geht, wo Nietzsche, Stirne, oder Jünger im „Pflasterstrand“ erscheinen könnten, ohne daß sich jemand wunderte, ist es auch nicht mehr ausgeschlossen, daß da ein Sponti kommt und Freiheit für den Krieg fordert. Bei »Freiheit für Rudolf Hess« ist Daniel Cohn-Bendit schon angelangt.

Gefunden hat die wahrgewordene Vorhersage KONKRET Leser Matthias Beltz, einer der wenigen Spontis von damals, auf die sie nicht zutreffen sollte. Die Redaktion dankt für den Hinweis.

KONKRET in der Schweiz: »Elsässer, ansonsten kühnen Thesen und Verschwörungstheorien nicht abgeneigt, bleibt in diesem Buch relativ kühl. Fakten, Fakten, Fakten beziehungsweise Akten, Akten, Akten - das ist diesmal seine Devise. Der Autor ... zitiert, zweifellos clever, oft Quellen, die linker Propaganda unverdächtig sind - darunter die >Lageanalyse des Auswärtigen Amtes, Tagesberichte des US-State-Departments oder Äußerungen deutscher Kriminalbeamter«, schreibt die

Zürcher »Wochenzeitung« (»Woz«) in einer Rezension von Jürgen Elsässers Buch *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* (konkret texte 27). Der Autor liest aus seinem Buch und referiert zur aktuellen Situation in Mazedonien am 20.4. in Basel (18 Uhr, Kulturzentrum Tenenum, Großer Saal, Byfanweg 6), am 21.4. in Zürich und am 22.4. in Schaffhausen (Details kurz vorher unter wwwjuergen-elsaesser.de). Weitere Lesungen mit Elsässer finden am 10.4. in Hamburg (19 Uhr, Serbisch-orthodoxe Kirche, Schellingstr. 7-9, HH-Eilbek, U-Bahn Ritterstraße), am 24.4. in Freiburg Brsg. (20 Uhr, Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstraße 15) und am 25.4. in Reutlingen (20 Uhr, Café Nepomuk, Unter den Linden) statt.

Das Gemischte Doppel Gremliza/Tomayer liest am 27.4, um 20 Uhr 'in der Schlosserei des Zentrums Altenberg (Hansastr. 20) in Oberhausen. Es kann für weitere Lesungen gebucht werden. interessierte Veranstalter wenden sich bitte an den Verlag.

Konkret 04/01, S. 6

an konkret

Feige und ehrlich

KONKRET 2/2001: »Der Mörder ist immer der Minister« von Hermann L. Gremliza; »Es hat funktioniert« von Oliver Tolmein

Dieser Joseph Martin Fischer war ja nicht nur ein Polizistenprügler, aus vermeintlich politischen Gründen, sondern auch ein ziemlich gemeiner Dieb in seiner Stuttgarter Zeit. So kommt eins zum anderen. Er stahl sich mit seiner Frau Edeltraut in meiner Buchhandlung – einer Buchhandlung, die sich der Aufklärung verschrieben hatte – , beide angetan mit weiten Pelzmänteln, ausgestattet mit riesigen Innentaschen, eine große Menge Bücher zusammen, diesmal ganz und gar eigennützig, um davon seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Einer anderen Tätigkeit ging er offensichtlich nicht nach. Von diesen hinterhältigen Diebeszügen gibt es leider keine Fotos, aber genügend Zeugen. In großen bürgerlichen Buchhandlungen zu klauen, dazu war Herr Fischer zu feige. Der Buchhändler Niedlich, so hieß es, macht keine Meldung bei der Polizei. Fischer, hört man, will sich bei der Polizei entschuldigen. Weiß doch sogar er, daß nur die Opfer entschuldigen können, nicht die Täter? Ob Margrit Schiller bei ihm gewohnt hat, kann er nicht erinnern. Goethe wird er gar nicht kennen. Bei der PLO-Konferenz ist er gänzlich eingeschlafen, obwohl er auf den Fotos stehend applaudiert. Wieder ein Zeichen seiner Unschuld. Was da noch alles zusammenkommen wird, wenn man einen Stein der unbewältigten Vergangenheit hebt.

Wendelin Niedlich

Stuttgart

Das, was ihr über Fischer schreibt, ist genau das, was ich empfinde. Die Grünen als willfährige Handlanger einer Politik, die in vielen Teilen an die Außenpolitik eines gewissen Rippentropp erinnert. Fischers Gegenwart macht ihn unerträglich und unhaltbar, nicht seine Vergangenheit. Nach zehn Jahren hab ich mich mal wieder für ein Heft von euch entschieden, und ich muß sagen, ich werde das des öfteren wieder tun.

Otmar Ihl

Esslingen

Kritik und Unsinn

KONKRET 3/2001: »Wir sind die, die unsere Eltern sich immer gewünscht haben« von Hermann L. Gremliza

Sicher ist Gremlizas Kritik an einem großen – wenn nicht überwiegenden – Teil der 68er berechtigt. Was mich aber doch wundert, ist die milde Beurteilung der DKP – oder habe ich da etwas falsch verstanden? Meint er das wirklich ernst mit der Kontinuität der Kommunistischen Partei? Die KPD wurde 1956 wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten; die 1968 gegründete DKP war verfassungstreu. Die DKP behauptete sogar, das Grundgesetz lasse die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung offen und könne daher den legalen Übergang zum Sozialismus ermöglichen. Sie fühlte sich offenbar als verkannte Verteidigerin der FdGO; der kapitalistische Staat hat es ihr dennoch nicht gedankt, wahrscheinlich, weil er sie damals nicht brauchte – anders als heute die Grünen.

Robert Seidenath jr.

Gusterath

Den Rütlischwur und den dazu gehörenden Volksbegriff gleichzusetzen mit dem völkischen der neueren Konterrevolutionen ist blanker Unsinn. Die Schweizer wollten frei bleiben und nicht unter die Oberherrschaft einer lokalen Macht geraten, d.h. nur dem Reichstag verantwortlich sein. Nicht überall, wo Volk draufsteht, ist Völkisches drin, man muß schon etwas genauer hinsehen.

Den Rundumschlag gegen die kommunistischen Splitterparteien und den bedingungslosen Einsatz für die DKP kann ich nicht nachvollziehen. Die Arbeit der DKP ist zwar hartnäckig und von Dauer, aber von einer kaum auszuhaltenden

Engstirnigkeit. Die Sektierer der erstgenannten Gruppe haben immerhin vor der Wiederherstellung des Kapitalismus in den ehemals sozialistischen Ländern gewarnt. Daß die Sektierer alle Solidarnosc begrüßt hätten, stimmt einfach nicht.

Zum Schluß möchte ich den Herausgeber bitten, nicht auf zwei Seiten zwei Jahrzehnte in diesem Stil abzuhandeln. Kritik muß nicht konstruktiv sein, da hat der Herausgeber recht, aber konkret!

Dieter Homann

Herten

Links und dumm

KONKRET 3/2001: »EU contra SDI« von Ralf Schröder

Ich lasse mir ja gern von KONKRET auf die Sprünge helfen, aber diesen Salto mortale will ich nicht nachvollziehen. Warum sind Sie so rasch bei der Hand, Kritiker der US-Hegemonie als »die miesesten Linken« und/oder als Dummlinge hinzustellen, die aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts keine Lehren ziehen? Woher wissen Sie, daß kein Kritiker der US-Hegemonie »einen Gedanken an die wuchtige deutsche Übermacht innerhalb Europas verschwendet«? Diese Übermacht besteht doch heute schon. Sollen die USA die ganze Welt unterjochen, nur damit Deutschland politisch-militärisch unbedeutend bleibt? Ein stolzer Preis, den Deutschland eines Tages so oder so nicht mehr zu zahlen bereit sein wird. Sie selbst nennen den Grund: »Das Streben nach Hegemonie (gehört) zum Wesen imperialistischer Verhältnisse.«

Wenn Sie schon auf das 20. Jahrhundert zurückkommen, so bin ich der Ansicht, daß die heutigen USA die Rolle der Deutschen eingenommen haben und wir Deutschen so eine Art Rumänien sind. Was aus derartigen Konstellationen wird, habe ich in der Tat gelernt: Faschismus pur.

Dr. Gudrun Eußner

Berlin

Geographie und Geschichte

KONKRET 3/2001: »Der letzte Lumumbist« von Tjark Kunstreich

1. Kigali ist die Hauptstadt von Ruanda. Die Sezessionsregion war Katanga.

2. Kabila hat nie mit Che Guevara etwas unternommen. Siehe Ernesto Che Guevara: *Der afrikanische Traum* (Kiepenheuer & Witsch).

Randy Braumann

Hamburg

Vogel und Witzfigur

KONKRET 3/2001: hier konkret

Mit dieser Witzfigur eines Herrn Blüm haben Sie den Vogel abgeschossen, beim nächsten Mal bringen Sie vielleicht noch den Ex-Kanzler. Bei Blüm hat sich die CDU jahrelang zu jedem Zweck aus der Rentenkasse bedient. Ich meine, wenn er mit seiner Meinung in »Bild« zu Wort kommt, okay, aber nicht in KONKRET.

Kurt Zieger

Oberhausen

Blut und Boden

KONKRET 3/2001: »Wenn nichts geht« von Horst Pankow

Diesmal wird der Nazismus ausgerechnet vor den Toren Jerusalems gestoppt. Was wird hier eigentlich projiziert? Arafat ist nicht Adolf Hitler, obwohl, wie Pankow suggestiv einwirft, sein Großonkel Nazianhänger und Großmufti von Jerusalem war. Palästinensische Flüchtlinge (»Agitatoren«) sind nicht die schlesische Landsmannschaft. Palästina ist nicht Blut-und-Boden-Deutschland. Die PLO ist nicht die NSDAP. Beruhigt euch!

Jack Wolfinger

Heidelberg

Grobheit und Lüge

KONKRET 3/2001: »Butterfahrt zum Weltgeist« von Rayk Wieland

Sätze wie »Faust kämpfte in beiden Weltkriegen auf deutscher Seite« lassen einen doch überlegen, ob es lohnt weiterzulesen. Ich weiß von *Faust*-begeisterten französischen und sowjetischen Gelehrten an der Front, die beweisen, daß Faust im Ersten Weltkrieg auch auf französischer und im Zweiten Weltkrieg auch auf sowjetischer Seite mitgekämpft hat. Rayk Wieland wünscht sich einen aktualisierten Faust – möglichst einen, in dem Faust als Nazigeneral erscheint? Offensichtlich ist er der Meinung, daß Goethe nicht gut genug gedichtet habe für ein heutiges Publikum. Was das Erkennen der Aktualität vom unverfälschten *Faust* angeht, so empfehle ich zur Einübung folgende Verse aus der Leipziger Szene: »Alle (singen): Uns ist ganz kannibalisch wohl, / Als wie fünfhundert Säuen!

Mephisto: Das Volk ist frei, seht an, wie wohl’s ihm geht!

Faust: Ich hätte Lust, nun abzufahren.«

In der gleichen Szene gibt es Spottverse aufs Deutsche Reich. Hat Goethe eigens für KONKRET gedichtet. Der Vers aus *Faust II* »im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist« ließe sich allerdings aktualisieren, etwa so: Grobheit und Lüge sind jetzt froh vereint.

Heidi Urbahn de Jauregui

Montpellier/Frankreich

Konkret 04/01, S. 9

Hermann L. Gremliza

Patridiotie

»Nie haben sich so viele Politiker außerhalb der Union so freimütig zu ihrem ›Stolz auf unser Land‹ bekannt ... Nie war Trittin mit seiner pathologischen Ablehnung alles Nationalen so isoliert.«

Leitartikel der »FAZ«

Ein kluges Wort – und schon bist du Kommunist. Oder reif für die Anstalt. Laurenz Meyer, hat Jürgen Trittin gesagt, habe nicht nur das Aussehen eines Skinheads, sondern auch seine Mentalität. So ungewiß sein mag, ob das undeutsche Wort unter dieser oder jener Glatze Bleiberecht fände, so genau trifft Trittins »Entgleisung« (»Bild«) jene Instinkte, die den Generalsekretär der CDU von den braunen Schlägern nicht unterscheiden. »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein«: Der Nazi trägt die Parole auf dem Rücken, der christliche Politiker gibt ihr den Brustton. Er will, sagt dieser, das Wort nicht jenem überlassen. (Eine feine Lehre, der gemäß die Juden im Jahre 1933 gut beraten gewesen wären, dem Gruß des SA-Mannes vor der Haustür mit einem fröhlichen »Heil Hitler!« zuvorzukommen.)

Ein Feuilletonist der »Frankfurter Allgemeinen«, Patrick Bahners, der aber vielleicht sowieso den Arbeitsplatz wechseln will, hat in derselben Ausgabe, deren Leitartikel den grünen Minister wegen seiner »Wahnvorstellungen« klinischer Behandlung überwies, Meyers Bekenntnis »ein Losungswort in rechtsradikalen Kreisen« genannt, das »durch diesen Kontext des Gebrauchs unweigerlich determiniert« sei, und zwar als »Schlägerparole«. Das klang nicht schlecht und animierte, als stiller Gedanke im völkischen Bruhaha des Falles Trittin, zu Beifall. Doch das Gute, das so nah zu liegen schien, war wieder einmal nur das gefällige Falsche.

Die Parole wird nicht erst durch den Gebrauch an bösem Platz böse. »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« beschreibt keinen Zustand, das Wort bekundet eine Absicht, will auf etwas hinaus. Im Munde der Schläger, schreibt Bahners, heiße es soviel wie »Ich bin froh, daß ich kein Ausländer bin«, aber in Wahrheit heißt es das unter Generalsekretären und anderen deutschen Demokraten; bei den Skinheads heißt es »Wehe den Kanaken!«. Wer stolz ist, ein Deutscher zu sein, reklamiert eine durch Zufall erworbene Eigenschaft als Verdienst, das einen Anspruch auf ideelle und materielle Vergütung hat. Er erklärt einen Krieg.

Es kennzeichnet die Stimmung am Standort Deutschland zwei Jahre nach dem rotgrünen Aufbruch in die zivilisierte Gesellschaft, daß Johannes Rau, fürwahr ein treudeutscher Mitläufer vor dem Herrn, der mit seinem Satz: »Stolz ist man auf das, was man selber zu Wege gebracht hat« nur daran erinnern wollte, daß, bei aller Eigenliebe dieses Volkes, doch nur die wenigsten sich selbst mit der Hand gemacht haben dürften, vom Generalsekretär der CSU, Thomas Goppel, gesagt bekam: »Bei einem Bundespräsidenten, der diesen Stolz nicht hat, darf man fragen, ob er die 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger seines Landes angemessen vertritt.«

Otto Schily (»Selbstverständlich darf man stolz darauf sein, Deutscher zu sein«), Rudi Völler (»Schon als Kind war ich stolz, ein Deutscher zu sein, habe davon geträumt, das Trikot mit dem Adler tragen zu dürfen«), Ulrich Wickert (»Zur Identität eines jeden gehört das Sichidentifizieren«), Polizeiminister, Fußballer, Nachrichtensprecher, jeder Depp trug sein Scherflein zur nationalen Sammlung bei, auch der Bundeskanzler: »Ich bin auf die Leistungen der Menschen und auf die demokratische Kultur«, also den Goppel, den Meyer, den Schily und die hundert erschlagenen Ausländer, »stolz«: »In diesem Sinne bin ich ein deutscher Patriot, der stolz auf sein Land ist.« Und Rau, der einsah, daß er sich übernommen hatte, hob den »Patriotismus, der sein Land liebt«, mutig ab vom »Nationalismus, der die anderen Länder verachtet«, und gab, sicherheitshalber, Trittin einen Tritt in den Hintern.

Es ist aber, wie man von Karl Kraus weiß, das Bedenkliche am Nationalismus gerade der Patriotismus, nämlich nicht so sehr der Haß auf die fremde Nation als die Liebe zur eigenen. Diese führt, wenn’s brenzlig wird auf dem Weltmarkt oder im Fußballstadion, zu jenem und also immer zum Krieg, während jener nicht zu dieser führen muß, sondern zu einem Haß auf die eigene, den noch jeder Dichter und Denker, der was taugte, und sogar die deutschen, im Herzen trug, nämlich der Goethe, der Lichtenberg und der Kraus, nicht aber der Hans Grimm oder der Ernst Jünger.

Und nicht der Martin Walser, dessen Rede in der Paulskirche das Erwachen dessen markierte, was die »FAZ« heute »Meyers aufgeklärten Patriotismus« nennt. Der völkische Historiker Arnulf Baring durfte im Deutschlandfunk den Zusammenhang herstellen: Das Unglück sei, daß das Dritte Reich bis heute »totalitär nachwirkt«, aber nicht, wie man denken könnte, in der Behandlung von Zwangsarbeitern oder in der nächtlichen Jagd auf Nigger, sondern, im Gegenteil, indem es »dieses Volk hindert«, sich den »Ruck« zu geben, die ihm zustehende »Rolle in Europa und der Welt einzunehmen«. Totalitär ist das Gedenken an Auschwitz, deutsch und demokratisch der Schwamm drüber. »Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr zu hören«: Der deutsche

Patriot Franz Josef Strauß war seiner Zeit ein wenig voraus. Heute schreibt sein Parteifreund Gauweiler, »jedes Land« müsse »für seine historische Schuld zahlen«, Deutschland habe es getan, »andere Nationen« aber hätten das »hinsichtlich ihrer Geschichte vielleicht noch vor sich«, einen Fall Gauweiler aber gibt es nicht.

Was einmal als schwarzbrauner Sumpf vor sich hin stank, ist Mainstream. Guido Westerwelle, Generalsekretär der FDP, plätschert in ihm herum: »Zum erstenmal duckt sich die Mehrheit der Deutschen nicht in einer falsch verstandenen *political correctness* weg, sondern führt offen und selbstbewußt die Diskussion um die Zulässigkeit des Stolzes auf das eigene Land.« Fünfzig Jahre haben sie sich unterworfen, jetzt sind sie wieder wer. Und erzählen die alten Märchen: »Die traditionelle Linke in Deutschland hat immer noch nicht ihren Frieden mit der deutschen Nation gemacht.« Wäre es so, es würde ihr schon deshalb zur Ehre gereichen, weil Westerwelles »immer noch nicht« ja verlangt, sie hätte ihren Frieden mit der deutschen Nation schon bei den früheren nationalen Gelegenheiten (1914, 1933, 1989) machen sollen. Die Wahrheit ist leider, daß sie eben darin den Liberalen nicht im mindesten nachgestanden hat: 1914 ist sie als Sozialdemokratie in Deutschlands Krieg gegen die halbe Welt gezogen, 1933 hat die Reichstagsfraktion der SPD nach der außenpolitischen Erklärung des Führers zusammen mit den Kollegen von der NSDAP »Deutschland, Deutschland über alles« gesungen, 1989 hat ihr Willy Brandt die nationalen Talente mit dem Ruf »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört« geweckt. Fern liegt es mir, Westerwelle einen Skinhead zu heißen oder gar einen Nazi – er redet nur daher wie einer, von der Scholle und von der Volksgesundheit: »Wer den Menschen das Recht abspricht, stolz auf das eigene Land zu sein, *entwurzelt* sie ... *gesunder* Patriotismus ... ein *gesundes* Maß an Stolz auf unser Land ...«

Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz, reimt der Mund des Volkes, auf das der Guido etwas stolzer sein dürfte als es auf ihn, weshalb er gar nicht genug Aufhebens von seinem nationalen Feeling machen kann: »Wir Demokraten von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten müssen den Stolz auf unser Land zeigen. Ich will es tun.« Brav! »Ich bin stolz, Deutscher in Europa zu sein. Ich beanspruche den Respekt vor diesem Stolz.« Bravo! »Ich bin auch stolz, wenn deutsche Sportler bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen Medaillen für unser Land gewinnen.« Bravissimo! Und herzlichen Glückwunsch auch!

Von Trittin, dem »Hasser seiner Nation« (Gauweiler), setzten sich alle ab, auch die, auf deren Zustimmung er gehofft haben mag: der Bundestagspräsident Thierse (»Böser Ausrutscher«), der Generalsekretär der SPD, Müntefering (»Jenseits der Gürtellinie«), die grüne Vorsitzende Roth (»Ein Fehler«), der Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel (»Eine Ungeheuerlichkeit, Meyer auch nur in die Nähe von Skinheads oder rassistischen Schlägern zu bringen«). 1994 hatte Trittin mir gesagt: »Ob das nationale Projekt umdirigiert werden kann, weiß ich nicht. Ich habe es ›Streusand gegen den Rechtsrutsch‹ genannt, das heißt ja nicht einmal Änderung der Richtung, sondern nur Verlangsamung der Fahrt.« Damals wollte er sich »mit der Situation noch nicht abfinden, vielleicht meine Kinder zu Kampfeinsätzen zu schicken. Dagegen möchte ich noch ein bißchen kämpfen.«

Jürgen Trittin wollte »nicht darauf verzichten, die existierenden Handlungsspielräume zu nutzen«. Er wurde Minister und gehört heute einer Regierung an, die das unterdrückte Deutschland zu einer kriegführenden Weltmacht emanzipiert hat. Er ist ein Teil des Problems geworden, nicht der Lösung.

Konkret 04/01, S. 10

Herrschaftszeiten

Die ganz große Mehrheit unserer Importe kommt aus dem Ausland

---

George W. Bush, Präsident der USA

Unerwünschte Leichen

1. Februar, »Novosti« (Moskau):

Massengrab von Serben in Suva Reka entdeckt/ Sie suchten Albaner und gruben Serben aus/ Nach den ersten Untersuchungen befinden sich in den Gräbern die Überreste von 150 entführten Serben – Die Entdeckung des Körpers von Momcilo Ristanovic, ermordet in der Gegend von Suva Reka, stellt allem Anschein nach den Anfang der Identifizierung einer größeren Anzahl von Serben dar, die sich auf der Liste der 1.300 befinden, die im Kosovo seit dem Einmarsch der Kfor entführt wurden ... Nach der Ankunft der Expertengruppe des Haager Tribunals wurden die Leichen zwecks Identifizierung exhumiert. Vesna Boskovic, Vertreterin der Verwandten der Entführten, meint, daß die Experten des Haager Tribunals auf der Suche nach Beweisen für serbische Verbrechen waren. Denn als sie merkten, daß hier tote Serben lagen, brachen sie die Untersuchungen abrupt ab und begruben die sterblichen Überreste auf dem neuen Friedhof von Suva Reka.

Bewältigung der Vergangenheit (1)

2. Februar 2001, »Bild«, Gastbeitrag von Franz Alt:

Wer jemals einem Tier bewußt in die Augen gesehen hat, fühlt, daß Tiere beseelte Wesen sind. Ihre Seele ist offensichtlicher als die vieler Menschen. Was die EU plant, ist nichts anderes als Massenmord zur Marktbereinigung. Wenn wir uns nur einen Funken von Seele bewahrt haben, werden wir irgendwann wegen unseres barbarischen Umgangs mit Tieren vor ihnen niederknien und um Verzeihung bitten.

Aussteiger

19. Februar, »Süddeutsche Zeitung«:

Mit einem Aussteiger-Programm für Neonazis wollen Bund und Länder führende Rechtsextremisten gezielt aus der Szene lösen. Wie der »Spiegel« berichtet, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz dem Bundesinnenministerium ein Konzept zum »Herausbrechen von Führungspersonal« vorgelegt. Das Amt prüfe zudem, den Ausstieg »mit Finanzhilfen« zu erleichtern und reuigen Neonazis bei der Suche nach einer neuen Wohnung und einem Arbeitsplatz zu helfen.

Einsteiger

19. Februar, »Süddeutsche Zeitung«:

Bei einem ausländerfeindlichen Überfall im brandenburgischen Eisenhüttenstadt ist

ein 30 Jahre alter Türke von zwei Jugendlichen angepöbelt und mit Springerstiefeln getreten worden. Die beiden 15 und 16 Jahre alten alkoholisierten Angreifer beschimpften den Mann in einem Einkaufszentrum mit den Wor-

ten: »Was willst du hier, du Kaffer.«

Charaktermasken mit menschlichem Antlitz

22. Februar, »Weltwoche« (Zürich):

Präsident George W. Bush ist wild entschlossen, die amerikanische Erbschaftssteuer zu kassieren (gemeint: zu streichen – die Red.) *... In einem offenen Brief sowie in Anzeigen plädieren 120 amerikanische Superreiche, darunter George Soros und Bill Gates' Vater William Gates, für die Beibehaltung der Steuer. Ihr Ende wäre »schlecht für unsere Demokratie, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft«, schreiben sie. Der Investor Warren Buffett, viertreichster Mann der Welt, unterzeichnete das Manifest nicht; es geht ihm nicht weit genug. Ohne die Erbschaftssteuer, meint Buffett, werde sich eine »Autokratie des Reichtums« bilden. Der Milliardär hat recht: Wer Kapitalismus will, muß die Erbschaftssteuer verteidigen. In einer marktorientierten, offenen Gesellschaft können Privilegien nur als Belohnung für den persönlichen Beitrag zu dieser Gesellschaft beansprucht werden – im Gegensatz zu Aristokratie und Feudalismus, wo Privilegien, Status und*

Reichtum ererbt werden.

Wenn ich auch leider zugeben muß, daß die Frage, was wir in Albanien suchen, durch die Ereignisse in ziemlich ungünstigem Sinne beantwortet worden ist

---

Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit

Hoffen und Blasen

23. Februar, »Hamburger Morgenpost«:

Ein Zeichen gegen rechte Gewalt – Phantasievoll ist die Idee des Hamburger Schauspielers Claus Fuchs (57). Sein Plan ist es, jeden Bürger in Deutschland mit einer Trillerpfeife auszustatten – damit jeder, der Zeuge von rechtsradikalen Übergriffen wird, pfeifend Protest äußern kann. »Wenn wirklich viele Leute so eine Pfeife haben, wird das irgendwann ein richtiges Pfeifkonzert«, hofft Fuchs.

Pfui Fritz Teufel!

24. Februar, »Neue Zürcher Zeitung«:

Wirbel um Cohn-Bendit in Frankreich/ Zurückweisung des Pädophilie-Vorwurfs – Der Europa-Abgeordnete der französischen Grünen, der Deutsche Cohn-Bendit, muß sich in Frankreich gegen die Unterstellung zur Wehr setzen, er habe eine pädophile Vergangenheit. Ausgelöst wurden die Verdächtigungen durch die Veröffentlichung von Auszügen aus einem Buch, in dem der einstige Anführer des Aufstands der Pariser Studenten vom Mai 1968 über seine Erfahrungen als Erzieher in einem alternativen Kindergarten Anfang der siebziger Jahre in Frankfurt berichtet. Darin schildert der Autor auf drastische Weise die damalige freizügige sexuelle Erziehung. Daß es dabei zu Übergriffen kam, bestritt Cohn-Bendit jetzt energisch. Er sei nicht pädophil und sei es nie gewesen, beteuerte er. Der Text, den er nun selbst als »widerlich« bezeichnete, müsse im Zusammenhang mit der damaligen Zeit gesehen werden.

Bundeswehrmacht

27. Februar, »Spiegel«:

Die Bundeswehr wird immer deutlicher Traum-Arbeitgeber für Anhänger rechtsextremer Parteien. Laut einer Umfrage unter Jugendlichen, von der Hardthöhe ... beim Meinungsforschungsinstitut Sinus in Auftrag gegeben, neigen mittlerweile 16 Prozent der potentiellen Freiwilligen Parteien wie NPD, DVU und Republikanern zu, deutlich mehr als im Herbst 1999 (zwölf Prozent). Im Bundesdurchschnitt blieb der Anteil der Rechts-Sympathisanten unter jungen Männern dagegen konstant bei fünf Prozent.

Bewältigung der Vergangenheit (2)

1. März, »Die Zeit«:

Damien Hirsts durchschnittene Rinder, die natürlich bereits in Kenntnis des BSE-Problems in England entstanden, wirkten zunächst ekelhafter als die verdrängte Wirklichkeit. Heute wirken sie als Vorschein und Kritik des ästhetischen Rinder-Holocaust, wie er in den Bildern von den zerdrehten, zerfrästen, zermahlenen und geschroteten Leibern per »Tagesschau« ins Wohnzimmer gelangt.

Die Menschheit ist bereit, das Sonnensystem zu betreten

George W. Bush, Präsident der USA

Führerprinzip

2. März, »Frankfurter Allgemeine«:

In Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten mehr als verdoppelt. Während 1999 noch 281 solcher Delikte registriert wurden, seien es im vergangenen Jahr 598 gewesen, sagte Innenminister Buß (SPD). Buß verwies auf den Sprengstoffanschlag Ende Juli in Düsseldorf, bei dem zehn Menschen zum Teil schwer verletzt und als dessen Urheber zunächst rechtsextremistische Kräfte vermutet worden waren. »Es fällt auf, daß die rechtsextremistischen Straftaten im Land bis einschließlich Juli noch auf dem Niveau des Jahres 1999 lagen.«

Selbstbefriedigungsattentat

8. März, »Frankfurter Allgemeine«:

Die Internet-Seite der radikalen Palästinensergruppe Hamas ist von unbekannten Hackern mit pornographischen Abbildungen verunstaltet worden. Der Führer der Organisation, Scheich Yassin, bezichtigte den israelischen Geheimdienst Mossad, Urheber des gegen die Hamas gerichteten »Cyberangriffs« zu sein.

Gebührenpflichtige Verwarnung (1)

7. März, dpa:

Das Jugendschöffengericht Elmshorn hat zwei Neonazis (beide 20) zu je zehn Monaten Jugendstrafe auf Bewährung sowie je 750 Mark Schmerzensgeld verurteilt. Sie hatten einen Farbigen (32) grundlos verprügelt.

Gebührenpflichtige Verwarnung (2)

7. März, dpa:

Das Amtsgericht Lüneburg hat 25.000 Mark Geldbuße gegen einen Bauern (74) verhängt, der eine geschützte alte Eiche hatte fällen lassen.

Der Dank ...

Januar, »Bild«-Kolumnist Peter Boenisch:

Fischer ist unser Außenminister... Ihn mitten in schwierigen Verhandlungen (Gipfel in Nizza) mit seiner wilden Zeit zu konfrontieren, das liegt nicht im deutschen Interesse ...

... des Vaterlands

8. März, »Bild«-Kolumnist Graf Nayhauß:

Der Kanzler ist immer für eine Überraschung gut. Nun bestimmte er für den deutschen Vorsitz eines letzte Woche gegründeten deutsch-russischen Forums, genannt »Sankt Petersburger Dialog«, meinen Redaktionskollegen Peter Boenisch – einst Helmut Kohls Regierungssprecher und Wahlkampfberater.

Das soll uns mal einer nachmachen

9. März, »Die Welt«:

Um Arbeitslose in den Arbeitsprozeß einzubeziehen, wird derzeit diskutiert, sie zu gemeinnützigen Arbeiten in städtischen oder bei sozialen Diensten zu verpflichten. Die Deutschen begrüßen dies mehrheitlich: Nach einer Allensbach-Umfrage sprachen sich 70 Prozent für die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit aus.

Wer gab den dezenten Hinweis?

8. März, »Frankfurter Allgemeine«:

Anders als es die Mitglieder von FDP und CDU zuvor angekündigt hatten, wurden im Bundestag keine Fragen mehr zur Person des Fischer-Vertrauten und Mitarbeiters im Planungsstab des Auswärtigen Amtes Schmierer gestellt.

Bewältigung der Vergangenheit (3)

»Die Woche«, 9. März:

Die Stille vor dem Schuß. »Es war gespenstisch ruhig. Als klar war, was passieren würde, drang kaum ein Laut, kein Muh mehr aus dem Stall. So, als ob die Tiere die kommende Katastrophe gespürt hätten«, erzählt Fritz Arlet. Er ist Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Produktions- und Vertriebsgesellschaft (LPVG) Mücheln ... Seit Wochen kann er zum erstenmal über das Unfaßbare reden ... Während die Amtstierveterinäre das, wie es im Fachjargon heißt, »Euthanasiemittel« in die Kolben ziehen, kriecht ein bohrender Zweifel ins Gewissen der Männer ... Pfarrerin Annett-Christine Lenk ist gekommen, um Beistand zu leisten. Jetzt ... tritt sie den schwersten Job in ihrer Laufbahn als Seelsorgerin an ... Also bahnte sie sich an dem naßkalten Samstagmorgen den Weg durch protestierende Bauern und Tierschützer. Ein Weg durch Beschimpfungen und Haßtiraden, die vor allem die Tierärzte trafen. Ein Demonstrant brüllt: »Ihr seid wie die, die auch in Auschwitz die Juden vergast haben!« ... Die Ärzte haben Angst, vor den Demonstranten, vor

den Medien, vor ihrer Schuld ... »Wir begehen ein Verbrechen wider die Schöpfung.«

Recht auf Arbeit

12. März, »Die Welt«:

Der neue Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Ludwig Georg Braun, fordert längere Arbeitszeiten. »Wir müssen zurück mindestens zur 40-Stunden-Woche.« Braun plädierte zugleich für längere Lebensarbeitszeiten.

Tuten und Blasen?

13. März, AP:

Bill Clinton, Zigarrenliebhaber und ehemaliger US-Präsident, läßt sich seine öffentlichen Auftritte fürstlich entlohnen. Auf seiner ersten Auslandsreise nach seiner Amtszeit sprach er in Den Haag vor europäischen Geschäftsleuten, die dafür pro Person 3.000 Gulden (rund 2.700 Mark) bezahlt hatten. Nach Berichten niederländischer Medien hatte etwa ein Dutzend Besucher sogar die Gelegenheit, für einen Preis von 25.000 Gulden mit Clinton zu dinieren.

Hauptstadt der Bewegung

13. März, »Hamburger Abendblatt«:

Die Staatsanwaltschaft München prüft im Zusammenhang mit der Absage einer Benefiz-Veranstaltung mit der Enkelin des ermordeten israelischen Ministerpräsidenten Izchak Rabin die Einleitung eines Verfahrens wegen Volksverhetzung gegen einen Gastwirt. Der Wirt eines Münchner Lokals hatte die geplante Veranstaltung mit der Rabin-Enkelin Noah Ben Arzi-Pelossof am Donnerstag mit den Worten, eine »israelische Veranstaltung« komme ihm nicht ins Haus, abgesagt.

Der rosarote Kanther

14. März, »Bild«-Interview mit Otto Schily:

Frage: Selbst politische Gegner nennen Sie den »Roten Sheriff«. Paßt Ihnen dieser Titel?

Schily: Warum nicht? Ein Sheriff tritt für Law and Order, für Recht und Ordnung ein. Genau das ist die Aufgabe eines Innenministers.

Konkret 04/01, S. 12

Georg Fülberth

Legal, real, scheißnormal Immergrün

Zwei Seuchen, eine neue Ministerin und eine 91-Prozent-Vorsitzende:Die Bündnisgrünen scheinen im Aufschwung. Doch wie sieht der aus? Beiträge von Georg Fülberth über die Zukunft der Partei, von Joachim Rohloff über Claudia Roth und von Gert Ockert über Jürgen Trittin

Auf ihrem Stuttgarter Parteitag feierten die Grünen ihre Wiedergründung.

Parteien, welche nur noch das abnicken, was auch ohne sie der Fall wäre, werden dadurch nicht überflüssig. Denn niemand wird dem Kapital zumuten wollen, selbst zu regieren. Dies verursacht Overhead-Kosten, die hinterher am Profit fehlen. Qualifizierte Zustimmung ist Spezialistenarbeit. Diese findet man nun allerdings in den Medien. Soweit Parteien von ihnen gelenkt werden (bzw. meinen, sich unbedingt nach ihnen richten zu müssen), sind letztere nicht besonders wichtig.

Das hat auch niemand behauptet. Doch wer banal ist, ist noch lange nicht entbehrlich. Die Verwaltung und Reproduktion stabiler Verhältnisse bedarf des Sachverstands, sonst funktioniert das System nicht gut, und es dürfte sich – solange keine Alternative in Sicht ist – kaum jemand finden, der (oder die) daran wirklich ein Interesse haben kann.

Anläßlich der hessischen Kommunalwahlen habe ich mir ziemlich viele lokale Wahlvorschläge angesehen und kam unter anderem zu folgenden Ergebnissen: Die Republikaner sind (ähnlich wie die NPD) am ehesten eine Arbeiterpartei. Neben den obligatorischen Polizisten – auf welche die Nationaldemokraten zur Zeit verzichten müssen – und Versicherungsvertretern (sie üben einen ziemlich volksnahen Beruf aus) gibt es da die meisten Schreiner, Dreher, Schlosser, auch Drucker. Bei der PDS finden wir viele Studierende, arbeitslose bzw. prekär beschäftigte Intellektuelle und Sozialarbeiter. Die Wahlvorschläge der Grünen in den Kommunen weisen neben den üblichen Psychologen und Diplomsozialpädagog(inn)en eine große Anzahl von Angehörigen technischer und naturwissenschaftlicher Berufe auf: Physiker, Gartenbau- und Diplom-Ingenieure sowie Datenverarbeitungskaufleute.

Dieser Befund mag erstaunen, weil man auf der Bundes- und Länderebene nichts davon merkt. Das ist eine Generations- und Jobfrage. In den zentralen Gremien ist vor allem das Personal sichtbar, welches sich vor über zwanzig Jahren auf den Weg machte. Mit der Gründung und Führung eines Betriebs für Solaranlagen ist die Mitgliedschaft in einer Gemeindevertretung vereinbar (sie nützt geschäftlich eher), nicht jedoch die ständige überregionale Parteiarbeit.

Gewiß gibt es Ortschaften, die früher Hochburgen der Grünen waren und in denen diese 2001 keinen Wahlvorschlag mehr zustande brachten. Aber da waren eben vorher Mitglieder der alten Garde tätig gewesen, die es nicht nach ganz oben geschafft hatten und nun aufgeben, während an anderer Stelle ganz neue Leute antreten. Diese interessieren sich oft für intelligente Einzellösungen und sind dies von ihren Berufen her gewöhnt. Wer die Woche über herumfährt, um im Auftrag von Siemens teure Krankenhausgeräte zu warten, braucht am Wochenende zum Ausgleich nicht nur die rote Yamaha, um damit über die Straßen zu brettern, sondern am Freitagabend auch die Sitzung der lokalen Agenda-21-Gruppe, in welcher der Bau einer örtlichen Wasserkraftanlage zwecks Erzeugung von Öko-Strom vorbereitet wird. Den Krieg von 1999 verteidigt man in diesen Kreisen nicht mit menschenrechtlichem Schaum vorm Mund. Man hält ihn für eine schlimme Sache, die sich hoffentlich nicht wiederholen wird, deretwegen man jedoch nicht das Kind mit dem Bad ausschütten müsse. Andere finden, daß die – wenngleich diesmal noch nicht recht verwirklichte – Idee mit den chirurgisch genauen Luftoperationen der eigenen Vorstellung von instrumenteller Vernunft entgegenkomme.

Die scheinbar wundersame Rettung der Grünen durch die BSE-Krise ist deshalb keine zufällige Fundsache, sondern hier haben sich durchaus die Richtigen gefunden. Es werden dabei im übrigen auch allgemeinere betriebs- und volkswirtschaftliche Belange vertreten. Das über vierzigjährige Bauernsterben in Deutschland erfolgte unter der Hegemonie von CDU/CSU und SPD und hat ohnehin nicht mehr viel übrig gelassen. Für den Rest gibt es moderne Hospizbetreuung, hinzu kommt eine Bestandsgarantie: für ökologisch qualifizierte Leistungsträger, die sich keineswegs ausschließlich am Markt behaupten müssen, sondern neu subventioniert werden. Der Staat, der nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verfahren muß, kommt dabei billiger weg als vorher. Ausländische Konkurrenz, welche den strengen Standards nicht entspricht, wird vom Markt ferngehalten und damit der alte protektionistische Bauerntraum neu erfüllt.

Wenn der SPD-Minister Bodewig auf einem Grünen-Parteitag die betriebswirtschaftliche Trennung von Schiene und Zugverkehr bekanntgibt, entspricht er nicht nur einer neoliberalen Forderung, die schon vor längerer Zeit von der Deregulierungskommission erhoben wurde. Er zeigt auch durch die Wahl des Publikums, wo er den größeren Sachverstand für solche Dinge sucht.

Zum Generationswechsel paßt, daß Joseph Fischer – liebevoll porträtiert von der »Frankfurter Rundschau« – jetzt den Melancholiker geben darf: Moses auf dem Berg, welcher sein Volk ins Gelobte Land führte, das er selbst vielleicht gar nicht mehr betritt. (In Wirklichkeit ist er natürlich schon längst da angekommen.)

Der Traditionsbestand wurde auf dem Stuttgarter Parteitag im übrigen durchaus noch gepflegt: durch folgenlose Beschlüsse über die Trennung von Amt und Mandat und Revision der faktischen Abschaffung des Asylrechts. Für solche Rhetorik sind Claudia Roth und Christian Ströbele gut. Sie macht es für ein Übergangsgeld des Deutschen Bundestags und nach längst erfolgter Alterssicherung. Er tut es umsonst, aber nicht selbstlos, sondern zwecks Abdeckung seiner Lebenslüge. Kürzlich erklärte er in einem Interview, die Grünen seien keine Kriegspartei. Der Philosoph Honneth hielt eine Vorlesung über Gerechtigkeit. Man hatte aber den Eindruck, Habermas habe abgesagt (Vielleicht wollte dieser ein bißchen vorsichtig sein: Zeitweilig schien das Projekt nicht mehr ganz sicher) und sei geklont worden. Eine weitere Performance von gestern.

Für die Nachrückenden aber bieten die Grünen immer noch Chancen, die manchen Menschen sonst verschlossen blieben. Nicht nur Frauen kommen mit dieser Partei schneller voran, sondern auch – das hatten wir in der Gründungsphase noch nicht – Immigrantenkinder, und für Behinderte sind soziale und politische Möglichkeiten geschaffen worden, die ohne diese Partei noch ärmlicher wären. Gern und zutreffend darf in diesem Zusammenhang auch von der Erschließung von Begabungsreserven gesprochen werden.

Die jungen Menschen, mit denen ich beruflich zu tun habe, fragen mich nie, was sie tun müssen, um es im Leben zu etwas zu bringen. Das zeigt, daß sie intelligent sind. Andererseits wäre ich schon gern bereit, ihnen nach der fünften Tasse Kakao einen Tip aufzudrängen. Wenn sie zum Beispiel in die Junge Union eintreten und sich zu den Grünen hinentwickeln, vermögen sie später auf interessante Brüche hinzuweisen. (Die SPD kann dann ja einen Untersuchungsausschuß beantragen.) Manche Autonome werden den umgekehrten Weg gehen, der in derselben Mitte endet.

Es handelt sich bei den Grünen um eine Partei mit Zukunft in einem Land der offenen Horizonte.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 3/2001 über Gründermythen

Konkret 04/01, S. 13

Joachim Rohloff

Legal, real, scheißnormal
Größter Anzunehmender Unfug

Zwei Seuchen, eine neue Ministerin und eine 91-Prozent-Vorsitzende:Die Bündnisgrünen scheinen im Aufschwung. Doch wie sieht der aus? Beiträge von Georg Fülberth über die Zukunft der Partei, von Joachim Rohloff über Claudia Roth und von Gert Ockert über Jürgen Trittin

Es ist zum Verzweifeln. Da macht man die gerechte Sache der türkischen Kurden zu seiner Herzensangelegenheit, kämpft mit den bescheidenen Mitteln einer einfachen Abgeordneten, aber um so beharrlicher für die Rechte der kurdischen Türken sowie fürs Menschenrecht weltweit und überhaupt, wirkt im »Gemischten Ausschuß EU – Türkei«, kritisiert die unerträglichen deutschen Waffenlieferungen an die Türkei, weshalb man »in der Türkei bisweilen zur Unperson« wird (Munzinger-Archiv), finanziert aus dem eigenen Sekretariatsfonds in Istanbul »ein Regionalbüro zur Unterstützung der Demokratisierung in der Türkei und als Brücke zwischen der EU und der Türkei«, muß sich vom türkischen Staatsminister Ayvaz Gökdemir eine Prostituierte schimpfen lassen, um aber das deshalb fällige Schmerzensgeld türkischen Frauenorganisationen zu überweisen, reibt sich auf im Namen der Rechte aller Schwulen, Lesben und Ausländer, im Europäischen Parlament und in der grünen Partei. Und wenn diese Partei endlich die Macht im Staat errungen hat und alles sich zum Besseren zu wenden scheint, muß man feststellen, daß der türkischen Armee nie zuvor so viele deutsche Waffen verkauft wurden wie im ersten Regierungsjahr der lieben Freundinnen und Freunde.

Jeder andere hätte die Grünen unter lautem Protest verlassen und wäre in seinen erlernten Beruf zurückgekehrt, hätte also im Falle, er hieße Claudia Roth, ein neues Comictheater gegründet oder das Management Peter Maffays übernommen, wäre ihm nicht rechtzeitig die Entschuldigung eingefallen, daß Verträge, die von den Vorgängern geschlossen wurden, auch von den Nachfolgern erfüllt werden müssen, daß die einschlägigen Entscheidungen bekanntlich im Bundesverteidigungsrat fallen, in dem zwar neuerdings ein grüner Außenminister sitzt, der aber hauptamtlich der deutsche Außenminister ist und nur in seiner Freizeit ein Mitglied der grünen Partei, von dem man nicht weiß, wie er in der peinlichen Frage entschieden hat, und der einen Geheimnisverrat beginge, wenn er es der lieben Freundin Claudia verriete. Weil das alles zweifellos so ist, wie Claudia Roth es beschrieb, durfte sie sich, dem Einwand zum Trotz, eine grüne Partei sei womöglich überflüssig, wenn grüne Minister doch immer bloß deutsche Minister sind, zur Vorsitzenden wählen lassen, statt ihren Austritt erklären zu müssen. Und nun wird sich wirklich alles zum Besseren wenden. Denn erstens werden dank grüner Regierungsmacht deutsche Waffen zukünftig nur noch solchen Kunden anvertraut, die sie nicht ihrem Zweck entfremden, sie also nicht zur Menschenrechtsverletzung mißbrauchen wollen, und zweitens kann auch die Türkei nicht in jedem neuen Jahr mehr deutsche Waffen kaufen als im alten, weshalb sie mit großer Wahrscheinlichkeit im zweiten grünen Regierungsjahr weniger deutsche Waffen gekauft haben wird als im ersten, Claudia Roth also demnächst einen geringeren Umsatz wird feststellen und einen Erfolg grüner Menschenrechts- und Friedenspolitik wird austrompeten können. (Ähnlich verhält es sich übrigens mit der Atompolitik, die aber außerhalb der grünen Partei wohl niemanden mehr interessiert. Ob die gemeine Basis blockieren oder nur demonstrieren darf, ob für oder gegen ihre Regierung, mag sie mit sich selbst und Claudia Roth ausmachen.)

Claudia Roth ist eine grüne Politikerin. Was man darüber hinaus nicht zu wissen braucht, wird im »Munzinger Archiv« verwahrt: »Von der Presse als ›linker Störenfried‹ bezeichnet und als ›Schrecken der Realos‹, deren (!) ›moralischer Rigorismus‹ für manche in der Partei nur schwer zu ertragen sei, wurde Roths politische Kompetenz jedoch allseits anerkannt. Ihr Politik- und Kulturbegriff basiere auf ›Empathie, Provokation und Aktion‹, schrieb die ›Berliner Zeitung‹, sie sei eine Prominente, die nicht nur Aufrufe unterschreibe, sondern komme und engagierte Initiativen immer wieder auch finanziell unterstütze.« Noch besser ist allein die »FAZ« informiert: »Sosehr die neue Parteivorsitzende hervorhob, sie werde nicht Vorsitzende der einen oder der anderen Parteiströmung sein, gehört sie eindeutig dem linken Parteiflügel an. Dabei stimmte sie in der Bundestagsfraktion oft genug nicht einmal mit der gemäßigten, sogenannten Regierungslinken, sondern mit jener kleinen Gruppe an der äußeren Linken angesiedelter Abgeordneter, die sich stets gegen die Mehrheit wandten.« Sie zählt, so könnte man es formulieren, wenn es nicht vollkommen schnuppe wäre, zum verwesten Fundiflügel der Partei, steht eventuell zwischen Trittin und Ströbele, diesem aber näher als jenem, wenn nicht gar jenseits von Ströbele, dann aber ihm näher als jedem, den man noch ernst nehmen kann.

Weil die rhetorischen Talente der Partei kaum für dreieinhalb Regierungsämter reichen, so daß sie in ihrer Not einen Rezzo Schlauch zum Fraktionsvorsitzenden machte, war schließlich auch der Aufstieg Claudia Roths nicht mehr zu verhindern. Kein Gegenkandidat ließ sich noch auftreiben, doch groß war der Delegierten Jubel über eine Bewerbungsrede, deren Niveau wohl nur von einer besoffenen Marion Dönhoff unterboten werden kann, wenn sie den geistig Armen predigt. Ihre Fähigkeit zur Führung bewies Roth mit dem genialen Vorschlag einer grünen Wertedebatte: »Liebe Freundinnen und

Freunde, wir erleben derzeit eine Renaissance grüner Werte. Eine grüne Wertedebatte wird gerade zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer wichtiger, weil sie sinn- und identitätsstiftend wirkt in Zeiten von Verunsicherung und Suche nach Orientierung. ... Unsere grüne Wertedebatte – laßt sie uns nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa führen. Denn wir Europäer sind gefordert, einen ökologisch nachhaltigen und fairen Lebensstil zu entwickeln im Kampf gegen den Treibhauseffekt und im Kampf für gleiche Rechte aller Völker und Minderheiten. Das wird die historische Aufgabe, in der sich Europa und wir Europäer bewähren müssen. Eine-Welt-Politik – war und bleibt als Konzept richtig. Viele unserer Befürchtungen bestätigen sich immer deutlicher: Orkane und Überschwemmungen lassen uns in den letzten Jahren spüren, daß wir in einer Welt mit denen leben, die schon lange unter Überschwemmungen, Dürren, Kälte und El Nino leiden. Wir müssen einen Lebensstil entwickeln, der Wachstum nicht ausschließlich monetär, sondern qualitativ, selektiv und kulturell begreift das heißt auch Globalisierung zu zähmen und zu zivilisieren« (Satzzeichen: C. R.).

Hat man wohl jemals einen größeren Unfug vernommen? Die dümmste Menschenrasse, so schien es bisher, ist das Studiopublikum. Als aber Claudia Roth mit 91,5 Prozent der Stimmen zur zweiten Vorsitzenden der Grünen neben Fritz Kuhn gewählt wurde, stellte sich heraus: Es sind die Parteitagsdelegierten.

(PS: Was es mit Claudia Roths verantwortungspazifistischer Gegnerschaft zum vorläufig letzten Krieg der Nato auf sich hat, konnte man schon sechs Jahre vorher in KONKRET 3/93 lesen.)

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 3/2001 über Ministerin Renate Künast

Konkret 04/01, S. 14

Gert Ockert

Legal, real, scheißnormal Latschdemo

Zwei Seuchen, eine neue Ministerin und eine 91-Prozent-Vorsitzende:Die Bündnisgrünen scheinen im Aufschwung. Doch wie sieht der aus? Beiträge von Georg Fülberth über die Zukunft der Partei, von Joachim Rohloff über Claudia Roth und von Gert Ockert über Jürgen Trittin

Man begibt sich nicht in eine Regierung der Bundesrepublik Deutschland, ohne dafür alles zu verleugnen, was man eventuell mal wußte über diese Republik. Im Kabinett des Kanzlers gilt der Ernst des Lebens, das man allerdings schon schlechter geführt hat. Und wo dieser Ernst herrscht, da muß man wirklich nicht auch noch ernst machen mit dem, was man bis gestern versprach. Vielleicht färbt der Himmel sich grau, weil man alles Blaue von ihm heruntergelogen hat. Aber das macht nichts, so lange vorm Amtssitz die Fahrbereitschaft mit dem Regenschirm wartet.

Jürgen Trittin, MdB aus Göttingen und seit 1998 Bundesumweltminister, hat in zweieinhalb Jahren nichts erreicht, was über das Maß der Dinge, das u.a. vom Vorstand der Deutschen Bank festgelegt wird, hinausginge. Wie hätte er auch? Ausgerechnet ihm die Verhältnisse, die in der Welt und speziell dieser Republik walten, vorzuwerfen, hieße, ihm eine Bedeutung beizumessen, für die Gott selbst sich schön bedanken würde. Und damit könnten sogar wir es bewenden lassen, sofern Trittin nur vermiede, seinen beeideten Frieden mit dieser Republik und ihrer oligarchischen Verfassung als Menschheitsfortschritt zu feiern. »Wir haben«, rief er z.B. im vergangenen Jahr den Parteitagsdelegierten in Münster zu, »auch Niederlagen und Rückschläge erlitten. Aber all diese Niederlagen haben uns nicht daran gehindert, das erfolgreichste politische Projekt der letzten 50 Jahre zu sein.«

Der Minister gebärdet sich, als seien all diese Niederlagen, die seine neuere Chronik verzeichnet – und sie verzeichnet, abgesehen vom Portefeuille, ausschließlich Niederlagen – Ausweise jener Integrität, die er bei der Initiation zum Verfassungsorgan wegwarf, indem er die Hand zum Schwur erhob. »Hören wir doch endlich auf«, befahl Trittin wiederum den Parteifreunden in Münster, »uns für unsere eigenen Erfolge zu schämen und sie schlechtzureden!« Der Erfolg, den er meinte, hieß »Konsens« mit der Atomindustrie und 32 Jahre »Regellaufzeit« für alle deutschen Nuklearkraftwerke. Zwar laufen die verstrahlten Betonhaufen in der Regel kein Vierteljahrhundert, ehe Röhren und Wände erodieren. Doch so ein prächtiger Erfolg – erreicht zu haben, was ansonsten die Isotope erledigt hätten, und Zufriedenheit bei jenen zu erzeugen, die einem ehedem Wasserwerfer und Kampfhubschrauber auf den Hals hetzten – ist in der Tat keine Schande, sondern genau das, was herauskommt, wenn ein Idealist sich in die bürgerliche Politik verläuft.

Trittins größter Erfolg wird bleiben, daß die Herren des Stroms mit ihm reden müssen, der Form halber, daß ein verkrachter Akademiker gleich ihm einen Platz einnimmt, der vom Asta in Göttingen so weit entfernt ist wie der »Einstieg in den Ausstieg« von der Abschaltung des letzten Urangenerators. Der »Konsens«, der ein einziges Zugeständnis an die Pläne der Atomfabrikanten ist, hat viel Kritik geerntet. Doch erst jetzt, im März 2001, wird auch den naiveren unter Trittins Steigbügelhaltern und Vereinsgenossen im weiteren Göttinger Umland klar, was ein Konsens mit professionellen Giftproduzenten bedeutet. Denn nun rumpeln wieder Castor-Waggons durch Niedersachsen, und die Bereitschaftspolizei wartet nur noch aufs »Knüppel frei!«, um die Weggefährten des Ministers von Gleisen und Blockadetreckern zu prügeln.

Trittin hat versucht, den ehemaligen Mitstreitern zu erklären, daß sie niemals mehr bekommen werden, als er ihnen beschert, jedenfalls nicht mit den Grünen. Sie haben es ihm mit Bitternis und Feindseligkeit vergolten. Nicht reden wollten sie mit ihm, denn über beschlossene Dinge ließe sich, da hatten sie recht, nicht verhandeln. Der Minister zeigte sich verletzt und wurde pampig. Nach Jahrzehnten stillen Duldens einer schurwollewarmen, nach Kartoffelscholle muffelnden Gemeinschaft von Biobauern, alten Junkern und Stadtflüchtlingen platzte es aus ihm, der alles mögliche, aber kein Dummkopf ist, heraus. Nicht »jede Sitzblockade« müsse »von Grünen unterstützt werden«, schrieb er am 28. Januar d. J. den niedersächsischen Kreisverbänden seiner Partei. »Nur weil jemand seinen Hintern auf die Straße setzt, finden wir das noch nicht richtig.« Und er, der sich nach vielen Jahren Kärrnerei rund um Gorleben wahrhaftig auskennt mit den heidnischen Ritualen, die dort geübt werden, setzte, wie befreit, hämisch hinzu: »(Gegen die Transporte) zu demonstrieren hält der Parteirat – unabhängig von der Form des Protestes, ob durch Sitzen, Gehen oder Singen – für politisch falsch. Nicht, weil wir etwas gegen Sitzblockaden, Latschdemos oder Singen haben, sondern weil wir das Anliegen, weshalb gesessen, gegangen oder gesungen wird, ablehnen.« Wie man, Adorno zufolge, überhaupt jedes »Anliegen« strikt abzulehnen hat. Aber so weit ist die beleidigte Leberwurst Trittin auf ihrer langen Latschdemo zur Erkenntnis noch lange nicht. Und es ist andererseits, nun ja, pikant, daß einer sich über Sitzblockaden mokiert, der den Arsch nicht hochbekam, als die Regierung, der er angehört, den ersten deutschen Angriffskrieg seit 1939 anzettelte.

Der Minister, der für die Umwelt grad so viel getan hat, wie es deren Eigentümern gefällt, scheint sich inzwischen damit abgefunden zu haben, daß ihn niemand mag. Nachdem er sich vor den Pressetribunalen der Republik vom Anwurf hat befreien müssen, an der Ermordung Siegfried Bubacks beteiligt gewesen zu sein, weil er den Mescalero nicht redigierte, hat Trittin die Demütigung abreagiert in einer Weise, die ihn wohl als miserablen Politiker, aber als einen mit lichten Momenten ausweist. Er befand über Laurenz »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« Meyer, der Generalsekretär der CDU ist und nicht allein in der Asylpolitik jeder kosmopolitischen Neigung unverdächtig, dieser habe »die Mentalität eines Skinheads und nicht nur das Aussehen«. Wer würde da widersprechen wollen? Alle, natürlich, die als den »Konsens der Demokraten« (Friedrich Merz, CDU) die allgemeine Gleichgültigkeit gegen staatlich institutionialisierten Rassismus sowie das Bekenntnis zu einer Nation, vor der man anderswo nur ausspucken möchte, erkannt haben. Peter »Pepe« Boenisch, einst Wahlkampfmanager Helmut Kohls und noch früher einer der Mescaleros, die zu physischer Gewalt gegen die Apo aufriefen, betete in »Bild« (15.3.) vor, was Trittin, immerhin, Brechreiz verursacht: »Wie die meisten unter uns ist der Bürger Boenisch gegen politische Gewalt und gegen Skinheads ... Dennoch ist er, wie viele von uns, stolz darauf, Deutscher zu sein. Nicht stolz wie Oskar, sondern nur so, wie Briten, Franzosen, Polen, Dänen u. a. es sind.« Warum gerade die Einwohner jener Länder, die als erste von der nazideutschen Kriegsmaschine überwalzt wurden, stolz darauf sein sollen, »es«, nämlich Deutsche, zu sein, ist ein Geheimnis, das »Pepe« mit seinem Führer teilt.

Gegen solche Meinungen, die mitten aus dem Herzen stammen, das eine Mördergrube ist seit 33, ficht der Minister Trittin, wenn er sich anmaßt, seinen Eid zu verletzen und eine Überzeugung zu haben, die von der Verfaßtheit dieser Republik abweicht. Daß er den Schnabel hielte, wäre er ein gewiefter Politiker wie Kollege Fischer, ist anzunehmen. Daß er sich auf goldene Mots wie dieses: »Das Fleisch habe ich schon immer häufig beim Bioschlachter gekauft« (»FAZ«, 21.1.01) beschränkte, wäre er vom steindummen Schlage der Vorsitzenden Roth – kein Zweifel. Er ist aber nicht blöd genug, seine Rolle so glatt zu spielen wie sie, und leider auch nicht so clever, die Pension zu kassieren und den Abgang zu machen aus einer Regierung, die nur vollzieht, was andere wollen. Er eiert herum, er pampt und patzt, und; weil er letztlich doch wieder spurt, entschuldigt er sich; er findet sich gut bei dem, was er schlecht tut, und wenn die Grünen einen Darsteller grüner Bockigkeit nicht so bitter nötig hätten angesichts der kommenden Landtagswahlen, er wäre zu gar nichts mehr nutze. Einstweilen eiert er zwischen Wissen und Zwang hin und her, wie vor einem Jahr in Münster: »Dieser Kompromiß ist nicht nur schwierig, er ist auch ein Erfolg.«

Gert Ockert schrieb in KONKRET 3/01 über die ertappten Lügner des Kosovo-Kriegs

Konkret 04/01, S. 16

Christian Y. Schmidt

Unser Auftrag

Fehler, Lügen, Dummheiten – ein vorläufiges Resümee der Diskussion über Joschka Fischers politische Vergangenheit

1

Bevor ich 1998 in dem Buch *Wir sind die Wahnsinnigen* erstmals einer breiteren Öffentlichkeit zahlreiche Einzelheiten aus Joschka Fischers linksradikaler Vergangenheit präsentierte, habe ich lange gezweifelt, ob ich das, was ich hier vorhat-te, tatsächlich verantworten könnte. Denn selbstverständlich war es nicht meine Absicht, Fischer wegen dieser Vergangenheit anzuklagen. Ich konnte jedoch bestimmte Details aus der linksradikalen Episode in Fischers Leben auch nicht einfach unterschlagen, denn nur mit ihrer Hilfe ließ sich seine spätere politische Entwicklung erklären. Genau der galt (und gilt) meine Kritik. Doch würde sich die politische Rechte nicht gerade dieser Fakten bedienen und versuchen, mit ihrer Hilfe den damaligen Spitzenkandidaten der Grünen zu Fall zu bringen?

Um dies zu verhindern, hatte ich mir zweierlei überlegt. Zum einen entschloß ich mich, bestimmte recherchierte Fakten, die zwar brisant, aber für Fischers weiteren politischen Weg unerheblich waren, in dem Buch nicht zu verwenden, so wie ich auch schon bei der Recherche bestimmte Spuren einfach nicht weiterverfolgte. Zum anderen aber wollte ich seine linksradikale Vergangenheit öffentlich und vehement verteidigen, falls mein Buch Fischer aus den falschen Gründen in Bedrängnis bringen sollte. Die letzte Überlegung hier einzugestehen fällt mir nicht leicht, zeugt sie doch von einer gewissen politischen Naivität.

Tatsächlich wurde nämlich mein Buch nach seinem Erscheinen im Juni 1998 nur in marginaler Weise von »den Rechten« instrumentalisiert – lediglich ein paar hessische CDU-Hinterbänkler unternahmen den Versuch, um ihn sofort wieder abzubrechen. Und als sich Anfang dieses Jahres eine Diskussion um Fischers linksradikale Eskapaden nicht mehr verhindern ließ, empörten sich zwar auch einige Konservative. Gleichzeitig meldete sich aber eine breite Phalanx von Fischer-Verteidigern quer durch alle politischen Lager so lautstark zu Wort, daß in diesem Getöse meine Stimme überhaupt nicht mehr zu hören gewesen wäre. Allerdings hätte und habe ich sie auch nicht mehr zur Verteidigung Fischers erhoben. Im Gegenteil. Doch dazu gleich.

Zunächst einmal zur Frage, weshalb all diese Apologeten auf den Plan traten. Einer von ihnen, der ehemalige Chefredakteur von »Bild«, Peter Boenisch, sagt es so: »Die Nähe zur Gewalt in jungen Jahren kann durchaus heilsam sein für ein späteres, vernünftiges Miteinander.« Deshalb habe zu gelten: »Auch seine Gegner sollten Fischer seinen Hang zum Steinewerfen nicht mehr nachsagen.« Noch besser bringt es in einem »FAZ«-Interview Fischers alter Kumpel und Pflichtverteidiger, Daniel Cohn-Bendit, auf den Punkt: »Die historische Leistung des Systems der Bundesrepublik Deutschland – und in diesem System die Grünen und in dem System der Grünen Fischer – war im Grunde genommen, eine gespaltene Gesellschaft wieder zusammengebracht zu haben.«

Wohin die Rekonstruktion der deutschen Volksgemeinschaft durch Fischer und seinen Anhang letzten Endes geführt hat, das ist am Beispiel des Krieges gegen Jugoslawien zu besichtigen. Hermann Gremliza hat erst neulich (KONKRET 2/2001) noch einmal darauf hingewiesen und zum Beleg den »FAZ«-Herausgeber Frank Schirrmacher zitiert, der schrieb: »Es war doch gerade das Spezifische dieser Biographie (Fischers, C.Y.S.), die dazu verhalf, den inneren Frieden zu bewahren, als im Kosovo militärisch eingegriffen wurde.« Ohne Fischer und seine Geschichte hätte der Krieg »vermutlich zu einem bürgerkriegsähnlichen Notstand im Inneren geführt«.

Schirrmacher hat in diesem Punkt völlig recht. Das heißt aber auch, daß sich die politische Situation seit dem März 1999, seit dem ersten Krieg mit deutscher Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg, entscheidend verändert hat. Im Frühjahr 1998 prophezeite ich in *Wir sind die Wahnsinnigen*, daß Joschka Fischer und die Grünen »genau dann, wenn es um die Macht geht«, einer Bundeswehrintervention im Ausland zustimmen würden. Exakt so ist es gekommen. Wäre das nicht passiert, ich hätte mich in der neuerlichen Debatte um die linksradikale Vergangenheit allein schon deshalb zurückgehalten, weil mich inzwischen die Beschäftigung mit der Person Fischers in hohem Maße anödet. Angesichts der veränderten Sachlage entschloß ich mich jedoch, nicht nur nicht in den Chor derjenigen mit einzustimmen, die verbissen die linksradikale Vergangenheit Fischers zu relativieren versuchten, sondern alles Material, das ich bisher zurückgehalten hatte, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen

Denn Fischers außergewöhnliche Beliebtheit beim deutschen Publikum beruht darauf, daß in ihm der 68er-Revolutionär und der Staatsmann »glaubhaft« verschmolzen sind (wobei die Grünen und Linksliberalen eher den ersten Aspekt und die Konservativen den zweiten hervorheben). Seine besondere Glaubwürdigkeit aber rührt daher, daß die tatsächliche Rolle, die er als Sponti-Revolutionär in den siebziger Jahren spielte, niemals konkret dargestellt wurde, sondern stets im Diffus-Allgemeinen verblieb (denn sonst würden z.B. die Konservativen doch wieder auf den gewesenen Revolutionär blicken und wohl auch die Liberalen ziemlich irritiert dreinschauen). Genau deshalb hat sich auch Fischer nie zu seinen

tatsächlichen Handlungen als Linksradikaler bekannt, sondern es vorgezogen, seine damalige Rolle gegenüber der Öffentlichkeit selbst zu definieren.

Fischers wirkliche revolutionäre Vergangenheit aufzudecken heißt, die beiden in Fischer verschmolzenen Personen wieder auseinanderzudividieren, oder konkreter: den Staatsmann Fischer mit dem Revolutionär Fischer anzugreifen. Wenn sich ihm Lügen hinsichtlich seiner Vergangenheit nachweisen lassen (was nicht sonderlich schwer ist), sollte das nicht nur die hohe Glaubwürdigkeit des Kriegsaußenministers erschüttern, sondern könnte im besten Fall auch mit dazu beitragen, daß das, was in diesem Staat nicht zusammengehört, wieder auseinanderdriftet. Auch in diesem Fall ist es Daniel Cohn-Bendit, der das gut erkannt, wenn auch wie üblich schlecht formuliert hat: »Doch heute gibt es eine Tendenz zu sagen, eigentlich wollen wir diese Leute (wie Fischer, C.Y.S.) nicht auf solchen Posten. Damit betreiben sie wieder eine gefährliche Spaltung der Gesellschaft, die gerade überwunden war.«

In der Tat. Gefährlich wäre diese Spaltung für Leute wie Cohn-Bendit, Boenisch und all die anderen, die vom neuesten nationalen Konsens auf vielfältige Weise profitieren. Für viele Nichtdeutsche jedoch, für legale und illegale Migranten und für diejenigen, die von künftigen deutschen Militärinterventionen betroffen sein werden, kann eine Spaltung der Deutschen nur von Vorteil sein. Dem Impressum der Satirezeitschrift »Titanic«, deren Redakteur ich ein paar Jahre lang war, ist seit der Wiedervereinigung der Satz »Die endgültige Teilung Deutschlands, das ist unser Auftrag« vorangestellt. Diese Sentenz steht dort, ein altes »Bild«-Motto variierend, in parodistischer Absicht. Manchmal aber erfordert es die politische Situation, dieses Motto ernst zu nehmen.

2

Wer in den letzten Monaten die Diskussion um Fischers Vergangenheit genau verfolgte, dem mußte auffallen, wie ausgeprägt der Unwille der deutschen Öffentlichkeit ist – speziell der rotgrünen und linksliberalen – , unwiderlegbare Tatsachen als solche zu akzeptieren. Eine Binsenweisheit ist es, daß der Mensch als solcher dazu neigt, das nicht wahrzunehmen, was ihm nicht in den ideologischen Kram paßt. Was aber hinsichtlich Joschka Fischers Vergangenheit in den letzten Monaten alles gemeint, geglaubt, kolportiert, verdreht und behauptet wurde, ging über das übliche Maß hinaus. Wenn sich auch gegen das festgefügte Weltbild der Fischer-Apologeten letztlich nichts ausrichten läßt, soll hier doch an einigen Punkten gezeigt werden, wo die Medien des Mainstreams entweder bewußt falsch berichteten oder – auch das soll es geben – einfach nur irrten.

In fast allen der rotgrünen Regierung nahestehenden Blättern war zu lesen, die »Kampagne« gegen Joschka Fischer sei von der CDU und der Springer-Presse initiiert worden sei. Das ist falsch. Tatsächlich war die Anfang des Jahres anstehende Zeugenaussage Joschka Fischers im sogenannten Opec-Prozeß der Anlaß. Ganz konkret ausgelöst wurde die Debatte durch die Veröffentlichung der Fotos des prügelnden Fischer im »Stern« durch Bettina Röhl. Erst diese Bilder setzten einen Wettlauf diverser Medien in Gang, die sich von einer bis dato kaum bekannten Journalistin nicht die Butter vom Brot nehmen lassen wollten. Diese Konkurrenz entwickelte eine solche Dynamik, daß schließlich auch Fakten aus Fischers Vergangenheit ans Licht kamen, an denen eigentlich kaum einer ein Interesse hat.

Die Konservativen wurden von diesem Prozeß völlig überrascht. Das zeigt allein ihr wenig abgestimmtes Vorgehen in der Sache. Sie waren aber auch nicht sonderlich interessiert, Fischers linksradikale Vergangenheit zum Thema zu machen. Wäre dem nicht so, dann hätten sie bereits nach Erscheinen meines Buches, im Bundestagswahlkampf 1998, eine großangelegte Anti-Fischer-Kampagne vom Zaun brechen können. Das wurde damals peinlich vermieden. Erst als man während des Januars 2001 im Lager der CDU/CSU meinte, die Presse habe genug Vorarbeit geleistet, versuchten die Rechten, sich an diese vermeintliche Kampagne zu hängen. Dabei gingen sie derart dilettantisch vor, daß sie – wenigstens im ersten Anlauf – kläglich scheiterten.

Kaum anders verhält es sich mit der Springer-Presse. Besonders »Bild« hielt sich mit Angriffen auf Fischer deutlich zurück. Die einzigen Springer-Blätter, die tatsächlich eine Kampagne gegen den Außenminister entfachten, waren – wohl aus experimentellen Gründen – die »Welt« und die »BZ«. Ein Machtwort des Kanzlers in der »Zeit« allerdings genügte, um insbesondere die »Welt« sofort zum Verstummen zu bringen.

Behauptet wurde auch, bei der vermeintlichen Kampagne handele es sich um eine geplante Attacke der Konservativen gegen »68«. Das ist nur halb richtig. Am Anfang der Debatte stand Fischers konkrete Biographie im Vordergrund. Es war der Fischer-Intimus Rezzo Schlauch, der Mitte Januar in der Aktuellen Stunde des Bundestages der Opposition nicht ungeschickt vorwarf, sie wolle »einer gesamten politischen Generation der damaligen Zeit den Prozeß machen«. So nahm er alle Altachtundsechziger für Fischer in Haftung. Als die grunddumme CDU Schlauchs Vorgabe aufgriff und tatsächlich zum Sturmangriff gegen »68« überging, hatte Fischer die Schlacht bereits gewonnen. Erst nach ihrer gescheiterten Attacke wird das Gros der führenden Konservativen begriffen haben, wie viele Achtundsechziger in diesem Land mittlerweile in führenden Positionen sitzen, was selbstverständlich nicht bedeutet, daß sie nach wie vor etwas mit den Zielen von »damals« am Hut haben.

Andererseits kam in der ganzen Debatte nicht mal am Rande zur Sprache, daß es sich bei Leuten wie Inge Presser (PLO-Konferenz in Algier), Margrit Schiller (Besuch bei Joschka), Elisabeth Heidenreich (Diskussion über Molotow-Cocktails) und Udo Riechman, die mit ihren Aussagen Fischer »belasten«, auch um veritable Achtundsechziger handelt. Udo Riechmann zum Beispiel war ein führender SDS-Funktionär und versteht sich heute noch als Linker; auf seine Auskünfte stützt sich die Schilderung der Molotow-Cocktail-Diskussion am Vorabend der sogenannten Meinhof-Demo in meinem Buch. Daß Riechmann mir diese Information gab und sie zudem eidesstattlich bestätigte, hat er damals ausdrücklich mit der zunehmenden Militarisierung grüner Politik durch Joschka Fischer begründet. Achtundsechziger wie Riechmann sind es, die Fischer tatsächlich in Schwierigkeiten bringen, wenn sie ihn mit seiner Vergangenheit konfrontieren. Im Gegensatz zur CDU haben sie auch das Recht dazu.

Gebetsmühlenartig wiederholte die Presse in den letzten Monaten, man halte Fischer »längst bekannte Fakten« vor, die er »längst gestanden« (Heribert Prantl) habe. Die notorische Mariam Lau erklärte, nur wenige Achtundsechziger hätten »Militanz und Terrorismus so offen thematisiert wie Joschka Fischer«. Auch von diesen Behauptungen stimmt nur das Gegenteil. Fischer hat über Jahrzehnte seine wirkliche linksradikale Vergangenheit konsequent vertuscht; man lese nur einmal die 1997 erschienene offiziöse Fischer-Biographie von Sibylle Krause-Burger oder seine biographischen Angaben auf der Homepage des Auswärtigen Amtes. In Presseberichten der letzten Monate mußten die angeblich bekannten Fakten beinahe im Wochenrhythmus aktualisiert werden. Und der Außenminister leugnet bestimmte Tatsachen weiter – solange wie es eben geht.

»Eine Jagd auf Joschka Fischer« (»Die Woche«), eine »Treibjagd« (»Süddeutsche Zeitung«), gar einen »Machtputsch« (Antje Vollmer) hat es in den vergangenen Monaten nicht gegeben. Genauso falsch ist die Behauptung Heribert Prantls in der »SZ«: »Die Kampagne arbeitet nicht mit Fakten, sondern mit Vermutungen und Verdächtigungen.«

Es waren diejenigen, die Fischer zu verteidigen suchten, die reihenweise Tatsachen ignorierten, uminterpretierten oder fälschten. So berichteten Anfang Januar nahezu alle deutschen Zeitungen, Udo Riechmann habe seine Aussage zum Vorabend der Meinhof-Demo in wesentlichen Teilen zurückgezogen. Die »Taz« schrieb am 11. Januar: »Beschuldiger macht Rückzieher: Fischer rief nicht zu Molli-Wurf auf.« An dieser Meldung wie an allen anderen gleichen Tenors ist nichts wahr. Das erklärte Riechmann selbst in einem Schreiben gegenüber dpa. Dieses Dementi allerdings wurde nie veröffentlicht. Am 4. März berichtete »Bild am Sonntag« über eine Verfassungsschutzakte zum Angriff der Frankfurter Militanten auf das spanische Generalkonsulat im September 1975. In der Überschrift heißt es: »Ihr Inhalt belastet den Bundesaußenminister nicht.« Liest man den dazugehörigen Artikel, stellt man fest, daß das glatte Gegenteil der Fall ist. Und das sind nur zwei Beispiele von vielen.

Noch interessanter ist, wie die Medien mit Äußerungen Fischers umgingen, die unbestreitbar sind, weil sie gedruckt vorliegen. Am 17. Januar wurde Fischer im Bundestag mit einem Zitat von 1978 konfrontiert. Damals hatte Fischer anläßlich der Ermordung von Buback, Ponto und Schleyer geschrieben: »Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sag ich ganz offen, für mich.« Natürlich ist niemand verpflichtet, angesichts dieser RAF-Opfer zu trauern; erst recht 1978 nicht, als diese Trauer staatlich verordnet war. Doch steht dieses Bekenntnis im Gegensatz zu Fischers Zeugenaussage im Opec-Prozeß, wo er behauptete, er habe »vor Wut fast heulen können«, als er im Jahr zuvor die Kommandoerklärung der RAF zur Erschießung Schleyers las. Kein Journalist griff den krassen Widerspruch zwischen den beiden Äußerungen auf, und auch die Empörung über das erste Zitat – bei ähnlichen Äußerungen anderer die Regel – hielt sich in engen Grenzen. Ganz anders bei Jürgen Trittin, dem man nach einer zufälligen Begegnung mit dem Buback-Sohn Michael vorwarf, sich nicht eindeutig genug von der »klammheimlichen Freude« des Göttinger Mescaleros über den Tod Siegfried Bubacks distanziert zu haben. Gegen Trittin, der nichts mit der Veröffentlichung des Mescalero-Artikels zu tun hatte, wurde danach tatsächlich eine Medien-Kampagne gefahren, in deren Verlauf »Bild« sogar vor der Fälschung eines Fotos nicht zurückschreckte.

Das war im Fall Fischers nicht nötig, denn von einigen seiner militanten Aktivitäten, speziell dem Prügelangriff auf den Polizisten Marx, existieren echte Fotos und sogar Filme. Was darauf zu sehen ist, erklärte allerdings nicht – wie bei Trittin – »Bild«, sondern das blieb dem Außenminister selbst vorbehalten. Im Bundestag sagte er: »Ich habe nie auf am Boden Liegende getreten. Nee, das müssen sie akzeptieren.« Dabei ist zumindest in der von der ARD ausgestrahlten Prügelfilm-Szene deutlich zu erkennen, wie Fischer auf den zu Boden gegangenen Marx eintritt. Es geht auch hier nicht darum, Fischers Prügeleien zu mißbilligen; jeder Linke weiß, wie oft Polizisten ähnlich brutal gegen Demonstranten vorgehen. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang nur, wie die Presse Fischers offensichtliche Lüge kommentierte: überhaupt nicht, mit keinem Wort.

Fakten spielen in der Diskussion um Joschka Fischers Vergangenheit, da hat Heribert Prantl recht, tatsächlich keine Rolle. Es gilt einfach nur das, was der Außenminister sagt. Wenn Filme und belegbare Zitate etwas anderes beweisen, dann müssen es diese Beweise sein, die lügen, nicht umgekehrt. So argumentieren Fischers Verteidiger, und hier beginnt es ins Religiöse zu lappen. Die Fischer-Apologeten wollen nichts wissen, sie glauben. Aus diesem Grund lachte auch keiner, als z.B. Erich Böhme in der »Berliner Zeitung« seine Behauptung für ein »vernünftiges Argument« hielt, »daß gerade Fischer

und sein Freund Daniel Cohn-Bendit das Abdriften der *gesamten* Apo in RAF-Gewalt verhindert haben«. Ganz klar: Jesus Fischer und sein Apostel Daniel waren in den siebziger Jahren zur gleichen Zeit an all den Orten, wo es galt, verirrten Schafen die bereits in Anschlag gebrachte Kalaschnikow aus der Hand zu schlagen. Aber wieso eigentlich nicht? Die rotgrünen Deutschen lassen sich ja auch nicht in ihrem festen Glauben erschüttern, daß Fischer im Kosovo-Krieg die Menschenrechte verteidigte, obwohl unzählige Dokumente und Zeugenaussagen beweisen, daß er nicht nur einen »ordinären Angriffskrieg« (Willy Wimmer) geführt, sondern diesen auch so gewollt hat.

3

Nein, die ganze Diskussion um seine militante Vergangenheit hat Fischer bisher kaum geschadet. Der Außenminister bleibt einer der beliebtesten Politiker Deutschlands. Das nährt den Verdacht, das Unterfangen, dieses Volk mittels Fischers Vergangenheit zu spalten, könnte vergeblich sein. »Die ›Vergangenheit‹ prägt die ›Gegenwart‹«, schreibt Frau Herta Seidel aus 97267 Himmelstadt in einem Leserbrief an die fränkische »Mainpost«, »die Gegenwart prägt die Zukunft. Mit anderen Worten: ›Saat und Ernte‹. Wenn Joschka Fischer nicht eine kämpferische Vergangenheit gehabt hätte, wäre er heute nicht das, was er ist. Ein Versager? Er ist stark geworden, und hält allen üblen Faseleien stand. Und solche Menschen brauchen wir, ›dazustehen‹ und weiterkämpfen und nicht die Flinte ins Korn werfen.«

Tatsächlich: Die Deutschen lieben ihren Außenminister, nicht weil seine Vergangenheit links, sondern weil sie gewalttätig war. Und sie sehen in ihm einen »Charismatiker«, einen »Popstar« und eine »Kultfigur« (Jens König in der »Taz«) nicht obwohl, sondern weil er gewalttätig ist und Krieg führt. So sind sie, die Deutschen, so waren sie immer. Erst wenn es am Ende mit ihren Gewalttätern einmal mehr schiefgegangen ist, erst dann hat man sie wieder nur belogen und betrogen. Vorher aber hat keiner was gewußt. Deshalb: Die endgültige Teilung Deutschlands bleibt unser Auftrag. Wenigstens versuchen kann man’s ab und zu mal.

Christian Y. Schmidt schrieb in

KONKRET 11/2000 über das wiedervereinigte Deutschland

Konkret 04/01, S. 20

zu Protokoll

Eine seiner weltberühmten »Debatten auf hohem Niveau« führte der Deutsche Bundestag am 16. Februar auf Antrag der PDS über die Lügen, mit denen Schröder, Scharping und Fischer den Überfall deutscher Truppen auf Jugoslawien gerechtfertigt hatten. Eine aufs Wesentliche gekürzte Fassung

»In Racak hat vorgestern ein Massaker stattgefunden, bei dem 45 Albaner ermordet wurden ... Nicht nur in Brüssel wächst die Zahl derer, die glauben, daß ein militärisches Engagement im Kosovo unausweichlich werden kann.«

Rudolf Scharping in seinem Kriegstagebuch am 17. Januar 1999

»Im Zusammenhang mit der Befragung der Vertriebenen und deren Schilderungen will ich noch einmal darauf aufmerksam machen, daß es für einen normalen menschlichen Kopf extrem schwierig ist, noch auszuhalten, was man dort an Berichten bekommt. Wenn beispielsweise erzählt wird, daß man einer getöteten Schwangeren den Fötus aus dem Leib schneidet, um ihn zu grillen und dann wieder in den aufgeschnittenen Bauch zu legen; wenn man hört, daß systematisch Gliedmaßen und Köpfe abgeschnitten werden; wenn man hört, daß manchmal mit den Köpfen Fußball gespielt wird, dann können Sie sich vorstellen, daß sich da einem der Magen umdreht ...«

Rudolf Scharping am 16. April 1999

»... daß man fast wie ein Schwein wirkt«

Dr. Gregor Gysi (PDS): Wenn das, was wir inzwischen erfahren haben, stimmt ... dann habe ich den Eindruck, daß der Bundesverteidigungsminister und übrigens auch der Bundesaußenminister damals offenkundig der Meinung waren, daß das Tatsächliche nicht genügte, um die Zustimmung des Bundestages und der breiten Öffentlichkeit zu erreichen.

Das ist der einzig denkbare Grund dafür, daß man derart überzogen und zum Teil auch mit falschen Fakten operiert hat.

Der Bundesverteidigungsminister hat von einem KZ im Stadion von Pristina gesprochen ... Wir sollten es lassen zu versuchen, in einem anderen Land Zustände herbeizureden, wie sie zwischen 1933 und 1945 in Deutschland geherrscht haben. Wir finden keinen zweiten Hitler auf der Welt. Der Außenminister ist noch weitergegangen und hat die Zustände sogar mit Auschwitz verglichen, was unerträglich war. Ich hatte gehofft, daß er sich dafür irgendwann einmal entschuldigt.

Nun habe ich gehört, daß das, was im Zusammenhang mit den Kerzen auf den Dächern gesagt wurde, technisch überhaupt nicht geht. Es sind also reine Enten verkauft worden.

Nehmen Sie das angebliche Massaker von Rugovo. In dem Film sehe ich, wie ein deutscher Polizeioffizier erklärt, daß er seinerzeit der erste am Ort gewesen sei. Er selbst habe sozusagen in Augenschein genommen, daß es sich um Tote nach einem Gefecht handelte, daß das UCK-Kämpfer waren. Seiner Darstellung nach wurden die Toten von verschiedenen Orten zusammengetragen und dann fotografiert. Uns wurde das als Massaker an Zivilisten präsentiert. Dieser Offizier fügte hinzu, nach der ersten Falschmeldung habe er im Bundesverteidigungsministerium angerufen und gesagt: Das stimmt so nicht. Die Situation war eine andere. Niemand hat die Meldung korrigiert. Was also ist damals eigentlich passiert?

Ich erinnere mich noch sehr gut daran, daß ich seinerzeit bei »Sabine Christiansen« eingeladen war. Dort habe ich, der ich gegen den Krieg bin, gesessen, während die anderen dafür waren. Zum Mindestmaß an Fairneß gehört doch, daß man in einem solchen Streit mit Tatsachen gegeneinander operiert. Der Bundesverteidigungsminister aber hat dort gesagt: Lehrer werden vor den Augen ihrer Schüler erschossen. – Dafür hat es aber nie einen Nachweis gegeben. – Er sagte, es habe ein Massaker stattgefunden. Er sagte, an Türen sei ein »S« angebracht worden – was offensichtlich aber nie der Fall war – , um Serben zu schützen. Das alles erzählt er in dieser Sendung. In einem solchen Moment kann ich doch gar nicht wissen, ob das stimmt oder nicht.

Er konfrontiert mich damit in der Sekunde. Warum? Er weiß: Dort sitzt ein Gegner des Krieges. Den bringe ich jetzt einmal in eine moralisch ganz schlimme Ecke, aus der er nicht herauskommt. So etwas ist grob unfair. Er hätte ja auch versuchen können, seinen Krieg mit Tatsachen zu verteidigen, nicht aber mit Erfindungen, mit denen Kriegsgegner in eine Ecke gedrängt werden, in der jemand, der in einer solchen Situation gegen einen völkerrechtswidrigen Krieg auftritt, fast wie ein Schwein wirkt.

Deshalb frage ich: Hätte es ohne falsche Sachverhaltsdarstellungen auch hier im Bundestag eine Zustimmung zu diesem Krieg gegeben? ... Wir haben das Recht, nicht belogen und betrogen zu werden.

Fakten? »Völlig unerheblich«

Reinhold Robbe (SPD): Wenn das Thema, mit dem wir uns heute in der Aktuellen Stunde befassen, nicht so ernst wäre, Herr Gysi, könnte man schnell darüber hinweggehen, zumal es sich um einen Antrag der PDS handelt.

(Widerspruch bei der PDS – Zuruf von der PDS: So ein Blödmann!)

Weil die PDS aber den Versuch unternimmt, die Nato-Luftangriffe gegen das serbische Jugoslawien als unbegründet und völkerrechtswidrig darzustellen, muß diesem erneuten Versuch der ideologischen Geschichtsklitterung und nachträglichen Rechtfertigung von unmöglichen politischen Positionen energisch widersprochen werden.

Worum geht es eigentlich in dieser Debatte? Ein schlecht recherchierter und nach meiner Auffassung von vornherein einseitig ausgerichteter Fernsehbericht des WDR stellt die These auf, daß insbesondere Verteidigungsminister Rudolf Scharping – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – ... mit bewußten Fälschungen versucht hat, Nato-Luftangriffe zu begründen. Unter der Überschrift »Es begann mit einer Lüge« werden wenige Ereignisse wahllos als Belege dafür aufgeführt, daß die deutsche Bevölkerung über die wahren Geschehnisse im Kosovo bewußt getäuscht wurde.

Ich will an dieser Stelle in aller Deutlichkeit feststellen – ich glaube, daß ich hierbei auch die Auffassung der breiten Mehrheit im Deutschen Bundestag wiedergebe – , daß es völlig unerheblich ist, ob bei einem Massaker, Herr Gysi, in Rugovo die hinterrücks erschossenen Kosovo-Albaner vielleicht auch einen Mitgliedsausweis der UCK bei sich trugen. Das ist vollkommen unerheblich.

Fest steht, daß es Serben waren, die im Auftrag des verbrecherischen Diktators Milosevic bereits ein Jahr früher Hunderttausende von Kosovo-Albanern systematisch aus ihrer Heimat vertrieben haben ... Fest steht weiterhin, daß Milosevic nicht zu einer politischen Lösung des Balkankonflikts bereit war und statt dessen die gesamte zivilisierte westliche Welt an der Nase herumgeführt hat.

(Rolf Kutzmutz [PDS]: Da hätten Sie doch nicht lügen müssen!)

Fest steht auch – hören Sie gut zu – , daß die Europäische Union, die Nato und damit selbstverständlich auch die Bundesrepublik Deutschland überhaupt keine andere Wahl hatten, als dem verbrecherischen Treiben des Herrn Milosevic und seinen Schergen mit militärischer Gewalt ein Ende zu setzen. Deswegen ist der Eingriff erfolgt, deswegen begannen die Luftangriffe.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist es schon mehr als dreist, Herr Gysi, wenn sich die PDS heute hinstellt, um auf der Grundlage eines – ich möchte es vorsichtig formulieren – außerordentlich fragwürdigen Fernsehberichts den Versuch zu unternehmen, die Bundesregierung, den Bundesverteidigungsminister und die Mehrheit des Deutschen Bundestages an den Pranger zu stellen.

Umgekehrt, meine Damen und Herren, wird ein Schuh daraus: Gott sei Dank sind wir heute aufgrund gut funktionierender Archive in der Lage, auch Unangenehmes schnell zutage zu befördern, wenn es wirklich angebracht ist. Ich zeige Ihnen jetzt mit Erlaubnis des Präsidenten ein Foto aus dem »Spiegel«, das am 14. April 1999, also etwa drei Wochen nach Beginn der Nato-Luftangriffe gegen das Milosevic-Regime, aufgenommen wurde.

(Dr. Gregor Gysi [PDS]: Das ist ja ganz neu!)

Es zeigt Herrn Gysi, den wir gerade gehört haben, und Herrn Milosevic. Ich hoffe, Sie, insbesondere Sie, Herr Gysi, können erkennen, daß Herr Milosevic in einer offensichtlich sehr entspannten Atmosphäre dem damaligen Vorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion freundschaftlich die Hand schüttelt. Das muß man sich wirklich vor Augen führen, das muß man sich richtig reinziehen, wie die jungen Leute heute sagen: Während die gesamte westliche Welt den Kriegstreiber und als Kriegsverbrecher gesuchten Diktator Milosevic verurteilt und ächtet, fährt Herr Gysi nach Belgrad, um sich mit diesem Schlächter an einen Tisch zu setzen.

Seit dem Treffen zwischen Gysi und Milosevic hat die PDS jeden, aber auch wirklich jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit und Seriosität verspielt ... Für mich persönlich, meine Damen und Herren – ich sage das in aller Offenheit und mache aus meiner Meinung dazu überhaupt kein Hehl; so habe ich mich immer verhalten – , ist es nicht zuletzt deshalb mehr als eine Zumutung, mit solchen Leuten wie Gregor Gysi in einem Parlament sitzen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Angela Marquardt [PDS]: Bombardieren Sie doch unsere Parteizentrale und erschießen Sie uns alle!)

»Auf Racak kommt es im Detail nicht an«

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU): Selbst seriöse Zeitungen wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« stellen in ihrem Feuilleton Fragen, überschreiben ihre Artikel mit solchen Überschriften wie »Geleimt – Der Anlaß des Kosovo-

Krieges eine Erfindung der Nato«. Es ist schon überraschend, wie weit Verwirrung und Irritation bestehen. Ich sage ganz klar: Wenn heute die gleiche Entscheidung anstünde, würden wir wieder zustimmen, weil es eine völlig falsche Vorstellung ist, die mancher Journalist haben mag, es wäre so, daß ein singuläres Ereignis eine lang andauernde Entwicklung allein ausmache und die schwerwiegende Entscheidung, die auch dieses Parlament getroffen hat, tragen würde. Deswegen kommt es auf das, was der finnische Untersuchungsbericht über Racak aussagt, nicht im Detail an ...

»Gewaltfreiheit bleibt unser Ziel«

Angelika Beer (Bündnis 90/Die Grünen): Der politische Entschluß, eventuell militärisch im Kosovo einzugreifen, ist am 16. Oktober 1998 im Deutschen Bundestag gefaßt worden. Denn der Krieg des Milosevic-Regimes gegen die Albaner im Kosovo war bereits im Sommer 1998 in vollem Gange ... Der Versuch, uns heute zu unterstellen, wir hätten die Entscheidung zum Nato-Einsatz, eine Entscheidung in einer so zentralen Frage, nämlich ob sich Deutschland an einem Krieg beteiligt oder nicht, an Einzelereignissen wie zum Beispiel Racak festgemacht, geht absolut ins Leere ...

Wer uns zugehört hat, der weiß, daß wir uns selbstkritische Fragen gestellt haben und auch heute noch stellen: über die Kriterien der Entscheidung über einen Militäreinsatz, die deutsche Beteiligung, die europäische Rolle und vor allem darüber, wann sich deutsche Soldaten an einem Einsatz beteiligen sollen und wann nicht ... Selbstkritik hat nichts damit zu tun, bei verleumderischen Unterstellungen den Kopf einzuziehen und zu sagen: Es war alles falsch ... Nach unseren Erfahrungen – wir haben es uns mit der Intervention in Bosnien, dem Kosovo-Krieg und vielen anderen Konflikten seit dem Ende des Kalten Krieges nicht leichtgemacht – bilanziere ich: Das Ziel der Gewaltfreiheit geben wir nicht auf.

(Lachen bei der PDS)

»Selbst wenn die Bilder falsch wären«

Hildebrecht Braun (Augsburg) (FDP): Herr Gysi und Sie, meine Damen und Herren von der PDS, ich möchte in aller Klarheit sagen: Der Deutsche Bundestag geht Ihnen nicht auf den Leim. Was Sie hier vortragen, knüpft an den peinlichen Besuch bei Milosevic an, für den Sie sich vor der deutschen Öffentlichkeit nie entschuldigt haben, obwohl Sie das längst hätten tun müssen.

Das, was Sie machen, ist, an eine miserable Praxis des »Neuen Deutschlands« vor und nach der Wende anzuknüpfen. Diese Zeitung hat am 8. Februar dieses Jahres über diesen Bericht bei »Monitor« gejubelt. Dabei werden zwei Journalisten zu nützlichen Idioten der Propaganda der PDS, der alten SED, gemacht. Die Botschaft war: Kriegstreiber ist die Nato. Scharping und Co sind Lügner. Die Bundeswehr muß den Kosovo und Bosnien-Herzegowina verlassen. Nein, so einfach ist das nicht. Das war wie zu schlimmsten Zeiten der DDR ...

Ich will nicht ausschließen, daß Fotos falsch verwendet oder falsch interpretiert wurden. Ich weiß es nicht und kann es von hier aus nicht überprüfen. Ich will auch nicht ausschließen, daß bestimmte Fotos und ihre Interpretation dazu geeignet waren, schwankende Vertreter in der SPD oder speziell bei den Grünen doch davon zu überzeugen, daß Gewaltanwendung notwendig ist, um eine humanitäre Katastrophe im Kosovo zu verhindern oder zu beenden.

Ich bin auch der Meinung, daß wir jede Frage, die in dem Beitrag von »Monitor« angesprochen wurde, sehr präzise werden klären müssen. Es sind Fragen aufgeworfen worden, die wir vorher nicht gestellt haben, und diese Fragen werden von den zuständigen Ministerien – auch vom Außenministerium – im einzelnen geklärt werden müssen. Keine Frage!

Ich traue, ehrlich gesagt, Herrn Scharping viel zu, aber nicht, daß er mit Bildern, von denen er weiß, daß sie falsch sind, argumentiert und damit versucht, die Mehrheit des Bundestages zu gewinnen. In dieser Form sollten wir nicht miteinander umgehen.

Wollen wir uns bitte daran erinnern: Am 15. Januar 1999 geschaften die Vorfälle in Racak, am 29. Januar in Rugovo, am 6. Februar begannen die Verhandlungen in Rambouillet, und erst sechs Wochen danach begann der Angriff auf das serbische Jugoslawien. Das heißt, diese Bilder – selbst wenn sie falsch gewesen wären – waren nicht ursächlich dafür, daß der Deutsche Bundestag sagte: Wir müssen aus Verantwortung für die Menschen im Kosovo handeln.

»Wer brauchte aufgeschlitzte Bäuche?«

Wolfgang Gehrcke (PDS): Es war ein Bürgerkrieg mit allen Grausamkeiten. Man mußte aber die Grausamkeiten nicht ins Monströse überhöhen. Man brauchte den Vergleich Kosovo=Rampe von Auschwitz eigentlich nicht, als es um Menschenrechtsverletzungen gegangen ist.

(Beifall bei der PDS sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Man brauchte hier keine Reden von aufgeschlitzten Bäuchen und herausgeschnittenen Föten. Man brauchte nicht die Umdeutung von Rambouillet. Was dort geschehen ist, kann man ja mittlerweile in den Dokumenten nachlesen. Warum eigentlich dieses Monströse, das heute Gegenstand der Debatte ist?

(Gerhard Jüttemann [PDS]: Ja, warum?)

Aus meiner Sicht gibt es nur eine Begründung: Es war relativ klar, daß die USA, wenn sich Deutschland nicht an der Nato-Entscheidung beteiligt hätte, allein nicht in der Lage gewesen wären, diesen Krieg zu führen. Deutschland war in Europa in dieser Frage entscheidend; das kann doch niemand leugnen. Weil es so ist und diese Regierung sich ihrer Mehrheit nicht sicher war – nicht hier im Hause, schon gar nicht in der Bevölkerung – , mußte diese Überhöhung, dieses Monströse als politisches Kampfmittel eingesetzt werden, um diesen Krieg mehrheitsfähig zu machen. Das ist der gesamte Hintergrund, der nicht mehr zu leugnen ist. Dazu brauchen Sie hier nicht Stellung zu nehmen. Der »Stern« schreibt in seiner Ausgabe 8/2001: »Fischer und Scharping haben ihre Bürger beschwindelt, belogen und betrogen.« Das schreibt der »Stern«. Wenn Sie der Auffassung sind, daß das, was andere schreiben, nicht wahr ist, dann müssen Sie es glaubwürdig dementieren. Scharping hat deswegen noch nichts dementiert, weil er nichts dementieren kann.

(Reinhold Robbe [SPD]: Geschichtsfälscher! – Peter Zumkley [SPD]: Es gibt Gott sei Dank noch andere Quellen!)

Weil er nichts dementieren kann, stelle ich mich hinter die Behauptung vom »Stern«: Scharping hat die Bevölkerung beschwindelt, belogen und betrogen. Damit ist der Krieg mehrheitsfähig gemacht worden. Nichts anderes ist die Wahrheit.

»Einzelfakten, Einzelfakten ...«

Dr. Helmut Lippelt (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Kollege Gehrcke, lieber Kollege Gysi, ich will Überhöhungen in der Rhetorik von Ministern, die in einer Verantwortung gestanden haben, die sie vielleicht etwas weitergetrieben hat, als es richtig gewesen ist, nicht verteidigen ... Daraus allerdings jetzt die Schlußfolgerung zu ziehen, daß wir aufgrund von Lügen in einen Krieg hineingetrieben worden sind, ist großer Unsinn.

Man sollte sich die Beweismittel, die inzwischen vorliegen, etwas genauer anschauen. Das Problem ist aber, daß wir immer noch in einer Zeit der Halbwahrheiten, der Halbhistoriker und der Legendenbildung leben. Seit den letzten eineinhalb Jahren liegen uns sehr viel mehr Einzelfakten vor. Diese Einzelfakten werden von all denjenigen, die meinen, es schon immer gewußt zu haben, jetzt zur Stützung ihrer Sicht selektiv sortiert.

Wir brauchten keine Massaker

Christian Schwarz-Schilling (CDU/CSU): Wieso kam es zu dem Krieg im Kosovo? Weil sich Milosevic in Dayton unter Androhung, die Konferenz zu verlassen, geweigert hat, das Thema Kosovo in Dayton mit zu behandeln. Das war die Ursache. Er führte nämlich bereits dort im Schilde, die Macht über dieses Land, das er noch nicht richtig erobert hatte, zu erlangen ...

Am 5. April 2000 hat Herr Carsten Hübner (PDS) schon einmal die Frage gestellt: über die Verteidigungsminister und das nach dem in dem Beitrag über die Papiere Gesagte, über Hufeisen. Die nächste Frage betraf Racak, ebenfalls in entsprechender Breite von Herrn Hübner dargestellt, und wurde dann von der Regierung schlecht oder recht beantwortet. Ich möchte dazu nur eines sagen: Sie haben überhaupt kein Recht, sich bei solchen Fragen selbstgefällig hierhinzustellen ..

Es gab bereits am 12. Oktober 1998 – die Sprecherin der Grünen hat darauf hingewiesen – einen Antrag aller demokratischen Parteien dieses Hauses, der am 16. Oktober hier behandelt wurde. Darin stehen schon die Begründungen, dazu haben wir nicht auf das Massaker gewartet.

Wir brauchten keine gefälschten Bilder

Dieter Schloten (SPD): Der dubiose »Monitor«-Bericht behauptet schlichtweg, daß sämtliche demokratischen Politiker der westlichen Welt als Brandschatzer ein friedliebendes Land überfielen und – ich habe den Text sehr genau gelesen – daß es praktisch keine Vorgeschichte der Unterdrückung, der Vertreibung und der im Kosovo spätestens seit 1989 ausgeübten Apartheid gab ...

Es ist Unsinn zu behaupten, Racak sei der einzige wesentliche Auslöser des Nato-Einsatzes gewesen. Im Gegenteil: Das Blutbad von Racak hat zu verstärkten Anstrengungen bei den Verhandlungen in Rambouillet geführt, die leider nicht zum Ziele geführt haben. Was Sie gegen die Annahme eines Massenmordes ins Feld führen können, ist, daß die Ergebnisse der finnischen Untersuchungskommission eine Massenhinrichtung von Zivilisten nicht eindeutig belegen können. Aber ebensowenig belegen sie das Gegenteil.

(Wolfgang Gehrcke [PDS]: Eben! Ich habe es auch nicht behauptet! Aber Herr Scharping hat behauptet, daß es belegt ist! Ich weiß es nicht!)

Herr Gehrcke, Tatsache ist doch, daß in Racak 45 albanische Opfer zu beklagen gewesen sind.

(Peter Zumkley [SPD]: Richtig!)

Ist es da so entscheidend, ob all diese Menschen aus dem Ort selbst stammten oder auch aus anderen Dörfern, ob einzelne UCK-Kämpfer unter ihnen waren oder nicht? Fakten gibt es genug. Herr Lippelt hat den entsprechenden Bericht dargestellt. Ich brauche darauf nicht weiter einzugehen ... Selbst wenn Racak falsch interpretiert worden ist und manches andere Bild dazu, ein falsches Bild – das tun auch mehrere falsche Bilder nicht –

(Dr. Ilja Seifert [PDS]: Gefälschte, nicht nur falsche!)

ändert nichts an der grundsätzlichen Berechtigung des Nato-Einsatzes im Kosovo.

»Der vergaloppiert sich«

Ulrich Adam (CDU/CSU): Auch ich werde den Verdacht nicht los, daß die Stoßrichtung des Antragstellers dieser Aktuellen Stunde in erster Linie gegen die Nato gerichtet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Wolfgang Gehrcke [PDS]: Richtig!)

Um es vorweg ganz klar und deutlich zu sagen: Die Nato war – davon bin ich fest überzeugt – ein wesentliches Standbein bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerade im Kalten Krieg konnten wir im Osten beobachten, wie die Nato jederzeit uneingeschränkt zur Bundesrepublik Deutschland gestanden hat.

(Wolfgang Gehrcke [PDS]: Schlaumeier!)

Die Nato hat nicht zuletzt deshalb einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß wir 1990 die deutsche Einheit vollziehen konnten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch die gegenwärtigen Anstrengungen der Staaten Mittel- und Osteuropas, der Nato beizutreten, beweisen doch, daß die Nato immer noch einen hohen Stellenwert hat und eine wichtige Rolle spielt. Ich halte es für sehr wichtig, dies einmal ausdrücklich zu betonen.

Hier geht es aber auch um konkrete Aussagen von Minister Scharping, die er zu Beginn und im Verlauf des Kosovo-Krieges gemacht hat. Diese erfordern doch eine erhebliche Aufklärung, Herr Scharping. Ich erwarte von Ihnen, aber auch von Ihnen, Herr Minister Fischer, eine Antwort auf die erhobenen Vorwürfe. Hierzu müssen Sie Stellung beziehen. So geht es mir zum Beispiel um den Beweis der Existenz des bereits mehrfach angesprochenen Hufeisenplans. Um es deutlich zu sagen:

Unsere Entscheidung zur Beteiligung an der humanitären Aktion der Nato war richtig. Sie war notwendig. Daran ändern auch die Diskussionen über die Existenz oder Nichtexistenz des Hufeisenplanes nichts. Trotzdem fordere ich Sie eindringlich auf, hier Klarheit zu schaffen und die offenen Fragen zu beantworten. Haben Sie die Öffentlichkeit und uns falsch informiert oder Tatsachen verfälscht?

(Peter Zumkley [SPD]: Jetzt fängt er auch schon an!)

Herr Scharping, sollten Sie den Beweis hier nicht öffentlich darlegen können, so denke ich doch, daß Sie zumindest den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses mögliche existierende Geheimpapiere vorlegen müßten.

(Peter Zumkley [SPD]: Der vergaloppiert sich!)

»Ich habe so etwas selbst erlebt«

Gerhard Neumann (Gotha) (SPD): Das Strickmuster ist immer das gleiche: Belastet die Regierung oder – noch besser – ein einzelnes Regierungsmitglied mit fragwürdigen Fakten der Vergangenheit! Es wird schon etwas Negatives hängenbleiben.

(Wolfgang Gehrcke [PDS]: Es bleibt etwas hängen!)

Dies lenkt von eigener politischer Konzeptionslosigkeit ab. Leider geht diese Taktik oft auf: Die Menschen werden verunsichert. Wir müssen uns in der Folge aber nicht wundern, daß unser Ansehen als Politiker allgemein sinkt. Nun ein neuer ungeheuerlicher Verdacht: Die Regierung hat die öffentliche Meinung manipuliert, um deutsche Soldaten wieder in einen Krieg zu führen.

Ich sehe die Bilder aus dem Kosovo noch vor mir, als sei es gestern gewesen: hilflose Frauen und Kinder, Opfer von Vertreibung und Opfer von Gewalt, Todesopfer. Ich habe so etwas als Vertriebener im Zweiten Weltkrieg selbst erlebt ...

Konkret 04/01, S. 24

Jürgen Elsässer

Drogen & Pipelines

Beim Krieg albanischer Separatisten gegen Mazedonien geht es um die Schaffung Großalbaniens – und um die Kontrolle der Heroin- und Erdölrouten

»Die albanischen Terroristen, die einen Teil mazedonischen Territoriums im Norden besetzt haben ... versuchen ein weiteres Racak zu provozieren, sagte der britische Botschafter in Skopje. Mark Dickinson meinte gegenüber der Skopjer Tageszeitung »Jutarnji Vesnik«, die Terroristen würden Beweise präsentieren, auch wenn es kein Massaker gegeben habe ...«

Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug, 6. März 2001

Zum zweiten Jahrestag des Nato-Krieges gegen Jugoslawien ist der Jubel der Sieger in Katzenjammer übergegangen. »Die balkanischen Alpträume hätten eigentlich mit dem Sturz von Milosevic zu Ende sein sollen. Aber nun schüren albanische Nationalisten ethnische Unruhen und wollen ein Großkosovo erobern ... In Washington und London und in den Büros von Nato und Uno in Pristina ist eine Frage allgegenwärtig: Haben wir ein Monster geschaffen?«, kommentierte der britische »Guardian« Mitte März.

Die Verwirrung ist verständlich: Wer immer gedacht hatte, die UCK sei lediglich eine Selbstschutzorganisation geknechteter Albaner gegen die angebliche Apartheid-Politik des »Milosevic-Regimes« gewesen, kann sich nicht erklären, warum der blutige Aufstieg der UCK, der im Kosovo 1998 begann, sich drei Jahre später wiederholt – nun aber in Mazedonien. Denn dort, das müssen selbst Experten der Bundesregierung zugeben, ist die Lage ganz anders: »Die dortige albanische Minderheit zeigt seit Jahren die Neigung, Konflikte mit der mazedonischen Regierung zu suchen, obwohl die Albaner alle Menschen- und Minderheitsrechte genießen und ihre Partei ... sogar Mitglied der Regierungskoalition ist und fünf Ministerien hält ... Eingangs der neunziger Jahre organisierten die mazedonischen Albaner ein eigenes Referendum und proklamierten eine ›Republik Ilirda‹ innerhalb Mazedoniens. Die Idee einer ›Republik Ilirda‹ wurde inzwischen ›eingefroren‹ ... und durch neue Forderungen ... ersetzt: Änderung der Verfassung, ›Dezentralisierung des Staates‹, Institutionalisierung eines (albanischen?) Vizepräsidenten und Legitimierung der albanischen ›Universität Tetovo‹. Im Dezember 1994 startete der Versuch, im westmazedonischen Tetovo eine parallele ›Albanische Universität‹ einzurichten – auf mazedonische Kosten und ungeachtet der Tatsache, daß Albaner an allen Hochschulen des Landes eine zehnprozentige Quote haben (die sie noch nie ausschöpften). Es handelte sich also offenkundig um ein durchsichtiges politisches Manöver, allein angelegt auf die absehbare Gegenwehr mazedonischer Behörden, die sich dann als Beweis albanischer ›Diskriminierung‹ in Mazedonien nutzen ließe«, schrieb Wolf Oschlies vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien 1998. Oschlies weiter: »Hört man indessen albanische Extremisten wie Arben Xhaferi, Führer der Demokratischen Partei der Albaner (PDSH) in Mazedonien, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild.« Oschlies zitiert Xhaferi (»Die Albaner sind heute in Mazedonien ghettoisiert und marginalisiert ...) und kommentiert dies als »albanische Verweigerung von Realitätsbezug und interethnischer Kooperation«.

Wie bedrohlich die Situation für Mazedonien mittlerweile ist, zeigt der Umstand, daß dieser von Oschlies richtig als Extremist bezeichnete Politiker mittlerweile Regierungsmitglied in Skopje geworden ist: Bei den Parlamentswahlen 1998 wurde die bis dahin regierende Koalition aus mazedonischen Sozialisten und der gemäßigteren albanischen PDP abgelöst durch die konservativ-mazedonische VRMO und Xhaferis PDSH. Auch der im folgenden Jahr direkt gewählte Präsident Trajkovski konnte seinen linken Konkurrenten Tito Petkovski nur mit Unterstützung der PDSH im zweiten Wahlgang schlagen. Die unterlegenen Sozialisten sprachen in beiden Fällen von massiven Manipulationen und von Stimmenklau.

Es ist bezeichnend für die westlichen Medien, daß sie Xhaferi mittlerweile als Gemäßigten bezeichnen, weil er sich vom UCK-Terror in Mazedonien distanziert habe. Doch hat er das? Die PDSH-Demonstration in Skopje Mitte März wurde als »Demonstration für den Frieden« gelobt, obwohl Xhaferi das Demo-Motto »Für Frieden und Gerechtigkeit« ganz anders interpretierte: Es könne keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben. Zur Gerechtigkeit aber gehören alle jene Forderungen, in denen Oschlies Surrogate der bloß »eingefrorenen« Parole nach einer »Republik Ilirda« karikiert hatte.

Die großalbanische Mafia

Daß die Entstehung des albanischen Terrorismus keine Reaktion auf die serbische (oder mazedonische) Politik ist, zeigte sich schon bei den gewalttätigen Unruhen in Pristina 1981. Selbst in Dunja Melcics Handbuch *Der Jugoslawien-Krieg* (Opladen 1999) heißt es dazu: »Objektive Gründe für Proteste bestanden aber kaum. Das albanische Element hatte sich im Kosovo durchgesetzt, die Autonomie war gesichert ...« Die wirklichen Ziele des Aufstandes konnte man 1982 in der »New York Times« nachlesen: »Die Nationalisten haben ein Zwei-Punkte-Programm: zum einen die Errichtung einer – wie sie es

nennen – ethnisch reinen albanischen Republik und sodann die Verbindung mit Albanien, um ein Großalbanien zu bilden.«

Nachdem mit Hilfe der Nato das ethnisch reine Kosovo Realität geworden ist, geht es jetzt um das zweite Ziel. Der frühere UCK-Chef Hashim Thaci erklärte zu Beginn der albanischen Frühjahrsoffensive 2001, Ziel der »Freiheitskämpfer« sei es, die südserbische Region sowie mazedonische Territorien jenseits der Kosovo-Grenze »einzugemeinden«. Ob Thaci dabei von ethnischem Sauberkeitswahn getrieben wird oder eher von schmutzigen Geschäftsinteressen, bleibt allerdings unklar. Tatsache ist nämlich, daß sich die jetzigen Kämpfe in Südserbien und Westmazedonien entlang der von Thacis Mafia kontrollierten Schmuggelroute abspielen. 40 Prozent des Heroins für Europa laufen mittlerweile über Thacis Gang, vermuteten deutsche Unmik-Polizisten bereits Ende 1999. Der ORF-Journalist Malte Olschewski referiert in seinem neuen Buch *Von den Karawanken bis zum Kosovo* (Wien 2000) einen Vortrag, den der damalige griechische Außenminister Karolos Papoulias auf der Grundlage von Geheimdienstberichten 1995 vor dem Parlament in Athen gehalten hat: »Demnach hatten die Kosovo-Albaner die türkische Mafia aus der südlichen Route verdrängt. Ihr Narco-Kartell würde unter dem Namen ›Kamila‹ (Kamel) operieren. Für seine Vertreter sei ein ganzes Stockwerk im ›Grand Hotel‹ in Skopje reserviert ... ›Kamila‹ würde sich nicht damit zufriedengeben, woanders hergestelltes Heroin lediglich zu transportieren. Man habe in Mazedonien eigene Produktionsstätten eröffnet. Ein Heroinlabor liege in einer Fabrik am Stadtrand von Kumanovo. Ein zweites Labor sei in einer früheren Kaserne der ›Jugoslawischen Volksarmee‹ in Krivolak installiert worden. Die staatliche Chemiefirma ›Alkaloid‹ würde die für die Raffinierung des Rohmaterials notwendigen Substanzen liefern. Außerdem habe ›Kamila‹ bei Novo Solo große Hanffelder angelegt, um regelmäßig Marihuana und Haschisch zu produzieren.« Olschewski faßt weitere Erkenntnisse zusammen: »Von Skopje gelangten die Transporte über Tetovo und über die Grenzübergänge von Debar und Struga an die Küste ... Die Drogenbarone wählten einen strategisch günstigen Punkt als Umlade- und Packstation: Veliki Trnovac ist ein albanisches Dorf innerhalb Serbiens, aber in der Nähe der bulgarischen, kosovarischen und mazedonischen Grenzen ... Da der Transport mit Lastwagen zu riskant geworden war, wurden die Drogen in Veliki Trnovac umgepackt. Man verstaute kleinere Ladungen in PKWs, Minibussen, Wohnwagen oder Taxis. Die Drogen kamen mit diesen Fahrzeugen nach Durres und Vlora. Von dort wurden sie mit Schnellbooten über die Adria gebracht.« Der erwähnte Umschlagplatz Veliki Trnovac liegt in dem fünf Kilometer breiten Streifen, der seit Kriegsende als Pufferzone in Südserbien an der Grenze zum Kosovo eingerichtet wurde. Dort darf serbisches Militär nicht operieren, nur ärmlich bewaffneten Dorfpolizisten ist der Zutritt gestattet – ein Paradies für die Schmuggler. Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, daß Thaci erbitterten Widerstand angekündigt hat, sollte die Pufferzone aufgehoben oder auch nur weiter verkleinert werden.

Alte und neue UCK

Mittlerweile tummeln sich mindestens drei Guerillagruppen im Kampfgebiet: in Südserbien die UCPMB (Befreiungsarmee für Presevo, Medvedja und Bujanovac) und in Westmazedonien zwei Versionen der UCK (in einem Fall steht das K für *Kosoves*, im anderen für *Kombetare*, das albanische Wort für national, also Nationale Befreiungsarmee). Da die Grenzen in dem Gebiet meist nicht markiert sind und man sie, auch dank der laxen Kontrollen durch die Kfor, leicht überqueren kann, gehen viele Beobachter davon aus, daß es sich in allen drei Fällen nur um Ableger der alten UCK handelt, die von Hashim Thaci geführt und nur nominell aufgelöst worden ist.

So schreibt etwa der meist gut informierte Franz-Josef Hutsch vom »Hamburger Abendblatt«: »Die ... UCPMB hört auf das Kommando seiner (Thacis, J.E.) engen Weggefährten Shefket Musliu und Muhamet Xhemali. Sie sollen auch den in Mazedonien kämpfenden Guerilleros ... Befehle erteilen. Die Spuren mehrerer Morde führen direkt in das Umfeld Thacis. Der unterhält intensive Kontakte zur albanischen Minderheit in Mazedonien. Der dortige Albanerführer Arben Xhaferi gilt als enger Freund des früheren Chefguerilleros.« Das mazedonische Grenzdorf Tanusevci, wo die Kämpfe Anfang März begannen, sei schon während des Kosovo-Krieges Gefechtsstand der 7. UCK-Operationsabteilung gewesen.

Eine etwas andere Version wird von der größten kosovo-albanischen Tageszeitung »Koha Ditore« verbreitet. Demnach steckt ein Rivale Thacis, Ramush Haradinaj, zumindest hinter den Kämpfen in Mazedonien. Der frühere UCK-Kommandeur hatte sich im Sommer 2000 mit Thaci überworfen und seine eigene Partei »Zukunftsallianz« gegründet, die sich bei den Kommunalwahlen im Herbst 2000 als dritte Kraft (hinter Rugovas LDK und Thacis PPDK) etablieren konnte. Der britische »Observer« beschreibt Haradinaj als »Schlüsselfigur des US-Militärs und US-Geheimdienstes während des Bürgerkrieges und des folgenden Luftkrieges«. Dafür spricht auch, daß US-Soldaten Haradinaj, als er nach einer Schießerei im letzten Sommer von der UN-Polizei gesucht wurde, in die US-Basis Camp Bondsteel in Sicherheit brachten, nicht ohne zuvor den Tatort gesäubert und Beweismittel beiseite geschafft zu haben. Jedenfalls sind die Connections dieses Herrn vielfältig. »Ein (UN)-Helfer behauptet, Haridinaj wird jetzt von zwei Männern finanziert, Naser Kelmendi und Ekrem Lluka, beide stehen unter dem Verdacht, in Schmuggelgeschäfte verwickelt zu sein.« Haridinaj und Thaci als Rivalen im Kampf um das größte Stück vom mazedonischen Kuchen?

Eine dritte Hypothese über die Interessenkonstellation im großalbanischen Kriegsgebiet wird von Paul Beaver, einem Experten des britischen Fachblattes »Jane's Defence Weekly«, vertreten. Demnach wird die UCPMB von Bujor Bukoshi finanziert, der die Spenden verwaltet, die in der albanischen Diaspora in Deutschland und in der Schweiz eingetrieben werden – nach Bukoshis eigenen Angaben waren das in den letzten zehn Jahren 217 Millionen Mark. Dies wird durch den Kommandeur des britischen Kfor-Kontingents, Robert Fry, bestätigt, dem zufolge die UCPMB »Waffen erhält, die in Westeuropa gekauft und durch Mazedonien geschmuggelt werden«, also nicht aus Thacis Waffenlagern im Kosovo kommen. Im Unterschied zu Haradinaj ist Bukoshi eher ein Mann der Deutschen: Als angeblicher Ministerpräsident der Kosovo-Albaner hat er von 1992 bis zum Krieg in Bonn residiert und wurde von Außenminister Kinkel protegiert. Im albanischen Mutterland arbeitete er mit dem früheren Präsidenten Berisha zusammen, der seinerseits Geld für seine Wahlkämpfe von der Konrad-Adenauer-Stiftung bekam. Im Sommer 1998 scheiterte der Versuch von Bukoshi und Berisha, eine eigene Kosovo-Armee namens FARK neben der UCK zu etablieren: Die wichtigsten Kommandeure der FARK wurden von Killern Thacis liquidiert.

Das schwarze Gold

Ein Grund für den Krieg in Mazedonien dürften auch Rohstoffinteressen sein. So sagte der Brite Michael Jackson, der erste Kommandeur der Kfor: »Sicherlich werden wir lange hierbleiben, um die Sicherheit der Energiekorridore zu gewährleisten, die durch Mazedonien führen.« Vor kurzem konnte man aus dem »Guardian« Details über ein Projekt namens Trans-Balkan-Pipeline erfahren: »Diese Route wird am Hafen von Burgas (Schwarzes Meer) beginnen, Bulgarien, Mazedonien und Albanien durchqueren und in Vlora die Adria erreichen. Für den Westen wäre das wahrscheinlich die wichtigste Route zu dem Öl und Gas, das jetzt in Mittelasien gefördert wird. 750.000 Barrel pro Tag. Ein notwendiges Projekt, so die US-Agentur für Handel und Entwicklung, weil es ... US-Unternehmen in eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung dieses lebenswichtigen Ost-West-Korridors bringen wird.«

Der belgische Journalist Michel Collon schlußfolgert daraus, daß Washington hinter dem Krieg gegen Mazedonien stecke. Doch das erscheint nicht plausibel: Gerade weil die US-Amerikaner eine solche Pipeline planen, müßten sie ein Interesse daran haben, daß die Gegend nicht in einem Bürgerkrieg versinkt und sie ihre schöne Erdöltrasse abschreiben müssen. Beide Puzzlestücke passen nur zusammen, würden die USA eine Strategie der Spannung verfolgen – also kurzfristig den albanischen Terror anheizen, um daraus eine Legitimation für ein eigenes Eingreifen zu gewinnen, möglicherweise sogar gegen die UCK, um schließlich auch in Mazedonien ein Protektorat zu errichten und so die Sicherheit ihrer Pipeline ganz direkt zu überwachen. Diese Annahme ist zwar in sich schlüssig – aber alles andere als wahrscheinlich. Denn obwohl die Balkanexperten der neuen Bush-Administration noch nicht mit einer Stim-me sprechen und unklar bleibt, ob das US-Kontingent im Kosovo in der bisheri- gen Stärke beibehalten oder reduziert wird, so hat doch bisher kein einziger US-Politiker für eine Ausweitung des US-Engagements plädiert. Außerdem: Die Regierungen entlang der geplanten Erdöltrasse sind dem Westen so vollkommen hörig, daß die Sieben Schwestern darauf vertrauen können, daß sie ihre Tributpflichten erfüllen werden, auch ohne daß dort Nato-Truppen stehen.

Wenn jemand ein Interesse hat, einen Krieg um die Kontrolle der mazedonischen Trasse zu führen, dann sind es nicht die USA, dann ist es die albanische Mafia. Würde der Weg des kaspischen Öls durch ein von ihr kontrolliertes Gebiet führen – das muß keine international anerkannte Republik Ilirda sein, es genügt eine national befreite Zone wie aktuell im Kosovo –, hätte sie die Möglichkeit, das Öl illegal abzuzapfen und weiterzuverkaufen oder, im Tausch gegen Sicherheit, den Multis hohe Transitgebühren abzupressen. Dieses lukrative Modell wurde bereits ausprobiert: als zwischen 1991 und 2000 Warlords und Mullahs Tschetschenien beherrschten und die russische Zentralmacht die dortigen Pipelines nicht schützen konnte.

Frankensteins Bastard

Obwohl also sehr fraglich ist, ob die USA und die Nato insgesamt den Albaner-Krieg gegen Mazedonien angezettelt haben, so steht doch zweifelsfrei fest, daß sie dafür verantwortlich sind. Zum einen, weil die Nato die UCK – entgegen den Zusagen gegenüber der Uno – nicht entwaffnet hat und ihre Militärtransporte über die Grenzen nicht unterbindet. (Zum Beispiel: Als die GIs Anfang März zum erstenmal gegen UCK-Rebellen losschlugen, blickten sie grimmig in die werbewirksam aufgestellten CNN-Kameras und ließen die Panzer rattern. Was dann geschah, war im Fernsehen nicht mehr zu sehen: Zuerst wurden 150 Guerillas eingekesselt. »Da es aber keinen Befehl gab, sie festzunehmen, zogen die Kfor-Soldaten wieder ab ... und ließen die albanischen Terroristen laufen. Diese zogen sich weiter auf mazedonisches Gebiet zurück – und griffen sogleich einen Konvoi der mazedonischen Regierung an, wobei ein Polizist getötet wurde« (»FAZ«)). Zum anderen hat der »Guardian« (11.3.2001) unter anderem von europäischen Kfor-Offizieren erfahren: »Die CIA hatte freie Hand, im Kosovo mit einer Privatarmee Amok zu laufen, um so den Sturz von Milosevic zu befördern. Jetzt, wo er (Milosevic) weg ist, scheint das US-Außenministerium unfähig, die Armee von Bastarden wieder zurückzupfeifen.« Trifft das nur auf die CIA und Thaci bzw. Haridinaj zu oder auch auf den BND und Bukoshi?

Der mazedonische Premier Georgievski dürfte jedenfalls gute Gründe gehabt haben, neben den USA explizit auch Deutschland vorzuwerfen, »zu wenig« gegen den Terror zu unternehmen. Kurz vorher war Georgievski mit Fischer in Tetovo zusammengetroffen. Bei dem Treffen hatte Fischer die Kriegshandlungen zu »Ausschreitungen« verniedlicht, als ginge es um Fußball-Randale. Scharping bezeichnete den albanischen Terror am selben Tag als »innerstaatliche Angelegenheit« Mazedoniens, obwohl selbst der Generalinspekteur der Bundeswehr Kujat zugibt, daß die Instrukteure der UCK und zumindest ein Teil der Waffen aus dem Kosovo kommen.

Erinnerungen werden wach: Hatte nicht Genscher noch im Frühjahr 1991 ganz auf EG-Linie Kroatien und Slowenien vor einer Abspaltung von Jugoslawien gewarnt? Hatte nicht das State Department die UCK noch im Frühjahr 1998 als terroristische Organisation abgelehnt? In beiden Fällen wurde die Position kurz darauf revidiert – sobald die Terroristen eine schlagkräftige Armee gebildet hatten, die vor Ort die Machtfrage stellen konnte. So wird es auch in Mazedonien kommen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 3/2001 über verrückte Kühe und verrückte Politiker

Konkret 04/01, S. 27

Otto Köhler

Umfassender Beitrag

Der Jugoslawien-Korrespondent der »FAZ«, Matthias Rüb, ist mit der Rudolf-Vogel-Medaille der Südosteuropa-Gesellschaft ausgezeichnet worden. Zu Recht

Gute Tat findet in besseren Kreisen doch immer ihren Lohn. Am 12. Februar verteidigte der »FAZ«-Korrespondent Matthias Rüb in einer WDR-Diskussionsrunde Rudolf Scharping gegen den »Bulldozer-Journalismus«, mit dem der WDR (s. KONKRET 3/2001) die Propagandalügen des Ministers für – nun ja – Verteidigung attackiert hatte. Schon vierzehn Tage später konnte die »Frankfurter Allgemeine« erfreut die »Auszeichnung« ihres seit 1994 in Budapest »stationierten« Korrespondenten melden, der sich durch »seine tiefgründige Berichterstattung über die Region, zumal über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, hohes Ansehen« erworben habe: Matthias Rüb ist nun Träger der Rudolf-Vogel-Medaille der Südosteuropa-Gesellschaft.

Die Zeitung für Deutschland behauptete, die Südosteuropa-Gesellschaft sei 1952 gegründet worden. Das ist nicht ganz wahr – da hat man sie wiederbegründet. Ins Leben gerufen wurde sie aus gutem Grund schon im März 1940. Am 6. April 1941 bombardierten die Vorgänger der Bundeswehr ohne Kriegserklärung Belgrad und zerschlugen Jugoslawien; die Südosteuropa-Gesellschaft nahm im November ihre endgültige organisatorische Gestalt an. Ihre – gebliebene – Aufgabe: »Kristallisationspunkt und anerkannte Sammelstelle für den Umgang mit dem Südosten zu werden« und einen »umfassenden Beitrag zu leisten zu dem Riesenwerk der europäischen Neuordnung«. Vorsitzender wurde Baldur von Schirach, der sich diesbezüglich als Gauleiter durch die Deportation der Wiener Juden bereits hohe Verdienste erworben hatte. Die Schirmherrschaft der Südosteuropa-Gesellschaft hatte der Reichswirtschaftsminister Walther Funk übernommen, schon lange vor der Machtübergabe an Hitler Verbindungsmann der NSDAP zur IG Farben und ihren weitgehenden Balkaninteressen. Geschäftsführer wurde August Heinrichsbauer, ein Mann der Schwerindustrie, der im Weimarer Staat viel dazu beigetragen hatte, die Demokratie zu zertrümmern und die NSDAP als Ordnungsfaktor aufzubauen – im September 1932 versuchte er in engem Kontakt zu Funk Hitler und seine Leute an die Regierung zu bringen. Dem Präsidium gehörten der Führer der Reichsgruppe Industrie, Wilhelm Zangen, und andere einflußreiche Wehrwirtschaftsführer sowie hervorragende Persönlichkeiten der um den Europa-Gedanken besonders verdienten SS an.

Als die Südosteuropa-Gesellschaft 1952 wiedergegründet wurde, waren Schirach und Funk noch unabkömmlich im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis, die Tradition aber konnte weitergepflegt werden, nicht zuletzt dank eines fähigen Mannes, der Deutschland und der Gesellschaft bis zum dritten Krieg gegen die Serben erhalten blieb. Nur den Sieg hat er bei seinem Tod im April 1999 nicht mehr miterlebt: Franz Ronneberger, der Papst der deutschen Kommunikationswissenschaft. Berufsmäßig gesehen ein tragischer Fall: In ihrem Nachruf wußte die Universität Erlangen über die Vergangenheit ihres verdienstvollen Freundes und Ehrensenators nur: »In den dreißiger und vierziger Jahren leitete Ronneberger die Deutsche Akademische Auslandsstelle in München.« Und der Fakultätsnachruf spezifizierte nur wenig mehr: daß er – irgendwann wohl – in Wien ein Südosteuropa-Forschungsinstitut geleitet hatte, nicht ohne bleibende Hinterlassenschaft: »Von ihm stammen ferner grundlegende politikwissenschaftliche Untersuchungen über Südosteuropa.«

Das ist richtig. Ronneberger, SS-Untersturmführer in Wien und Korrespondent des »Völkischen Beobachters«, leitete bald den Spionagedienst der Südosteuropa-Gesellschaft und ihre »Prinz-Eugen-Studienstiftung« – sie hatte die Aufgabe, »begabten, hochschulreifen Angehörigen der Südoststaaten zu ordentlichem Studium an einer der Wiener Hochschulen zu verhelfen« (»Frankfurter Zeitung«) und sie so zu deutschen Einflußagenten zu machen. Die »Junge Welt« – kommunikationswissenschaftlich weniger bedeutend – schrieb in ihrem Nachruf: »Das von Ronneberger in den südosteuropäischen Ländern geschaffene Agentennetz war das informatorische Rückgrat der ›Korrespondenzstelle Wien‹ des Auswärtigen Amtes. Die hier erstellten Berichte und Presseschauen gingen an etwa 100 regelmäßige Bezieher, unter ihnen die von Baldur von Schirach geführte Reichsstatthalterei Wien, der Geheimdienst der Wehrmacht, das Amt Ausland/Abwehr und das Reichssicherheitshauptamt.« Und natürlich auch an wichtige Wirtschaftsführer.

In der nach 1952 wiedergegründeten Südosteuropa-Gesellschaft wurde Ronneberger Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, des Publikationsausschusses und des Preis- und Stipendienausschusses, schließlich Ehrenmitglied und – wie jetzt Matthias Rüb – Träger einer Ehrenmedaille für seine umfangreiche Forschungstätigkeit. Schon früh hatte er herausgefunden, daß Südosteuropa nun einmal kein Gebiet sei, das die »Voraussetzungen einer eigenen, in sich geschlossenen Ordnung« in sich trage. Seine ganze Stärke und Bedeutung liege vielmehr »in der Ergänzung einer größeren, durch das Deutsche Reich stabilisierten Ordnung«. Infolge der jahrhundertelangen Überfremdung habe sich nämlich auf dem Balkan eine arteigene Mittelschicht nicht herausgebildet, und so habe es nicht ausbleiben können, daß in dieses Vakuum der Jude stieß. Ronnebergers frühes Programm: »In der Ausmerzung dieser Fehlentwicklung und der ihr verfallenen Menschen liegt eine der wesentlichsten Zukunftsaufgaben der Südoststaaten« – tatsächlich werden auch heute wieder im Nato-Protektorat Kosovo Juden ebenso nachhaltig verfolgt wie Serben.

Zeichen des Wandels in der Südosteuropa-Gesellschaft: Die führende Rolle der Nationalsozialisten während des vorletzten Krieges gegen Jugoslawien haben nach dem letzten Krieg bewährte Sozialdemokraten übernommen. Zur Vizepräsidentin der – gewiß doch – »überparteilichen« Gesellschaft wurde die SPD-Bundestagsabgeordnete Zapf gewählt. Sie ist – wie ihre Website verrät – »designed by: Internet Services António Fonseca«, kommt aus der für die Bombardierung von Schurkenstaaten unentbehrlichen Friedensbewegung und sitzt jetzt im Verteidigungsausschuß. Und zum Präsidenten hat man ihren Parteifreund, den Bundestagsabgeordneten Gernot Erler erwählt, auch er der Friedensbewegung entronnen und jetzt Mitglied der Ausschüsse für Verteidigung und für Auswärtiges.

Im Juli letzten Jahres veranstaltete Präsident Erler im Namen der Gesellschaft in Berlin die Tagung »Ein Jahr Stabilitätspakt für Südosteuropa – eine erste Bilanz«. Dieser »Stabilitätspakt« wurde sofort nach Kriegsende auf Joseph Fischers Initiative gegründet, ihm gehören auch Weltbank und IWF an. Schon jetzt werde über die Notwendigkeit eines ähnlichen Paktes für den Kaukasus diskutiert, erklärte Vorsitzender Erler zur Begrüßung. Und Außenminister Fischer forderte in seiner Eröffnungsrede für die Zukunft, daß die Volkswirtschaften Südosteuropas »kompatibel zu dem sind, was in der EU geschieht«.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 3/2001 über die Finkelstein-Industrie

Konkret 04/01, S. 28

Erwin Riess

Kleine Zeit in Minimundus

Frühling in Österreich, Wahlen in Wien, Hochsaison für Antisemiten

Zwischen dem Ortskern von Klagenfurt und dem Wörthersee liegt die kleine Welt von Minimundus – ein Freigelände, in dem die berühmtesten Architekturdenkmäler der Welt in skurrilem Nebeneinander gezeigt werden. Der Eiffelturm erreicht Mannesgröße, Big Ben und das Kapitol hingegen können schon von Kleinkindern umgeworfen werden. Die kleine Welt hat ihre große Zeit längst hinter sich. Früher war der Parkplatz voller Autobusse, heute stolpern nur mehr wenige Besucher durch das Freilichtmuseum.

Die größte Tageszeitung Kärntens ist die »Kleine Zeitung«, herausgegeben von der Diözese Graz-Seckau, die dieser Tage einen neuen Bischof erhielt. Egon Kappelari, Sohn eines Bergarbeiters und als kunstsinnig bekannt, weil er zugab, hin und wieder Gedichte zu lesen, wechselt von Klagenfurt nach Graz. Die »Kleine Zeitung« berichtete in großen Lettern. Wesentlich bescheidener fiel ihre Berichterstattung über die jüngste antisemitische Attacke des Kärntner Landeshauptmanns aus. In Anspielung auf den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, hatte Haider davon gesprochen, er verstehe nicht, wieso jemand, der Ariel heiße, soviel Dreck am Stecken haben könne. Die Wiener Gemeinderatswahlen seien eine Entscheidung zwischen dem »echten Wienerherz« und einem SPÖ-Bürgermeister, der nicht davor zurückschrecke, sich von einem Mann der »Ostküste« namens Greenberg beraten zu lassen.

Der Antisemitismus hat in Österreich eine lange Tradition. Erst in den letzten Jahrzehnten entwickelte sich ein stillschweigender Konsens, antisemitische Anspielungen nicht mehr öffentlich vorzutragen. Dieses Stillhalteabkommen, das ohnehin immer löchrig war, wurde mit dem Antritt der ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition aufgekündigt. Mittlerweile hat man sich an offenen Antisemitismus wieder so sehr gewöhnt, daß, wie auch in diesem Fall, die Proteste nach Tagen des Schweigens erst durch die internationale Presse angefacht werden müssen. Und so lasen sich die Distanzierungen denn auch als lästige Pflichtübungen. Sprache solle versöhnen und nicht Gräben aufreißen, gähnte der Bundespräsident; Haider spiele mit den Ressentiments der Menschen, entdeckte der SPÖ-Vorsitzende; Kanzler Schüssel solle sich entschuldigen, forderten die Grünen. Schüssels Antwort folgte prompt und unmißverständlich. Zwei Wochen nach Haiders Anwurf, den dieser während einer »Aschermittwoch-Rede« in Oberösterreich getan hatte, distanzierte sich der Bundeskanzler von seinem Koalitionspartner. Es sei ja nur eine Büttenrede gewesen, nicht ernst zu nehmen, fast lächerlich. Was als Maßregelung verkauft wurde, war eine milde Aufforderung, beim nächsten Mal doch bitte ein Schäuferl nachzulegen. Das Publikum lechze nach mehr. Außerdem kriegten die Juden ja jetzt ohnehin im Rahmen der Restitution ihr Geld, da sollten sie sich ein wenig mäßigen. Auch Herr Muzicant sei nicht sakrosankt.

Dummerweise widmete die »Herald Tribune« vom 12. März der Haider-Rede einen Aufmacher, und das amerikanische Außenministerium ließ durch einen Sprecher verlauten, die persönliche Diffamierung jüdischer Persönlichkeiten sei angesichts der österreichischen Geschichte unerträglich. Nun, endlich, reagierte auch die österreichische Publizistik. Man solle keine Aussprüche tätigen, die als antisemitisch interpretiert werden könnten, hieß es. Nur der »Profil«-Chefredakteur rief, als sei er nach vierzehn Jahren FPÖ-Aufstieg vom Blitz der Erkenntnis gestreift worden: »Haider ist ein Antisemit!«

Im dieser Tage laufenden Wahlkampf zu den Wiener Gemeinderatswahlen verlautete vom Schauspieler Adi Hirnschal, der sich für die SPÖ engagiert, er tue dies aus Protest gegen das »braune Gesindel«. Am nächsten Tag stellte die Wiener FPÖ einen stadtbekannten Quereinsteiger vor: Peter Schumann, querschnittgelähmt, früher Herausgeber eines Behindertenmagazins, in dem »normale« Männer per Inserat nach doppelt beinamputierten Frauen suchten und in dem Ausländer für die Probleme behinderter Menschen verantwortlich gemacht wurden. Mit den Worten: »Ich habe keine Probleme dabei, einer braunen Partei anzugehören, auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stören nicht«, eroberte Schumann die politische Bühne. Tags darauf zog er seine Kandidatur zurück, blieb aber auf der Liste. In Österreich ist nichts unmöglich. Am selben Tag versprach ein Parteikollege Schumanns, er werde den neunten Wiener Gemeindebezirk »ausländerfrei« machen, und Jörg Haider erinnerte Ariel Muzicant daran, daß Österreich ihm, Muzicant, eine Heimat gegeben habe. Die FPÖ wird immer mehr zu einer beeindruckenden Versammlung der besten Söhne und Töchter des österreichischen Stammes.

Geschichtliche Brüche ereignen sich zweimal, als Tragödie und als Farce (die allerdings auch blutig sein kann), schrieb Marx, als er die französische Innenpolitik nach 1848 untersuchte. Wenn dem so ist, dann ist Haider die Verkörperung der Farce. Aus der »großen Zeit« des nazistischen Aufbruchs wurde eine kleine Zeit, in der es höchstens zum Großreinemachen in Minimundus reicht. Die braune Rede gerann zum bräunlichen Geschwätz, das sich nur mehr an besonderen Tagen aus dem Bierzelt hinaustraut. Ariel Muzicant, der Immobilienhai, werde von der Wiener Stadtregierung ungerechterweise bevorzugt, seine Hochhäuser dürften höher gebaut werden als die seiner Konkurrenten, sagte Helene Partik-Pablé, Spitzenkandidatin der Wiener FPÖ bei den Gemeinderatswahlen. Kein Anwurf ist zu blöd, keine Insinuation bösartig genug, sich ins echte Wienerherz zu krallen. Schwarzafrikaner schauen nicht nur anders aus, sie seien auch aggressiver als

andere Menschen, außerdem wären sie samt und sonders dem Drogenhandel zugetan, rief die Nationalratsabgeordnete Partik-Pablé vor zwei Jahren ins Plenum. Natürlich hat sie sich auch entschuldigt, nach Art des Jörg Haider – aus der Entschuldigung erwuchs flugs eine neuerliche rassistische Schmähung. Auch das hat in Österreich mittlerweile Tradition.

Juden, die mit verbalem Dreck beworfen werden; Behinderte, die sich in einer braunen Partei wohlfühlen; FPÖ-Plakate, die Ausländer und Kriminalität in eins setzen. Eine kleine Zeit findet ihre kleine Welt – Minimundus. Im 20. Jahrhundert waren Österreicher bei den Menschheitsverbrechen an vorderster Front dabei. Jetzt ist Österreich nur mehr das Furunkel Europas, das hin und wieder seinen bräunlichen Saft verspritzt und von dem man sich mehr aus Abscheu und Ekel denn aus Empörung und Zorn abwendet. Da es im Inneren keine Opposition gibt, die diesen Namen verdient, und Europa sich nach Errichtung eines politischen Cordon sanitaire abwandte, bleibt nur mehr die Hoffnung auf eine geologische Lösung. Schon ein Ansteigen des Wasserspiegels im Wörther See um zwei Meter würde Minimundus den Garaus machen. Die Zivilisation würd's nicht kratzen, der Verlust wäre gering, es wär' höchstens ein Katastropherl, ein Weltuntergangerl. Die »International Herald Tribune« würde davon nicht einmal Notiz nehmen. In der »Kleinen Zeitung« allerdings gäb's eine große Schlagzeile.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 1/2001 über Haiders »Spitzelaffäre«

Konkret 01/04, S. 29

Günther Jacob

Diagnose: Judenhaß

Wie die Österreicher unter den Nazis Antideutsche wurden und dabei Antisemiten blieben

Unsere Vorstellung von den österreichischen Ereignissen des März 1938 ist vor allem durch die Fotografien von der Triumphfahrt Adolf Hitlers durch Linz und von der begeisterten Menschenmenge auf dem Wiener Heldenplatz geprägt. Doch wovon waren diese Österreicher damals eigentlich so begeistert? Ein neues Buch versucht, die »Volksstimmung« vor und nach dem Anschluß zu ergründen. Die Nationalsozialisten haben in Österreich früh ein Überwachungsnetz aufgebaut, um NS-Gegner aufzuspüren. Auf diese Aufzeichnungen der NSDAP und des Sicherheitsdienstes der SS stützt sich der US-amerikanische Autor Evan Burr Bukey. Die Berichte der Spitzeldienste, so Bukey, geben einen durchaus zuverlässigen Einblick in die Stimmungslage der damaligen »Ostmark«. Auf der Grundlage dieser Dokumente fragt der Autor: Wie beliebt war der Anschluß? Welche Aspekte des NS fanden breite Unterstützung oder stießen auf Widerstand? Wie reagierte die Bevölkerung auf den Beginn des Krieges und dessen Verlauf? In welchem Umfang beteiligten sich die Österreicher an der Tötungsmaschinerie?

Interessant ist Bukeys Ansatz, weil er die Zielsetzungen herausarbeitet, in denen auch jene den Nazis folgten, die in anderen Punkten gegen sie waren. Bukeys Thesen: Die offenkundige Begeisterung, von der die bekannten Fotografien erzählen, galt zunächst nicht pauschal dem Nationalsozialismus, sondern dem Anschluß an das »Reich« und dem eliminatorischen Antisemitismus der deutschen Nationalsozialisten. Vor allem das nationalsozialistische Ziel einer »Lösung der Judenfrage« zog Schichten und Kräfte an, die dem Nationalsozialismus ansonsten durchaus fernstanden – viele österreichische Katholiken etwa, die damals 90 Prozent der Bevölkerung ausmachten, aber auch Teile der Arbeiterbewegung.

Die Beseitigung des christlichen Ständestaates und des Einflusses der katholischen Kirche zählte zu den vordringlichsten Zielen der Nazis. Sie setzten nicht nur umgehend die Trennung von Kirche und Staat durch, sondern entfernten Kruzifixe von öffentlichen Plätzen, beschlagnahmten Wertgegenstände aus Kirchenbesitz, verboten Marienprozessionen und verprügelten Priester. Viele Katholiken mochten die Nazis nicht, und manche von ihnen wehrten sich gegen deren antiklerikale Maßnahmen. Daß sich die katholische Kirche trotzdem mit den Nazis arrangierte, war eine direkte Konsequenz des eigenen Antisemitismus. Leopold Kunschak, der einflußreiche Chef des katholischen Arbeitervereins, hatte schon in den zwanziger Jahren die Vertreibung der jüdischen Einwanderer und deren Internierung in Konzentrationslagern gefordert.

Daß Hitlers Ankündigung, »mit den Juden abzurechnen«, auch NS-Gegner begeisterte, ist keine neue Erkenntnis. Bukey kann aber zeigen, inwiefern diese Ankündigung in Österreich eine noch wichtigere Rolle spielte als im Deutschen Reich. Und dies, obwohl das von Dollfuß geführte Österreich, gerade weil es ein klerikal-faschistischer Ständestaat war, die Juden in einem gewissen Maß schützte. Ein Drittel der Sozialdemokraten lief gleich in den ersten Monaten zu den Nazis über. Man war ohnehin gemeinsam gegen Dollfuß gewesen und für den Anschluß. Aber auch die Anhänger des Austrofaschismus hofften gerade in dieser Hinsicht auf eine größere »Konsequenz« der Nazis: »Der Antisemitismus war das unwiderstehliche Leitmotiv, das Millionen Menschen anzog, die andere Aspekte des Hitlerismus ablehnten. Die massenhafte Unterstützung für das NS-Regime beruhte stark auf Hitlers Versprechen, die ›Judenfrage‹ zu lösen, wie auch auf der Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung und auf der emotionalen Verbundenheit mit Großdeutschland.«

Die Rolle des Antisemitismus wurde noch wichtiger, nachdem die emotionale Verbundenheit mit Großdeutschland erste Risse zu zeigen begann. Was Bukey in diesem Zusammenhang aufdeckt, läßt die bekannte Selbstinszenierung Österreichs als erstes Opfer Hitlers sowie so manche Äußerung über Haiders Abwendung vom Deutschnationalismus in neuem Licht erscheinen. Er macht auf einen in den gegenwärtigen Debatten unterbelichteten Aspekt aufmerksam – auf das Zusammenwirken von enttäuschtem Deutschnationalismus und aggressivem Antisemitismus. Denn, das zeigt das untersuchte Material: Die österreichischen Nazis hatten überhaupt nicht damit gerechnet, daß Österreich nach den Plänen Hitlers vollkommen von der Landkarte verschwinden sollte. Sie hatten, wie auch die nationalen Katholiken, als sie vom »Anschluß« träumten, an ein halbwegs autonomes Österreich gedacht, das innerhalb eines Großdeutschen Reiches Bestand haben könnte.

Für einen vollständigen Anschluß begeisterten sich vor 1938 eigentlich nur die Sozialdemokraten (Karl Renner, der prominenteste Sozialdemokrat und nach 1945 erster Präsident Österreichs, begrüßte den Anschluß am 3. April 1938 und lobte ausdrücklich die »Tatkraft der deutschen Reichsführung«), während andere Anschlußbefürworter eine Art Konföderation oder Wirtschafts- und Währungsunion bevorzugt hätten. So hatte zum Beispiel Arthur Seyß-Inquart mit einer mindestens fünfjährigen Übergangszeit bis zum völligen Aufgehen Österreichs im Deutschen Reich gerechnet. Seyß-Inquart, ab 1931 Mitglied verschiedener Massenorganisationen der österreichischen NSDAP, wurde im Februar 1938 zunächst Innenminister unter Schuschnigg und einen Monat später für einen einzigen Tag österreichischer Bundeskanzler

von Hitlers Gnaden. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wurde er zum »Reichsstatthalter für die Ostmark« herabgestuft, bis man ihn am 30. April 1939 zum Vizechef des Generalgouvernements in Polen und ein Jahr später zum Reichskommissar in den besetzten Niederlanden machte, wo er für die Deportation von 117.000Juden verantwortlich war. Eben dieser Seyß-Inquart gehörte zu jenen, die ab 1938 gegen deutsche Nazis den Vorwurf der Fremdherrschaft in Umlauf brachten, der schließlich so populär wurde, daß sich auch heute noch österreichische Politiker gegen die »Piefkes« stark machen können, ohne deshalb von seiten rechter Wähler eine Abstrafung befürchten zu müssen.

Woher kam diese antideutsche Stimmung, und was bewirkte sie? Wie Bukey belegen kann, waren die österreichischen Nazis, deren Hochburg bereits seit 1931 Kärnten war (25,9 Prozent statt 16 Prozent landesweit), seit Anfang der dreißiger Jahre untereinander heillos zerstritten. Das lag vor allem an der Stärke der Austrofaschisten und an der materiellen und politischen Abhängigkeit von der deutschen NSDAP. In der österreichischen Partei konkurrierten nach Deutschland geflüchtete Mitglieder gegen im Land gebliebene Illegale; in der Provinz hielt man die Wiener Parteigenossen für überheblich und verweichlicht. Noch 1936 spaltete sich die Partei erneut in verschiedene Splittergruppen. Mit anderen Worten: Ohne das Eingreifen Hitlerdeutschlands hätte sie die Macht nie erringen können. Als sie dann nach dem Anschluß endlich zum Zuge kommen wollte, setzte ihnen Berlin mit dem Gauleiter Bürckel, vorher NS-Chef des Saarlands, am 10.April einen »Reichskommissar für die Wiedervereinigung« vor die Nase.

Österreich, inzwischen »Ostmark«, war nun »ein Land des Deutschen Reiches«. Auch die dem Reichskommissar unterstellte »Österreichische Landesregierung« bestand nicht lange, denn die sieben »Reichsgaue«, inklusive Wien, wurden schon bald dem Innenminister in Berlin unterstellt. Reichskommissar Bürckel hatte den ausdrücklichen Auftrag, sämtliche Reste einer eigenen österreichischen Staatlichkeit zu beseitigen. Was dieser mit solch einer Arroganz tat – die offizielle Auflösung Österreichs wurde am 1. April 1940 von ihm verkündet – , daß die enttäuschten Alpen-Nazis plötzlich von einer »vollständigen Germanisierung« Österreichs sprachen. Selbst die bei ihnen so beliebte Bezeichnung »Ostmark« sollte ab August 1942 nicht mehr verwendet werden – als offizieller Sammelbegriff galt seither »Alpen- und Donaureichsgaue«.

Vor allem aber zog in die wichtigsten neuen Führungspositionen, insbesondere mit der Einbeziehung Österreichs in den deutschen Vierjahresplan, reichsdeutsches Personal ein, während viele der zerstrittenen österreichischen Nationalsozialisten eher untergeordnete Posten erhielten. Auch die meisten der 8.000 Mitglieder der vom Reich finanzierten Österreichischen Legion (darunter Jörg Haiders Vater) gingen leer aus. Hitler untersagte ihnen sogar die Teilnahme am Einmarsch in Wien. Bereits zwei Wochen nach dem Anschluß wurden die Legionäre entlassen und alle Zahlungen an sie eingestellt. Den Schnitt machte statt dessen eine jüngere Generation reichsdeutscher Akademiker, die in Deutschland keinen Posten abbekommen hatten.

Vor diesem Hintergrund kam es nun wiederholt zu regelrechten antideutschen Wellen, an denen österreichische Nazis entscheidend beteiligt waren. Die Verlierer des internen Machtkampfes, die sich betrogen fühlten, begannen nun, Österreich als besetztes Land darzustellen. Es entstand, so Bukey, besonders in Wien eine brisante Mixtur aus Neid, traditioneller Fremdenfeindlichkeit und Ärger über das arrogante und taktlose Auftreten der reichsdeutschen Funktionäre. In Theatern, Kinosälen, in der Oper und in Fußballstadien kam es zu gegen Deutsche gerichteten Aktionen. Selbst Flugblätter, die »Österreich den Österreichern« forderten, kamen in Umlauf. Franz Grillparzers Theaterstück »König Ottokars Glück und Ende« wurde besonders häufig aufgeführt, weil es darin eine Stelle gibt, an der die Unterschiede zwischen Deutschen und Österreichern hervorgehoben werden. Als im Jahr 1940 Admira Wien gegen Schalke 04 spielte, feuerten 50.000 Wiener ihr Team gegen die Deutschen an, während draußen junge Leute das Auto des Gauleiters Schirach mit Steinen bewarfen. Kurz darauf wurde in der Wiener Oper Görings Frau ausgebuht.

Die antideutsche Stimmung verstärkte sich, als die Zahl der Touristen aus dem Reich zunahm. In den turbulenten Tagen nach dem Anschluß waren Tausende Deutsche zum Einkaufsbummel nach Österreich aufgebrochen und kauften dort Artikel auf, die im »Altreich« nicht erhältlich waren. Im Sommer 1938 zogen dann wiederum Tausende zu Hamsterkäufen in die Dörfer und zu den Bauernhöfen, um Kaffee, Mehl, Schmalz, Butter, Eier und Fleisch in großen Mengen zu ergattern. Danach kamen die wohlhabenden deutschen Touristen mit Privatautos, gefolgt schließlich von der großen Zahl KdF-Busreisender und, in den letzten Jahren, den Evakuierten. Bereits im Sommer 1939, als die Zahl der Touristen-Übernachtungen allein im Gau Salzburg sich auf drei Millionen verdoppelt hatte, kippte die Stimmung. Man machte die »Piefkes« verantwortlich für die Verfälschung autochthonen Brauchtums, für Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung durch Anreise- und Transitverkehr und für den Niedergang der Dialekte.

Wie Bukey zeigt, stachelte das Gefühl der Zurücksetzung gegenüber den Reichsdeutschen die antisemitische Wut in Österreich weiter an. Die war ohnehin mörderisch. Bereits am Tag als die Wehrmacht in Österreich einzog, zogen spontan Zehntausende mit »Sieg heil!«- und »Juda verrecke!«-Rufen durch die jüdischen Viertel Wiens, plünderten Läden und mißhandelten Passanten. Stundenlang wurden Häuser geplündert und Hunderte von Juden verprügelt, vergewaltigt, gefoltert und verstümmelt. Den Dokumenten zufolge randalierte an diesem Abend ein Mob von 80.000 bis 100.000 Leuten im Wiener Judenviertel. Auch in den folgenden Wochen zogen Rollkommandos durch die Straßen, zerstörten Synagogen, räumten Geschäfte aus und plünderten Apartments. Umringt von einer johlenden Menge, zerrten mobile SA-Einheiten

jüdische Familien aus ihren Wohnungen und zwangen sie, mit Ausreibbürsten die Gehsteige zu schrubben; orthodoxen Juden wurden mit Scheren und rostigen Messern die Bärte abgeschnitten. Im Schatten des Wiener Riesenrades schlug man ältere Juden zusammen und zwang sie, Gras zu essen. Das alles geschah zumeist am hellen Tag in aller Öffentlichkeit.

Wohl wissend, was der Unterschied zwischen einem Pogrom und der »Endlösung« ist, spricht Bukey von einer »Welle der antisemitischen Raserei, wie es sie seit dem Mittelalter nicht mehr gegeben hat«, von einem »mittelalterlichen Pogrom in modernem Gewand«. Er zitiert Carl Zuckmayer: »An diesem Abend brach die Hölle los. Die Stadt verwandelte sich in ein Alptraumgemälde des Hieronymus Bosch. Die Luft war von einem unablässig gellenden, wüsten, hysterischen Gekreische erfüllt, aus Männer- und Weiberkehlen, das tage- und nächtelang weiterschrillte. Und alle Menschen verloren ihr Gesicht, glichen verzerrten Fratzen: die einen in Angst, die anderen in Lüge, die anderen in wildem hasserfülltem Triumph.«

Nach Bukey waren die Deutschen der Jahre 1933 bis 1938 bei den antisemitischen Gewalttaten im Reich, von regionalen Ausnahmen abgesehen, »überwiegend Komplizen, aber sie waren nur zu einem geringen Prozentsatz aktiv beteiligt«. In Österreich sei das 1938 vollkommen anders gewesen. Nur in Mittelfranken habe das Ausmaß von Gewalt gegen Juden ähnliche Ausmaße gehabt wie in Österreich. Dieser Antisemitismus, so Bukey, kam wirklich von unten. Er war so heftig, daß die deutschen Nazis, die das Vermögen der Juden bereits für andere Zwecke eingeplant hatten, eingreifen mußten. Die Herren aus dem Reich versuchten, im Hexenkessel Wien das Kommando über die Judenverfolgung in die Hand zu bekommen, und gingen deswegen gegen marodierende Rollkommandos mit SS-Patrouillen vor. Die Mehrheit der Personen, die von April bis Juli 1938 von der Gestapo – u.a. wegen Führerbeleidigung! – in Gewahrsam genommen wurde, waren Wiener Nationalsozialisten. Ein Fünftel aller in den ersten neun Monaten nach dem Anschluß Inhaftierten waren Parteiaktivisten. Österreichische Nazis hatten sich schon in den ersten Tagen nach dem Anschluß – also vor der angeordneten Pogromnacht im November 1938 – durch »wilde Arisierungen« eigenmächtig 7.000 jüdische Firmen und zahllose Wohnungen angeeignet. Als dem von Berlin aus Einhalt geboten wurde, hatten bereits mehr als 25.000 österreichische Nazis als »wilde Kommissare« die Leitung jüdischer Geschäfte übernommen.

Bukey geht davon aus, daß in Österreich das Tempo der Judendeportationen nicht den Planungen der NS-Führung folgte, sondern unter dem »Druck der Straße« forciert werden mußte. Die erste systematische Vertreibung von Juden aus dem »Dritten Reich« fand im Herbst 1938 im Burgenland statt. Nachdem dort bereits im März viele Juden verprügelt und ermordet worden waren, setzte die NSDAP-Kreisleitung Niederdonau am 18. September den Juden eine Frist von 24 Stunden, um den Bezirk zu räumen. Göring hatte 1938 in einer öffentlichen Rede den Wienern versprochen, die Juden innerhalb von vier Jahren aus dem Stadtbild zu entfernen. Die Partei wurde jedoch mit Eingaben bombardiert, die eine Verkürzung dieser Frist forderten. Große Teile der Bevölkerung konnten es schon 1938 nicht mehr ertragen, daß Juden noch Lebensmittelmarken erhielten, noch nicht generell zur Zwangsarbeit verpflichtet waren und noch legal in Mietwohnungen leben konnten.

Es ist erhellend, wie Bukey den mörderischen Antisemitismus der Österreicher und deren Ressentiment gegen den »Kolonialismus« der Reichsdeutschen kontextualisiert: Die Haltung gegenüber den Reichsdeutschen war eine Mischung aus Neid, Bewunderung und Unterwürfigkeit. Während man auf der einen Seite die Bezeichnung »Ostmark« bevorzugte und es ablehnte, von Österreich zu sprechen, verbarg man auf der anderen Seite immer weniger die Enttäuschung über den »Egoismus« der deutschen Nazis. Ab 1943 geht gar das Wort von den »braunen Kommunisten« um. Doch zugleich schlagen Frustration und Verbitterung immer wieder in Euphorie und – damit einhergehend – in neue Wellen von Judenhaß um. Jeder neue Angriffskrieg der Wehrmacht und jede gewonnene Schlacht lösen einen geradezu hysterischen Freudentaumel aus. Der Wirtschaftsaufschwung und die forcierte Industrialisierung fördern den Optimismus, ebenso die Eroberung Jugoslawiens und Griechenlands, die Vertreibung der österreichischen Slowenen, die Annexion der Untersteiermark, die Zuteilung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, schließlich der Einmarsch in Italien bzw. in Südtirol und der V2-Beschuß Londons. Aber jede Nachricht von einer Niederlage läßt die Stimmung wieder in Schwermut, Selbstmitleid und Defätismus kippen. Sobald dann eine »Zigeunerrazzia« (z.B. im Juni 1939) stattfindet, polizeiliche Maßnahmen gegen Bettler durchgeführt oder Juden deportiert werden, fühlt man sich – so berichtete es der Sicherheitsdienst – wieder obenauf.

Bukey verfolgt diese schwankende Stimmungslage bis in die letzten Kriegstage, in denen die Aufzeichnungen des SD versiegten. Mit dem Näherrücken der Front überwog erneut der Eindruck, von den Deutschen »reingerissen« worden zu sein. Plötzlich kommt das Gerücht auf, Österreicher, die in russische Kriegsgefangenschaft geraten waren, würden dort besser behandelt als reichsdeutsche Soldaten. Aber schon im nächsten Moment dominiert wieder die Angst vor »dem Russen«, vor »jüdischer Rache« und vor der erwarteten Armut in einem österreichischen Kleinstaat. So kommt es noch wenige Wochen vor der Kapitulation zu Massakern an Zwangsarbeitern und ungarischen Juden, ausgeführt unter anderen von lokalen Volkssturm-Männern und 17jährigen Hitlerjungen.

Der Anschluß endet, wie er begonnen hatte: in einer gleichsam anarchischen Orgie antijüdischer Gewalt. Und der Mord an den Juden hält die Tätergesellschaft dann auch nach 1945 zusammen. Deren Kern bilden in Österreich nicht weniger als 600.000 eingetragene NSDAP-Mitglieder, zusammen mit den Familien ein Drittel der Bevölkerung. Schon im Jahr 1946

kommt es in Graz wieder zu antijüdischen Ausschreitungen, als eine wütende Menge ein jüdisches Flüchtlingslager angreift, das ihr als Zentrum von Schieberei und Schwarzhandel gilt. Heute zielen Jörg Haiders antisemitische Anspielungen auf die Aktualisierung dieser Täter-Erinnerung.

Es liegt nach all dem nahe, in Bukeys Buch eine gewisse Ergänzung zu Daniel J. Goldhagens Studie *Hitlers willige Vollstrecker* zu sehen, zumal Goldhagen Österreich seltsamerweise nur einmal am Rande erwähnt. Doch liefert Bukey nicht zuletzt einen Kommentar zu einem älteren Werk von Norman G. Finkelstein, der 1998 zusammen mit Ruth Bettina Birn in einer Polemik gegen Goldhagen die Existenz eines volkstümlichen Gewalt-Antisemitismus in Deutschland und in der Habsburgermonarchie in Abrede gestellt hatte (*Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit*, Claasen Verlag, 1998).

Für die aktuellen politischen Ereignisse ergibt sich aus Bukeys Arbeit eine wichtige Schlußfolgerung: In vielen aktuellen Texten wird Haiders Wendung vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus als Lossagung von einem für Rechtsradikale unverzichtbaren Grundsatz dargestellt. Haider, so meint man, habe aus einer zunächst deutschnationalen FPÖ, der die Zweite Republik als »Mißgeburt« galt, die Partei eines neuen österreichischen Patriotismus gemacht. Nach der Lektüre dieses Buches ahnt man, daß Haider damit kein großes Risiko eingegangen ist.

Evan Burr Bukey: *Hitlers Österreich. Eine Bewegung und ein Volk*. Europa Verlag, Hamburg/Wien 2001,408 S., 48,50 Mark

---

Günther Jacob schrieb in KONKRET 11/2000 über die neudeutsche Lust an der Revolution

Konkret 04/01, S. 32

Rolf Surmann

Zwangsjacke? Paßt!

Über die Reaktionen der deutschen Wirtschaft auf die Weigerung einer US-Richterin, Entschädigungsforderungen von NS-Opfern abzulehnen

Bereits Ende Januar hatte die New Yorker Richterin Kram, befaßt mit Sammelklagen gegen die deutsche Wirtschaft wegen nicht entschädigten Raubes von Eigentum und Vermögen, von sich reden gemacht. Sie hatte nicht, wie erwartet, anstehende Sammelklagen einfach abgewiesen, sondern bemängelt. Der Umstand, daß der vereinbarte Anteil der deutschen Wirtschaft noch nicht aufgebracht sei, mache es ihr unmöglich, die Kläger an derart ungesicherte Einrichtungen wie etwa die deutsche Stiftung zu verweisen.

Hierzulande horchte man auf, zeigte sich jedoch nicht weiter berührt. Die angesprochenen Wirtschaftskreise waren auch jetzt nicht bereit, den Fehlbetrag von 1,4 Milliarden Mark aufzubringen. Sie meinten, ihre Erklärung, das Geld »für den Fall des Falles« zur Verfügung stellen zu wollen, reiche aus, um internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden. Anfang März bekamen sie die Quittung für diese Politik nach Gutsherrenart. Richterin Kram weigerte sich vor allem mit Hinweis auf die ausstehenden Mittel, die anhängige Sammelklage abzuweisen.

Der Vorgang ist nicht weiter überraschend. Denn in ihm zeigt sich das alte Bild deutscher Entschädigungspolitik. Ein Unterschied besteht allenfalls darin, daß es heute nicht mehr um Entschädigung geht, sondern um »humanitäre Leistungen« auf »freiwilliger« Basis. Die New Yorker Entscheidung macht dagegen selbst für diejenigen, denen über 50 Jahre Anschauungsunterricht über deutsche Entschädigungsverweigerung nicht genug sind, in wünschenswerter Deutlichkeit klar, daß ohne internationalen Druck und ohne Zwang auch heute nicht das Geringste zu erreichen ist. Dieses Prinzip deutscher »Vergangenheitsbewältigung« benannte dann schließlich auch die »FAZ« – ihr ist es bekanntlich manchmal eigen, Machtverhältnisse offen zu benennen – , als sie in einem Kommentar (9.3.2001) die Konsequenzen aus dem Urteil besorgt eine »Zwangsjacke« für die deutsche Wirtschaft nannte. In die sie tatsächlich gehört, wenn sie spuren soll: Eine Woche nach Krams Hinweis auf die ausstehenden Gelder waren sie plötzlich da; am 13. März erklärte die Stiftungsinitiative, ihre 5 Milliarden beisammen zu haben.

Die verantwortlichen Herren waren in den letzten Wochen jedoch nicht nur damit beschäftigt, ihre eigenen Verpflichtungen zu leugnen, sondern sie betrieben auch intensive Hintergrund- und Pressearbeit, um neue Forderungen zu lancieren. Im Mittelpunkt stand dabei, wie immer, ihre »Rechtssicherheit«. Entgegen der Festlegung im »Berliner Abkommen« vom Sommer letzten Jahres, in dem »Rechtssicherheit« ab dem Zeitpunkt als gegeben betrachtet wird, zu dem von den damals anhängigen Klagen die juristisch ausschlaggebenden abgelehnt sind, bestehen sie darauf, daß Rechtsfrieden erst dann konstatiert werden könne, »wenn zum Zeitpunkt der Feststellung kein Verfahren mehr anhängig ist« (Brief des Sprechers der Stiftungsinitiative Gentz an Graf Lambsdorff vom 5.3.2001). Das kann theoretisch der St.-Nimmerleins-Tag sein. Denn jeder hat das Recht, eine Klage einzureichen, und Gründe, gegen die deutsche Wirtschaft wegen vorenthaltener Entschädigung zu klagen, gibt es im Überfluß.

Die deutsche Wirtschaft hat damit ein Thema neu aufgenommen, das sie bereits während der Verhandlungen im letzten Jahr umtrieb. Schon damals kritisierte die Stiftungsinitiative den Inhalt des vereinbarten »Statement of Interest«, mit dem die US-Regierung aus außenpolitischen Gründen US-Gerichte zur Abweisung von Entschädigungsklagen gegen die deutsche Wirtschaft auffordert. Eine solche Formulierung halten die Deutschen lediglich für eine politische Willenserklärung, nicht aber für ein rechtswirksames Argument, wie es etwa auf der Grundlage eines Staatsvertrags möglich wäre. Mit ihrem Hinweis auf die begrenzte rechtliche Bindungskraft des Statements haben sie zweifellos recht, doch ignorieren sie dabei den Umstand, daß die US-Regierung zu einem Staatsvertrag wohl erst dann bereit wäre, wenn im Kontext eines Friedensvertrags oder eines entsprechenden Vertragswerks auch die Reparationsfrage geklärt würde. Eine Debatte hierüber jedoch scheuen die Deutschen angesichts des Ausmaßes der NS-Verbrechen und der hieraus sich ergebenden internationalen Forderungen – aktuell: Wehrmachtsopfer von Distomo! – bekanntlich wie der Teufel das Weihwasser.

Vermutlich wird es deshalb eine solch vollständige Absicherung ihrer Rechtsinteressen »von oben«, d.h. als zwischenstaatliche Regelung oder als Bestandteil internationalen Rechts, nicht geben. Folglich wird sich die deutsche Wirtschaft in andauernden Kleinkämpfen damit auseinandersetzen müssen, was die NS-Verfolgten gegen sie jeweils vorzubringen in der Lage sind. Die Forderung, Zahlungsbeginn der Stiftung dürfe erst sein, wenn keine Klagen mehr erhoben werden, ist deshalb der Versuch, dasselbe Ziel »von unten«, d.h. durch Nötigung der einzelnen NS-Verfolgten zum grundsätzlichen Verzicht auf den Rechtsweg, zu erreichen.

Grund zur Besorgnis hat die Wirtschaft allemal. Selbst das jetzt ergangene Urteil gibt hierzu Anlaß. Denn wenig beachtet blieb die Passage, in der die Richterin als Voraussetzung für die Ablehnung der Sammelklagen die rechtliche Möglichkeit benannte, daß Kläger gegen österreichische Geldinstitute ihre Forderungen jetzt auch gegen deutsche Banken erheben können müßten. Begründung: Ihre Forderungen waren im österreichischen Abkommen nicht berücksichtigt worden, weil

zur fraglichen Zeit die österreichischen Banken von den deutschen okkupiert waren. Im deutschen Fonds sind hierfür jedoch keine Mittel vorgesehen. Eine Klärung der Ansprüche auf juristischem Wege würde aber den Versuch, alle Klagen im Vorwege einer »Entschädigung« niederzuschlagen, zunichte machen. Der Schlußstrich wäre mißlungen.

Richterin Kram wirft mit ihrem Urteil also auch ein Schlaglicht auf die Methoden, mit welchen NS-Verfolgte im Rahmen des Stiftungsabkommens um ihr Recht gebracht werden. Dieses Abkommen bedeutet eben für sie keinerlei Rechtsgarantie; es ist ein politisch ausgehandelter Kompromiß auf ihre Kosten. Das heißt, es verwirklicht vom Recht der Verfolgten gerade so viel, wie diese unter den gegebenen Bedingungen politisch durchsetzen konnten. Mit dem jetzt ergangenen New Yorker Urteil wird diese Kompromißlinie erneut geprüft. Das kann zu einer Ausweitung der Opferrechte führen, aber, wie die neuerliche Forderung der Stiftungsinitiative zeigt, auch zu ihrer weiteren Einschränkung. Die »FAZ« jedenfalls möchte die von ihr entdeckte Zwangsjacke an andere weiterreichen, wenn sie schreibt, daß es eines »stärkere(n) Signals aus Washington« bedürfe, »wenn man den Interessen der Überlebenden und der Lebenden gerecht werden will«. Im Klartext: Ohne weitere Zugeständnisse an die deutsche Wirtschaft kein Geld von ihr.

Rolf Surmann schrieb in KONKRET 2/2001 über die Verantwortungslosigkeit der deutschen Wirtschaft

Konkret 04/01, S. 33

Otto Köhler

In diesem Sinne - Schulden vor Schuld

»Grüßen Sie mir mein schönes Wien, das ich für Sie judenrein gemacht habe.« So verabschiedete Alois Brunner den Auslandschef der »Kronen-Zeitung« Kurt Seinitz, dem er 1986 in Damaskus ein Interview gewährt hatte. Er würde alles noch mal genauso machen, erzählt Brunner dem Wiener Journalisten und bedauert, daß er seine »Arbeit halbfertig« habe »einstellen müssen«.

Brunner war die rechte Hand von Adolf Eichmann und blieb nach dem Ende des Nazireichs zunächst als BND-Resident im Nahen Osten für den freiheitlichen Nachfolgestaat tätig. Dann arbeitete er in Syrien weiter, wo die Regierung seine Dienste gegen Israel in Anspruch nahm und ihn bis heute schützt. Jetzt hat ihn ein Gericht in Paris in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Und was unternimmt Deutschland, »in dessen Namen« der Massenmörder Alois Brunner von 1939 bis 1945 über 120.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder in den Tod schickte? Seit Jahren sind Esther Schapira und Georg M. Hafner vom Hessischen Rundfunk hinter Brunner her, sie haben einen TV-Film über ihn gedreht und rechtzeitig zu Schröders Staatsbesuch in Damaskus im letzten November die Akte Alois Brunner *in einem Buch (Campus-Verlag) zusammengetragen. Außenminister Fischer soll inzwischen den Film gesehen haben und ist, so verlautet, »tief beeindruckt«. Das ist alles. Auch Gerhard Schröder weiß Bescheid, aber – welch ein Mann – er läßt sich nichts anmerken.*

Beim Staatsbesuch in Brunners Schutzland provozierte Syriens Präsident den Kanzler. »Sie haben gewiß die aggressiven Taten und Praktiken während der letzten Wochen verfolgt«, sagte Baschar al Assad beim Abendessen zu Ehren der deutschen Delegation und fuhr fort: »Israel täuscht die Welt mit süßen Worten über seinen Friedenswillen. Wer Frieden will, wird nicht Massaker an Kindern, Frauen, Greisen und unbewaffneten Jugendlichen verüben.«

Kein Wort erwiderte Brunners Landsmann auf Assads Massakervorwürfe gegen Israel, er lobte vielmehr die »Reformen« Syriens, sorgfältig bedacht, den Präsidenten nicht zu verprellen. Denn er sollte erst einmal zahlen – Schröder ging es zuallererst um eine unnachsichtige Lösung der Schuldenfrage. Syrien war der DDR 2,5 Milliarden Mark schuldig geblieben. Ein Viertel dieser Summe muß der Judenhasser im Präsidentenpalast jetzt in Westmark zahlen. Dann gibt es wieder »Entwicklungshilfe« und Hermeskredite. Über Brunner kein Wort. Schulden gehen vor Schuld.

Konkret 04/01, S. 33

René Martens

In diesem Sinne - Hitlers Vertriebene

Wer schon immer wissen wollte, wer eigentlich »Hitlers letzte Opfer« waren, hat sich kürzlich womöglich von der ARD foppen lassen. »Die Vertriebenen – Hitlers letzte Opfer« hieß eine dreiteilige Reihe, die der Sender vom 21. bis 23. März im Programm hatte. Und obwohl der federführende MDR stolz darauf war, daß er fürs Casting mehr als 2.000 »Zeitzeugen« zur Verfügung hatte: Mit Eichborns Lexikon berühmter Tiere wären die Ratsuchenden besser bedient gewesen. Deren Autoren haben zumindest zweifelsfrei recherchiert, wer Hitlers allerletztes Opfer war: seine Schäferhündin Blondi, die er unmittelbar vor seinem Selbstmord mit Blausäurekapseln vergiftete – nicht weil er die alte Kameradin unbedingt mit ins Himmelreich nehmen wollte, sondern um zu wissen, ob sich der Suizid mit dem Zeug unfallfrei verwirklichen läßt.

Aber weil im ZDF der Ultra-Light-Historiker Guido Knopp bisher so erfolgreich war mit »Hitlers Helfern«, »Hitlers Generälen«, »Hitlers Kindern« undsoweiter, mag auch die ARD auf das Marketing-Instrument Hitler nur ungern verzichten. Schon im letzten Jahr zeigte sie eine Reihe mit dem Titel »Hitlers Krieg im Osten«, obwohl sie im englischen Original als »War Of The Century« lief.

Der Titel der neuen Vertriebenen-Doku – »Hitlers Vertriebene« wäre übrigens auch nicht schlecht gewesen – klingt zwar nach Knopp, doch während der konservative Guru aus Mainz die Nazis und ihre Opfer aufs Boulevard schickt, gaben sich die ARD-Autoren seriös. »Die Vorgeschichte« – was also Deutsche anrichteten, bevor Deutsche vertrieben wurden – habe man »nicht verschweigen« wollen, betont Ulrich Brochhagen, der Koordinator von »Die Vertriebenen«. Machte die Sache nicht besser. Knopp, die schwarze Socke, provoziert ja wenigstens noch Widerspruch, aber hier fühlte man sich nach drei Dreiviertelstunden ziemlich eingelullt. Sehr ausgewogen hat der Sender auch die sogenannte Verwertungskette organisiert: Das Buch zur linksliberalen TV-Reihe erschien im nicht so linksliberalen Propyläen-Verlag.

Konkret 04/01, S.33

Monika K□hler

In diesem Sinne - Knopp kurios

1989 versprach der Intendant nach Beschwerdebriefen, das ZDF wolle »künftig kritischer« vorgehen und »mehr journalistische Sorgfalt« üben. Es ging um SS-Hauptsturmführer Professor Ernst Schäfer, der in der Serie »Terra X« – »Dämonen auf dem Dach der Welt« – als sachkundiger Tibetforscher auftrat. Er hatte eine Expedition nach Tibet angeführt, der Schirmherr und Auftraggeber war der Reichsführer SS Heinrich Himmler. Doch von dem war damals im ZDF keine Rede. Das ZDF interessierten nur die Weissagungen des Orakelpriesters, der 1939 »Furchtbares« voraussah. Und es glaubte dem Professor, daß er in Tibet nichts wußte von dem, was 1939 vorging in Deutschland – in seine Bücher von damals schaute keiner.

Schäfer ist inzwischen verstorben, der Intendant des ZDF ist noch derselbe: Dieter Stolte. Aber jetzt hat das ZDF eine Hausmarke für Historisches: Guido Knopp, und der verfügt neuerdings über das Geschichtsmagazin »History«, das allwöchentlich Geschichtshäppchen serviert. Dort hatte am 4. März Ernst Schäfer wieder einen Auftritt in seinem Expeditionsfilm von 1939. Diesmal ohne Orakelpriester an der Spitze der SS-Expedition, um im Auftrag Heinrich Himmlers auf dem Dach der Welt die Wiege der Germanen zu finden. Neben Schäfer taucht jetzt der Anthropologe und SS-Obersturmführer Bruno Beger auf – als eine eher wunderliche Figur. Er vermißt die Eingeborenen mit dem Zollstock und nimmt Gipsabdrücke von den Gesichtern. ZDF-Kommentar heute: »Der Mensch als Kuriosität und Vergleichsobjekt.«

Wir sehen Beger als »Teil eines großen Ganzen«, aber da bricht die ZDF-Information ab. Was wurde aus den Abformungen der Köpfe? Sie wurden lebendig, ihr Ebenbild, ausgesucht in Auschwitz, dem großen Menschenreservoir. Bruno Beger fuhr im Juni 1943 dorthin, da gerade »besonders geeignetes Material« eingetroffen war. An die »blühenden Pappelalleen« erinnerte er sich in seinem Prozeß 1970, wo er mit drei Jahren wegen Beihilfe davonkam, und weniger an die 79 Juden und 30 Jüdinnen, zwei Polen, zwei Usbeken, einen usbekisch-tadschikischen »Mischling« und einen Tschuwaschen aus der Gegend um Kasan, die er sorgfältig selektiert hatte. Beger schwärmte 1943 in einem Brief an Schäfer: »Der Usbeke, ein großer gesunder Naturbursche, hätte ein Tibeter sein können. Seine Sprechweise, seine Bewegungen und seine Art sich zu geben, einfach entzückend, mit einem Wort: innerasiatisch.« Und das Menschenmaterial wurde vermessen und ins KZ Natzweiler bei Straßburg geschickt, um als Anschauungsobjekt zu enden in der Anatomie des SS-Professors August Hirt. Nicht mehr – wie im ZDF – Masken; nun: Totenköpfe.

Konkret 04/01, S. 36

Winfried Wolf

Harte Landung

Fasten your seat belt: Die Krise der US-Ökonomie wird weltweit Turbulenzen verursachen, da sie mit der erneuten Rezession in Japan und dem Einbruch am Neuen Markt zusammentrifft

Mit dem neuen US-Präsidenten kehrte der Nashville & Country-Sound zurück ins Weiße Haus. Einer seiner Hauptprotagonisten, Hank Williams, hat die Wahlschlachten von George W. Bush mit einem Kampagnen-Song begleitet: »This is Bush Country / 'cause we have got our pride / Yes the sons and the daughters on America's side / Our hair is not orange / We don't wear chains and spikes / But we know how to have fun / and we know wrong from right.«

Es sieht so aus, als gründe auch der Stolz der US-Wirtschaft nur noch auf der Vergangenheit □in einem Boom, der 1991 begann und im dritten Quartal 2000 in einen neuen Abschwung mündete. Die Fähigkeit der republikanischen »Söhne und Töchter«, den »Spaß zu genießen«, wird damit nur von einer kleinen Schicht Krisengewinnler umgesetzt werden können. Auch der Hinweis, es habe sich um den längsten Boom der Nachkriegsgeschichte gehandelt, relativiert sich: Dieser Zyklus dauerte mit neuneinhalb Jahren nur unwesentlich länger als der vorausgegangene Boom, der 1982 einsetzte und in die Rezession von 1990 mündete.

Weiterhin konnte die neue Administration im ersten Vierteljahr ihrer Regentschaft keineswegs »richtig und falsch« unterscheiden: Noch im Januar ließ US-Notenbankchef Greenspan erklären, es gehe bei den Perspektiven der US-Wirtschaft nur um die Frage, ob es eine Verlangsamung des Wachstums oder vielleicht ein sogenanntes Nullwachstum geben würde. In den darauffolgenden Wochen, als die Statistiken längst in den Minusbereich zeigten, ließ der neue US-Präsident den Irak mit Kampfflugzeugen und der alte Notenbankchef die Märkte mit zwei Zinssenkungen bombardieren. Die Börsenkurse und die Stimmung im Land stiegen kurzfristig wieder.

Doch seit März ist klar: Die US-Ökonomie erlebt die sprichwörtliche harte Landung. Diese trifft mit zwei gefährlichen Momenten der kapitalistischen Weltökonomie zusammen: erstens dem katastrophalen Abwärtstrend an den Börsen, insbesondere dem Neuen Markt, und zweitens mit einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise in Japan. Diese Dreierkombination – Rezession der US-Ökonomie, Kurssturz am Neuen Markt und Depression in Japan – könnte dazu führen, daß wir 2001 nicht nur den Beginn einer neuen weltweiten Rezession, sondern einer Weltwirtschaftskrise erleben. Es war der Chefvolkswirt der Investmentbank Morgan Stanley, Stephan S. Roach, der in einem Gastbeitrag in der »Financial Times« eine solche Gefahr umschrieb und dafür die Überschrift wählte: »Wird Amerika das nächste Japan?«

Ausmaß der US-Krise

Zwar bestimmt das Börsengeschehen die Schlagzeilen; entscheidend ist jedoch die Real Economy. Auch hier sind die Daten deutlich. Die Industrieproduktion fiel in den USA im Januar 2001 zum viertenmal in Folge gegenüber dem Vormonat ab. Die Kapazitätsauslastung der Industrie, die im Januar 1998 noch bei 83,3 Prozent gelegen hatte, sank im Februar 2001 unter die 80-Prozent-Marke – ein Fünftel der industriellen Kapazitäten sind ungenutzt. Für einzelne Branchen weist der Weg noch deutlicher nach unten. Die US-Stahlerzeugung war zwischen Februar 2000 und Februar 2001 um mehr als 20 Prozent rückläufig. Die Autoproduktion lag im Februar 2001 gar um 30 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Auch in der vierteljährlichen Bewegung des Bruttoinlandsproduktes spiegelt sich der Rezessionsbeginn: Im ersten Halbjahr 2000 wuchs das US-amerikanische Bruttoinlandsprodukt noch um fünf Prozent, im 4. Quartal war es nur noch ein Prozent.

Diese Entwicklung schlägt sich bereits in einem massenhaften Abbau von Beschäftigten nieder. 50.000 Entlassungen sind bei General Motors, Ford und Chrysler geplant, 25.000 in der Elektro- und Elektronikindustrie – ohne Medien-, Computer- und Internetbranche – , 50.000 im Einzelhandel, weitere 50.000 in den Sektoren Medien, Telekommunikation und Internet.

Seit Juli 2000 bis einschließlich Februar 2001 wurden in der US-Industrie 420.000 Arbeitsplätze abgebaut. Gleichzeitig entstanden jedoch weiterhin mehr neue Jobs, vor allem im Dienstleistungssektor. Die Arbeitslosenquote lag damit im Februar 2001 unverändert relativ niedrig bei 4,2 Prozent.

Das allerdings ist die normale Bewegungsform am Beginn einer Rezession: Sie beginnt im produktiven Sektor. Die nachgeordneten Sektoren wie Verkehr und Transport, Banken und Versicherungen, Bausektor und übrige Dienstleistungen werden zumeist erst später in Mitleidenschaft gezogen. In diesem kommenden Prozeß einer allgemein steigenden Massenerwerbslosigkeit dürfte deutlich werden, daß Hunderttausende der vielzitierten McJobs auch insofern prekär sind, als eine Rezession diese ebenso schnell zerstören wird, wie sie geschaffen wurden.

Massaker am Neuen Markt

Das Jahr 2000 war das erste Jahr seit knapp einem Jahrzehnt, in dem die wichtigsten klassischen Börsenindizes in Nordamerika und Westeuropa nicht mehr anstiegen und überwiegend rückläufig waren. Im ersten Vierteljahr 2001, insbesondere im März 2001, haben sich diese Rückgänge von Dow Jones, Dax, Footsie und EuroStoxx beschleunigt.

Extreme Einbrüche gab und gibt es am Neuen Markt. In den USA stürzte die Technologie-Börse Nasdaq von März 2000 bis März 2001 um 60 Prozent ab; der vergleichbare deutsche Index Nemax verbuchte im selben Zeitraum gar einen Rückgang von knapp 80 Prozent. Gemessen am Höchststand reduzierte sich die Börsenkapitalisierung am deutschen Neuen Markt zwischen März 2000 und März 2001 von 460 Milliarden Mark auf 180 Milliarden Mark. Auf dem US-Markt Nasdaq beträgt die so ermittelte Wertvernichtung 4.000 Milliarden US-Dollar. Das entspricht 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der USA. Wenn man so will, nähert sich damit der Buchwert der Neue-Markt-Unternehmen lediglich wieder ihrem realen Wert, der in erster Linie auf ausbeutbarer Lohnarbeit beruht. Das US-Internet-Unternehmen Yahoo hatte beispielsweise auf dem Höchststand in 2000 eine Börsenkapitalisierung von 93 Milliarden US-Dollar, was mehr war als die addierten Börsenwerte von General Motors und Boeing. Im März 2001 ist Yahoo nur noch ein Zehntel so viel wert (9,5 Mrd. Dollar); die Börsenwerte von Boeing und GM blieben im wesentlichen gleich hoch. Vergleichbare Relationen können für SAP, Telekom, Oracle und Dutzende angeblich seriöse IT-, Internet- und Telekommunikationsunternehmen aufgestellt werden – ganz zu schweigen von weniger seriösen Schuppen wie Gigabell, Letsbuyit und Intershop.

Das Argument, es handle sich hier nicht um reale Kapitalvernichtung, ist fahrlässig. Die New Economy wird zwar derzeit auf Null gebracht, sie ist jedoch kein Nullsummenspiel. In diesen Markt wurden Milliarden-Summen von kleinen Sparern eingebracht, die nun zu einem großen Teil vernichtet sind. Um hier zu investieren, wurden gewaltige Kredite aufgenommen, die nun nicht abgesichert sind. Die Unternehmen am Neuen Markt nahmen selbst immense Kredite auf, wobei ihre Kreditwürdigkeit zumindest zu einem erheblichen Teil nach ihrer Marktkapitalisierung bewertet wurde.

Hier ist ein Blick auf die dramatische Verschuldung wichtiger Kreditnehmer-Gruppen von Interesse. In den USA hatten wir bereits im Jahr 2000 – also vor Rezessionsbeginn – die Situation, daß erstmals die Schulden der privaten Haushalte (ohne Hypotheken) höher lagen als der durchschnittliche Jahresverdienst; bis zu einem Fünftel der neuen Kredite sollen für Wertpapierkäufe ausgegeben worden sein. Gleichzeitig stiegen die Schulden auf Häuser und Grundstücke massiv an. Erstmals lag im letzten Jahr der Anteil, den Hauseigentümer am Wert ihrer Häuser besitzen, unter 50 Prozent, das heißt, mehr als die Hälfte des addierten Haus- und Grundstückswerts bestand bereits aus Schulden (Hypotheken). Am Beginn der vorletzten Rezession, 1980, lag der Wert der Hypotheken bei 30 Prozent, in der letzten Rezession, 1990, bei 40 Prozent. Auch die Verschuldung der US-Unternehmen erreichte im letzten Jahr neue Rekordhöhen. Ihre Kredit- und Kapitalmarktschulden erreichten eine Summe, die 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Ähnliches gab es nur in der letzten Rezession 1990. Allein die Verbindlichkeiten der – besonders verwundbaren – US-Telekom-Unternehmen stiegen 1999 und 2000 um 85 Prozent auf 155 Milliarden US-Dollar.

Der Zusammenbruch der Börsenkurse am Neuen Markt, gepaart mit dem kontinuierlichen Rückgang der Old-Economy-Börsen kann bei solchen Rahmenbedingungen den ganzen finanziellen Überbau ins Wanken bringen – wie in Japan geschehen.

Depression in Japan

Der Chefvolkswirt der Investmentbank Morgan Stanley, Stephan S. Roach, schrieb: »Nichts hiervon (von dem Kurs-Massaker am Neuen Markt; W.W.) stand jemals im Drehbuch der US-New-Economy. Genausowenig wurde es in den achtziger Jahren für möglich gehalten, daß Japan in eine wirtschaftliche Dauerkrise geraten könnte. Wenn sich jetzt die erste Rezession des Informationszeitalters zu entfalten beginnt, sollte diese Lektion nicht vergessen werden.«

Bei der zweitstärksten Wirtschaftsmacht erleben wir derzeit eine Erosion, die in ihrer Schärfe nur von der Weltwirtschaftskrise 1929-32 übertroffen wird; in der Verlaufsform dürfte sie in der Geschichte des Kapitalismus einmalig sein. Der Aktienindex Nikkei hatte Ende der achtziger Jahre die Marke von 40.000 gestreift. Er sackte bis 1993 auf weniger als die Hälfte und bewegte sich 1993 bis 2000 zwischen 14.000 und 20.000 Zählern. Ab Februar 2001 gab es eine neue Abwärtsbewegung. Im März wurden Index-Werte um 11.000 und damit wiederholt Negativrekorde erzielt (»niedrigster Wert seit 16 Jahren usw.«).

Parallel zum Rückgang der Börsenkurse verfielen die Grundstückspreise, die im Boom der achtziger Jahre ebenfalls massiv angezogen hatten. Heute liegen diese bei zehn Prozent ihres vormaligen Höchststands. Diese andauernde Börsen- und Immobilienbaisse hat wiederum den japanischen Finanzsektor in eine tiefe strukturelle Krise gebracht. In den neunziger Jahren mußten sogenannte Problemkredite in Höhe von umgerechnet 1.300 Milliarden Mark abgeschrieben werden; doch in den Büchern der japanischen Banken stehen weitere faule Verbindlichkeiten in einer Höhe von umgerechnet 1.400 Milliarden Mark oder 12 Prozent der gesamten Kreditsumme. Dabei gilt es zu bedenken, daß die japanischen Banken Anfang der neunziger Jahre die mächtigsten der Welt waren und eine gesunde Substanz hatten. Heute wird in Japan offen

die Frage diskutiert, ob der gesamte Bankensektor verstaatlicht werden muß – wie dies in Deutschland 1930-32 teilweise erfolgt ist.

Die Börsen- und Bankenentwicklung bildete wiederum den entscheidenden Hintergrund dafür, daß die japanische Ökonomie Anfang der neunziger Jahre in eine Rezession, dann in eine Stagnation geriet – und sich aus dieser bis heute nicht befreien konnte. Seit knapp einem Jahrzehnt dümpelt die japanische Industrie, die zu Recht als die modernste und produktivste der Weltwirtschaft galt und dies weitgehend auch heute noch ist, mit Miniwachstumsraten vor sich hin. Seit Anfang des Jahres 2001 weisen die Indikatoren sogar auf den Beginn einer neuen Rezession.

Zu dieser Entwicklung kam es, obwohl die japanische Regierung und die Zentralbank alles versuchten, um gegenzusteuern: Der Leitzins der Notenbank liegt seit Jahren bei null Prozent oder knapp darüber. Mehr Kredithilfe kann es nicht geben, oder, wie die »Welt« es formulierte: »Die Bank von Japan feuert aus dem letzten Rohr.« Gleichzeitig legte die japanische Regierung ein Konjunkturprogramm nach dem anderen auf – insgesamt addierten sich zehn Konjunkturprogramme auf 1.200 Milliarden US-Dollar. Auf diese Weise wurde Japan der mit Abstand am höchsten verschuldete G-7-Staat. Die öffentlichen Schulden machen bereits 120 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus – bei einer Verdoppelung dieses Anteils im letzten Jahrzehnt. Das Defizit im Fiskaljahr 2000/2001 liegt bei zehn Prozent. Die offiziellen EU-Maastricht-Kriterien zur Aufnahme von EU-Ländern in Euroland liegen jeweils bei der Hälfte – wobei allerdings Griechenland, Belgien und Italien vergleichbar hohe öffentliche Schuldenstände wie Japan aufweisen und aus politischen Gründen in die Euro-Zone gehievt wurden. Ein Fünftel des japanischen Etats fließt bereits ausschließlich in den Schuldendienst.

Natürlich melden sich jetzt wieder die Ritter der freien Marktwirtschaft. In der »Süddeutschen Zeitung« verstieg sich ein Kommentator zu den Sätzen: »Ein Taifun steht (in Japan) bevor. Zu hoffen ist, daß er zur kreativen Zerstörung verknöcherter Industriebereiche führt.« Dazu ist zunächst festzustellen: Es waren die übrigen sechs Regierungen der G-7-Staaten und der versammelte Sachverstand der bürgerlichen Ökonomie, die jahrelang die japanische Regierung zu einer fortgesetzten keynesianischen Wirtschaftspolitik und einer Niedrigzinspolitik förmlich nötigten. Als die Bank von Japan (BoJ) im Herbst letzten Jahres die Zinsen leicht erhöhen, damit die Kreditausdehnung abbremsen und im übrigen ihre »Eigenständigkeit« unter Beweis stellen wollte, gab es einen »Taifun der Entrüstung« in Washington, London und Berlin. Damit würge die BoJ die Konjunktur ab. Darauf senkte die BoJ erneut den Leitzins; ein neues Konjunkturprogramm wurde verkündet.

»Kreative Zerstörung« – eine Sparpolitik bei den Haushalten und ein Ende der Verschuldungspolitik, sprich höhere Zinsen – heißt unter den gegebenen Bedingungen in Japan massenhafte Konkurse, zuerst der Banken; heißt, die Arbeitslosigkeit, die jetzt bereits bei einem Rekordniveau liegt, zu verdoppeln; bedeutet für Millionen Rentner, die jetzt bereits mit dem Zusammenbruch des Rentensystems bedroht werden, Massenelend. Vor allem hätte eine solche Politik verheerende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, brachte es auf den Punkt: »Will man Japan versenken? Wir würden dabei mehr als nur Spritzer abkriegen.«

Wechselwirkungen

Parallelen zwischen den Vorgängen in Japan in den Jahren 1985 bis 1992 und denjenigen in den USA 1992 bis 2000 sind ohne Zweifel gegeben: Die gigantisch aufgeblähten Börsenkurse; die Kreditvergabe auf Basis dieser Börsenkapitalisierung; die überhöhten Investitionen in den IT-Sektor; eine Massennachfrage, die auf Kreditbasis und durch Spekulationsbeteiligung stieg und nun zu verfallen droht; eine Notenbankpolitik, die nicht bremste, weil sie allein die Inflationsrate, nicht aber die Spekulationsrate im Visier hatte – das sind durchaus eindrucksvolle Parallelen.

Natürlich dürfte die innere Dynamik der US-Ökonomie anders verlaufen als in Japan – wenn die US-Wirtschaft allein für sich betrachtet wird. Doch hier kommen die Wechselbeziehungen der Weltökonomie ins Spiel. Zunächst wird die beginnende US-Rezession die japanische Strukturkrise nochmals verschärfen, insbesondere weil der US-Markt für japanische Exporte entscheidend ist. Sodann droht die Börsen- und Finanzkrise in Japan dazu zu führen, daß japanische Geldanlagen in den USA, die in erheblichem Umfang unter anderem für den Kauf von US-Staatsanleihen getätigt wurden, nach Japan zum Stopfen immer neuer Löcher repatriiert werden. Es handelt sich um Papiere im Gesamtwert von 300 Milliarden US-Dollar. Ein solcher Abzug würde in den USA eine Finanzkrise auslösen. Schließlich wird sich die neue Rezession in Japan negativ auf die übrigen asiatischen Märkte auswirken; Japan ist weiterhin größter Kapitalanleger bei den sogenannten Tigerstaaten und deren wichtigster Handelspartner. Die Folge kann eine neue Asienkrise sein. Spätestens dann wird auch die Ökonomie der EU erfaßt, deren prognostizierte Wachstumsraten seit Ende 2000 kontinuierlich nach unten korrigiert wurden. Besondere Gefahrenherde, wie die labilen Finanzmärkte in der Türkei und in Rußland, dürften unter solchen Bedingungen neuerlich brisant werden. Wie sich diese einzelnen Krisenelemente entwickeln, welche wechselseitige Dynamik sie auslösen, kann zweifellos nicht seriös vorhergesagt werden. Tatsache ist, daß für die kapitalistische Weltwirtschaft ein gefährlicher Cocktail angerührt wird, daß eine tiefe weltweite Rezession wahrscheinlich und eine Weltwirtschaftskrise möglich ist.

Welche Politik wird die US-Regierung angesichts der Verschlechterung von US-Konjunktur und Weltökonomie einschlagen? Eines scheint bereits sicher: George W. Bush und sein Nashville-Regierungsteam werden die Rüstungsausgaben erneut steigern und einen neuen Rüstungswettlauf einleiten. Seit Anfang 2001 ziehen die Aktienkurse der US-Rüstungskonzerne entgegen dem allgemeinen Trend massiv an. Neue militärische Interventionen in der Golfregion oder auf dem Balkan sind nicht auszuschließen; sie wären dann Bestandteil einer spezifisch keynesianischen Politik, in deren Zentrum die Steigerung der Rüstungsausgaben steht. Der neue republikanische Präsident würde damit an eine Politik anknüpfen, die seine zwei republikanischen Vorgänger bereits mit Erfolg praktizierten: US-Präsident Reagan lag auf dieser Linie in den achtziger Jahren unter anderem mit SDI; US-Präsident George Bush verfolgte diese Politik in der letzten US-Rezession mit dem Golfkrieg 1990/91. Allerdings sind die achtziger und frühen neunziger Jahre nicht vergleichbar mit den aktuellen Konstellationen von Weltpolitik und Weltwirtschaft. Unter anderem würden Japan und die BRD nicht erneut einen großen Teil der Kosten eines US-geführten Kriegs tragen, wie sie dies 1990/91 taten. Vor allem aber gab es damals keine Strukturkrise in Japan und in den USA kein Börsenfieber – mit all den beschriebenen aktuellen und drohenden Folgen.

Im übrigen steht die neue US-Regierung eher für eine Politik, in erster Linie den Markt wirken oder auch wüten zu lassen. Damit allerdings könnte die weltweite Rezession nochmals verschärft werden. US-Finanzminister O'Neil: »Sehen Sie sich an, was passiert ist. Japan hat alles gemacht, was die anderen wollten, nicht wahr? Wunderbarer Fall ... Gott hatte die Absicht, uns diese Krisen zu schicken. Dann sollte man die Ärmel hochkrempeln und sich auf die nächste Krise vorbereiten.«

Winfried Wolf beschrieb in KONKRET 1/2001, wie Daimler Chrysler über den Tisch gezogen hat

Konkret 04/01, S. 39

Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

Smart Sanctions?

Bombenangriffe auf Bagdad, aber keine Strategie für den Sturz Saddam Husseins – die neue Politik der USA ist die alte

Eine grundsätzliche Neudefinition der Nahost-Politik kündigte der US-amerikanische Außenminister Collin Powell an, als er den Außenministern der EU Anfang März signalisierte, die USA seien erstmals zu einer Lockerung des Embargos gegen den Irak bereit. Eine Ankündigung, die in Wochenfrist dem Luftangriff auf irakische Flugabwehrstellungen durch britische und US-amerikanische Flieger folgte. Seitdem wird als neue Doktrin gehandelt, was nicht viel mehr als ein Eingeständnis des eigenen Scheiterns darstellt. Denn spätestens mit Ausbruch der sogenannten Al Aksa Intifada ist das seit Henry Kissingers Amtszeit im wesentlichen unveränderte Konzept der USA, den Nahen Osten über Israel zu befrieden, endgültig Makulatur geworden. Inbegriff dieses Scheiterns war Bill Clinton, dem von Wye über Camp David bis Washington kein einziger Friedensschluß glückte, während Europa und Rußland den USA in allen anderen Ländern des Nahen Ostens den Rang als Hegemonialmacht ablaufen.

Die jetzt von Collin Powell avisierten »smart sanctions« sind nicht nur eine Konzession an die schwindende Unterstützung im arabischen Lager, sondern vor allem auch an längst geschaffene Realitäten. Dank europäischer, chinesischer und russischer Unterstützung sind die Irak-Sanktionen in den vergangenen Monaten fast vollständig aufgeweicht worden. Internationale Delegationen aus Asien, Europa, Afrika und Lateinamerika landen auf dem wieder geöffneten Saddam International Airport, das Bagdader Rashid Hotel, wo Besucher am Eingang über ein Mosaik mit dem Konterfei George W. Bushs laufen, ist stetig ausgebucht. Bereits vor Jahren haben die russischen Unternehmen Lukoil, Zarubezhneft and Mashinoimport die Rechte zur Entwicklung der Ölfelder im westirakischen Qurna erstanden, China erhielt für rund 660 Mio. US-Dollar den Zuschlag für das südirakische Ölfeld Al-Adhab. Malaysia, Indonesien und europäische Regierungen stehen Schlange, um weitere Rechte zu übernehmen. Bereits jetzt ist ein lokaler Markt entstanden, der jährlich mehrere Milliarden US-Dollar Surplus in die Kassen der irakischen Staatselite spült. Ägypten hat ungeachtet des Embargos ein Freihandelsabkommen mit dem Irak geschlossen, Syrien plant dies bis spätestens 2007. Mehrere Tausend Tanklastwagen passieren täglich die türkisch-irakische Grenze, irakische Öltanker nutzen die Hoheitsrechte des Iran und passieren die Kontrollen der US-Navy durch Küstengewässer; 300.000 Barrel Öl pro Tag werden von Kirkuk an den syrischen Hafen in Banyas und damit an den Sanktionskontrollen vorbeigepumpt. So kommt es, daß Syrien bei einer eigenen Förderrate von maximal 50.000 Barrel täglich bis zu 170.000 Barrel exportiert und den Export auf 350.000 steigern will. Der irakische Staat, der das Embargo als »Völkermord« bezeichnet, hat zugleich mehr als vier Milliarden US-Dollar aus dem seit 1996 von den UN kontrollierten Ölverkauf nicht abgerufen. Die im Februar bombardierten Flugabwehrstellungen dagegen stammten aus Beständen der chinesischen Volksbefreiungsarmee, die genauso wie russische Ersatzteile für die irakische Mig-Flotte trotz Embargo geliefert wurden.

Die angekündigten »smart sanctions« gegen den Irak werden also weder die politisch-ökonomische Baath-Elite des Irak gefährden noch die Not der Bevölkerung lindern, die sie dem Regime zu verdanken hat. Vielmehr sollen sie der wachsenden Kritik an den USA auch in den eher prowestlichen arabischen Staaten entgegenwirken – bislang ohne jede Resonanz. Die Ratlosigkeit einer Politik, der die Handlungsoptionen fehlen, spiegelt sich in der gleichzeitigen Reaktivierung jener Konzepte zur Destabilisierung des Hussein-Regimes, die bereits Mitte der neunziger Jahre als erfolglos fallengelassen wurden. Die im Iraq Liberation Act Ende 1998 versprochenen 98 Mio. US-Dollar sollen der irakischen Exilopposition mit drei Jahren Verspätung jetzt ausgezahlt werden (vgl. KONKRET 1/2001), ohne daß ein wirklicher Aufschwung der im Land selbst isolierten Opposition davon zu erwarten wäre. So halbherzig wie die Opposition selbst unterstützt das US-State-Department deren Bemühungen, Saddam Hussein wegen »Völkermords« an den Kurden anzuklagen. Angesichts dieser Perspektivlosigkeit werden innerhalb des amerikanischen Kongresses seit längerem Stimmen laut, die eine zielgerichtete militärische Destabilisierung des Regimes fordern. Stütze einer derartigen Politik sind einmal mehr die Kurden im Norden des Landes, die sich nach jahrelangen internen Kriegen in jüngster Zeit auf einen von den USA gebrokerten Waffenstillstand geeinigt haben.

Die beispielsweise von dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium Donald Rumsfeld geforderte Stärkung der kurdischen Parteien ist nicht neu. Bereits Mitte der neunziger Jahre wurden in Washington Vorschläge diskutiert, den Irak, dessen Führungselite man nicht loswurde, durch die Stärkung der Kurden im Norden und der Schiiten im Süden des Landes in drei Teile zu zerlegen. Noch bevor sich das US-State-Department auf eine unterstützende Haltung gegenüber den potentiell proiranischen schiitischen Oppositionsgruppen einigen konnte, wurde aber jeder Widerstand im Südirak mit einer beispiellosen Militärkampagne endgültig zerschlagen. Die Kurden im Norden des Landes, die – nachdem sie schon 1975 fallengelassen worden waren – im März 1991 erneut erleben mußten, wie die versprochene US-amerikanische Hilfe im Kampf gegen das Baath-Regime ausblieb, trauen den tendenziell feindlich gesinnten Anrainerstaaten Türkei und Iran zwischenzeitlich mehr als den USA. So kommt es, daß der sich jetzt abzeichnende Frieden zwischen den verfeindeten nordirakischen Kurdenparteien vor allem türkischen Interessengruppen dient, die in der Region die Chance auf ein

befriedetes kurdisches Gebiet außerhalb der eigenen Landesgrenzen und zugleich eine mögliche Freihandelszone im Länderdreieck zwischen Türkei, Iran und Irak sehen.

Nachdem auch die PUK (Patriotische Union Kurdistans) ihre bislang duldsame Haltung gegenüber der militärisch isolierten PKK gegen offene Feindschaft eingetauscht hat und die verbliebenen türkisch-kurdischen Kämpfer in unbedeutende Grenzregionen zurückgedrängt wurden, wittern auch die USA wieder eine Chance in der Region. Die kurdischen Parteien allerdings wissen nur zu gut, daß die avisierte »politische Lösung« unvermittelt wieder in einen militärischen Konflikt umschlagen kann. In jeder Situation äußerer Bedrängung hat das Regime seine Gewalt regelhaft nach innen gerichtet, mit dem Resultat von 200.000 ermordeten Kurden während des Iran-Irak-Krieges und nahezu zwei Millionen Flüchtlingen infolge des letzten Golfkriegs. Im Zweifelsfall setzen sie daher eher auf das Regime in Bagdad als auf die USA, wie bereits im September 1996. Damals intervenierte die irakische Armee auf seiten der KDP (Demokratische Partei Kurdistans) im innerkurdischen Konflikt und zerstörte binnen eines Tages die gesamte Infrastruktur der USA im Nordirak.

Thomas Uwer und Thomas v. der Osten-Sacken schrieben in KONKRET 1/2001 über das »Klingenputzen« von EU-Emmissären bei Saddam

Konkret 04/01, S. 40

Philip Hogh

Erkenntnisse aus Pullach

Experten widersprechen den BND-Angaben von einer Wiederaufnahme des irakischen ABC-Waffen-Programms

Ende Februar lud der Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach zu einem Hintergrundgespräch ein, in dem er ausgewählten Journalisten seine neusten Erkenntnisse über den Stand der irakischen Rüstung unterbreitete. Danach gibt es Hinweise darauf, daß der Irak sein Atomwaffenprogramm wiederaufgenommen hat, bei der Herstellung von chemischen Kampfstoffen verstärkt aktiv ist und bereits über ein umfangreiches B-Waffen-Programm verfügt. Nach BND-Angaben entwickelt der Irak gerade Kurzstreckenraketen der Typen Al Samoud und Ababil-100, und bis zum Jahr 2005 könnte er sogar in der Lage sein, für Europa gefährliche Mittelstreckenraketen herzustellen.

Mit dieser Einschätzung ist der BND jedoch ziemlich allein. Der jüngste Bericht des CIA für den amerikanischen Kongreß vom 23.2.2001 geht davon aus, »daß es keine direkten Beweise dafür« gibt, »daß der Irak die Zeit seit der Operation ›Desert Fox‹ (die Bombardierung des Irak durch englische und amerikanische Flugzeuge im Dezember 1998, d. Verf.) dazu genutzt hat, sein Programm zum Bau von Massenvernichtungswaffen wiederaufzunehmen«. Dies könne lediglich vermutet werden. Der Mangel an spaltbarem Material sei weiterhin das größte Hindernis zur Herstellung von Nuklearwaffen. Mitarbeiter der International Atomic Energy Agency (IAEA) aus Wien, der Kontrollbehörde für den Atomwaffensperrvertrag, konnten während einer Inspektion im Januar diesen Jahres nachweisen, daß der Irak ausschließlich über spaltbares Material verfügt, das nicht zur Produktion nuklearer Sprengköpfe verwendet werden kann.

Bereits im August des vergangenen Jahres gab der BND an, eine geheime Waffenfabrik namens Al Mamoun im Irak entdeckt zu haben, in der die Kurzstreckenraketen Al Samoud und Ababil-100 hergestellt werden. Dies wurde als Beleg dafür gewertet, daß der Irak unverändert an seinem Rüstungsprogramm festhält. Die UN-Resolution 687, die die vollständige Zerstörung des ABC-Waffen-Programms vorschreibt, verbietet den Bau dieser Raketen jedoch nicht. Die ehemals dafür zuständige UN-Sonderkommission (UNSCOM) beobachtete nach Angaben ihres ehemaligen amerikanischen Mitarbeiters Scott Ritter diese Fabrik seit 1993 und wurde vom Irak im Frühjahr 1998 darüber aufgeklärt. Tests dieser Raketen, die eine Reichweite von unter 150 Kilometern haben, schlugen trotz erheblicher finanzieller Aufwendungen bislang fehl. An die Produktion von Mittel- oder Langstreckenraketen ist, laut Ritter, überhaupt nicht zu denken.

Ritter, der 1998 aus Protest gegen das Vorgehen der UN und der USA aus der UNSCOM ausstieg, berichtete schon letztes Jahr darüber, daß der Irak bis 1991 über ein großes B- und C-Waffen-Programm, Langstreckenraketen und ein Nuklearwaffenprogramm verfügte, das sechs Monate von der Herstellung einer fertigen Bombe entfernt war. Ritter meint jedoch: »Nach sieben Jahren Arbeit der UNSCOM-Inspekteure gab es kein Programm von Massenvernichtungswaffen mehr. Dieses wurde zerstört, genau wie die dafür notwendigen Anlagen.« Um das ABC-Waffen-Programm wiederaufzunehmen, müßte zuerst die dafür notwendige Infrastruktur wiederhergestellt werden, wozu Dollarbeträge in dreistelliger Millionenhöhe aufgebracht werden müßten. Das Auslandsguthaben des Irak ist eingefroren, und es sind auch keine Kredite in Sicht. »Der Irak ist militärisch gesehen wieder ein Drittweltland geworden«, gab der ehemalige UN-Koordinator für den Irak, Hans von Sponeck, in einem Gespräch mit der »Jungen Welt« an.

Dieser Einschätzung schloß sich auch Annette Schaper, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), an. Gegenüber KONKRET betonte sie, daß irakische Wissenschaftler zwar theoretisch an der Entwicklung von Atomwaffen arbeiteten, daß ihnen jedoch das angereicherte Uran ebenso fehle wie die technischen Einrichtungen, noch nicht angereichertes Uran anzureichern. Solche Anlagen seien bis 1991 in Betrieb gewesen und danach von der UNSCOM zerstört worden. Wegen ihres hohen Energieverbrauchs sei es auch nicht möglich, ihre Existenz zu verbergen, woraus gefolgert werden kann, daß der Irak keine Atomwaffen produzieren kann, ohne dabei entdeckt zu werden.

Was die Einhaltung der UN-Resolution 687 anbelangt, so kritisiert Ritter das Vorgehen der UNSCOM-Nachfolgeorganisation UNMOVIC. Nach seiner Beurteilung hat der Irak die Abrüstungsvorgaben, qualitativ betrachtet, längst erfüllt, weshalb es keinen objektiven Grund mehr für die Aufrechterhaltung der UN-Sanktionen gebe. Quantitativ gesehen, sei der Irak noch nicht zu 100 Prozent entwaffnet, da noch geringfügige Spuren, d.h. Dokumente, Wissen und Materialien aus dem ABC-Waffen-Programm, übrig seien, die Ritter als »harmlos und lächerlich« bezeichnete. Sie übten auf niemanden eine Bedrohung aus, solange der Irak keinen Zugriff auf seine Auslandskonten und keinen Zugang zu Materialien für den Bau von ABC-Waffen habe. Obwohl der Irak faktisch entwaffnet ist, müssen laut UNMOVIC auch diese Spuren beseitigt werden, bevor die Sanktionen aufgehoben werden können.

Seit Dezember 1998 waren keine UN-Waffeninspekteure mehr im Irak, und dieser lehnt es auch weiterhin ab, mit der für die Inspektionen zuständigen UNMOVIC zusammenzuarbeiten. Das Land wäre zu einer Kooperation bereit, wenn es nach

der Öffnung der Grenzen für die Inspekteure die Erträge aus den Ölverkäufen selbst kontrollieren dürfte. Da diese Erträge jedoch auch nach der Rückkehr der Inspekteure unter der Kontrolle des UN-Sicherheitsrates blieben, weigert sich der Irak, auf die Forderungen der UNMOVIC einzugehen. Das bedeutet im übrigen nicht, daß der Irak nicht mehr kontrolliert wird: Mitarbeiter der IAEA erhalten auch weiterhin die Möglichkeit zu Inspektionen.

Sowohl US-Präsident George W. Bush als auch der BND kritisieren, daß die Grenzen des Irak »löchrig« seien, dieser also trotz der Sanktionen Stoffe zur Herstellung von ABC-Waffen bekommen könne, weswegen man die Auflagen der UN als verwässert beklagt und für »intelligentere Sanktionen« plädiert. Tatsächlich ist es möglich, daß der Irak »dual-use«-Produkte, d.h. Produkte, die für zivile und militärische Zwecke eingesetzt werden können, wie z.B. chemische Reinigungsmittel, einführt, aber auf diesem Weg lassen sich weder angereichertes Uran noch andere Mittel zur Herstellung von ABC-Waffen besorgen. »Bis heute läßt man in einer gewissen Menge bestimmte Güter ins Land, die man stoppen könnte. Das wird bewußt nicht gemacht, um eine undurchsichtige Situation entstehen zu lassen, die man dann kritisieren kann«, sagte Sponeck über die UNMOVIC-Methoden.

Warum versucht der BND an den Fakten vorbei nachzuweisen, daß der Irak in absehbarer Zeit eine Bedrohung für seine Nachbarländer und Europa darstellen wird? Hinter den BND-Angaben stehe das Ziel, wie Ritter sagt, »falsche Informationen über den Irak zu verbreiten, um diesen weiterhin zu dämonisieren und zu isolieren«. Da man dafür öffentliche Zustimmung haben möchte, führt man Hintergrundgespräche mit ausgewählten Journalisten. Offensichtlich mit Erfolg.

Philip Hogh studiert an der Universität Freiburg und ist Mitarbeiter des dortigen Antifa-Referats

Konkret 04/01, S. 41

Jörg Huffschmid

Buch des Monats

Winfried Wolf: Fusionsfieber. Oder: Das große Fressen. Globalisierungsmythos – Nationalstaat – Wirtschaftsblöcke. PapyRossa Verlag, Köln 2000, 288 Seiten, 28 Mark

Elf Konzerne teilen sich den Weltmarkt für Automobile. Auf neun Ölkonzerne entfallen 90 Prozent, auf drei Reifenkonzerne 80 Prozent Marktanteil; für Groß- und Kampfflugzeuge gibt es nur noch zwei relevante Anbieter auf der Welt. Dies ist das erste Fazit der Untersuchung des PDS-Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf über die jüngste Fusionswelle. Sie war von einer hektischen Jagd nach Größe geprägt und hat zu einer neuen Verdichtung wirtschaftlicher Macht des Großkapitals geführt. Bemerkenswert sind dabei Rückfall und Comeback amerikanischer Konzerne in den letzten beiden Jahrzehnten. Während sie 1982 noch 80 der 200 umsatzstärksten Gruppen der Welt stellten, ging diese Zahl bis 1995 auf 53 zurück – und stieg bis 1999 wieder auf 76.

In der Geschichte des Kapitalismus sind Konzentration und Zentralisation von Kapital langfristige Tendenzen, in deren Verlauf es gelegentlich zu besonders intensiven und hektischen Wellen von Unternehmenszusammenschlüssen, Übernahmen und unfreiwilligen Beteiligungen kommt: Das war so in den neunziger Jahren des 19., in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts und jüngst im vergangenen Jahrzehnt. Für das Verständnis dieser Wellen reicht der Verweis auf die allgemeine Logik des Kapitals nicht aus, denn jede hat besondere Ursachen und Auslöser. Hintergrund für das jüngste Fusionsfieber seit etwa Mitte der 90er Jahre sind für Wolf –

das Ende des Kalten Krieges und damit die Freisetzung einer neuen Intensität kapitalistischer Konkurrenz, –

die Austeritätspolitik der Regierungen, die zu nachlassender Nachfrage und damit engeren Märkten geführt hat, –

die Politik der Privatisierungen mit der Möglichkeit, staatliche Monopole durch private zu ersetzen, sowie –

die größere Rolle der Finanzmärkte und der Spekulation, die den Kauf und Verkauf von Unternehmen erleichtern und für das Finanzkapital zum einträglichen Geschäft machen.

Das zweite Fazit von Wolfs Untersuchungen läuft darauf hinaus, daß sich stofflich im Laufe dieses Jahrhunderts gar nicht so viel geändert habe. Nach wie vor konzentriere sich die Macht des Großkapitals auf jene Bereiche, die den Stoff der Autogesellschaft ausmachen: Dazu gehören neben den Automobil- und Reifenherstellern die Ölkonzerne, die Flugzeugindustrie und die gesamte Rüstungsindustrie. Gut die Hälfte des Umsatzes der hundert größten Industriekonzerne der Welt entfalle auf diesen Bereich. »Damit kann der Satz ›Geld regiert die Welt‹ stofflich konkretisiert werden: Es ist das im Öl-, Auto-, Luftfahrt- und Rüstungsgeschäft angelegte Geld, das diese Welt regiert ...«

Das dritte Fazit ist für Wolf das wichtigste: Es lautet, daß das international agierende Kapital *nationales* Kapital ist und daß Fusionen *nationale* Fusionen sind. Die wachsende Macht und internationale Expansion der Führungskonzerne bedeuten nicht, daß die Bedeutung des Nationalstaates zurückgeht. Gegen diese in der aktuellen Globalisierungsdiskussion vorherrschende These wendet Wolf sich in aller Ausführlichkeit und Schärfe. Schon die Bezeichnung »multinationale Konzerne« sei irreführend: Mit ganz wenigen Ausnahmen haben alle großen Konzerne eine eindeutig nationale Grundlage und werden von ihren jeweiligen Nationalstaaten intensiv gefördert. Gleichberechtigte internationale Fusionen gibt es nicht, auch wenn davon in der Öffentlichkeit gelegentlich die Rede ist. Am Ende stellt sich immer heraus, daß die eine Seite stärker ist und der »merger of equals« eine Übernahme durch einen nationalen Konzern war. So erweise sich die Fusion DaimlerChrysler nach einer gewissen Schonfrist eindeutig als deutsche Übernahme in Amerika, ebenso wie der Zusammenschluß von Hoechst und Rhône Poulenc zu Aventis trotz des Sitzes dieses Konzerns in Frankreich eine kleine, aber entscheidende deutsche Mehrheit enthält. Wo tatsächlich gleichberechtigte Fusionen in der Vergangenheit versucht wurden, sind sie regelmäßig gescheitert, angefangen von der Gemeinschaftsgründung des Stahlunternehmens Estel durch den deutschen Hoesch- und den niederländischen Hoogovens-Konzern bis zu BMW-Rover.

Das Mißverständnis bei der Rede von der abnehmenden Bedeutung oder zunehmenden Ohnmacht des Nationalstaates in der Globalisierung beruht auf der Tatsache, daß die Politik der Nationalstaaten sich zunehmend den Interessen der transnational agierenden Konzerne anpaßt und es zunehmend schwierig wird, eine von diesen Interessen abweichende oder ihnen zuwiderlaufende Politik im Interesse der Mehrheit zu betreiben. Das aber hat nichts mit abnehmender Bedeutung des Nationalstaates, vielmehr allein etwas mit dem veränderten Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital – und mit dem unterschiedlichen Machtpotential zwischen den Staaten zu tun.

Die Diskussion über Globalisierung ist für Wolf auch in anderer Hinsicht irreführendes Gerede: Denn bei der Internationalisierung handelt es sich nicht um einen gleichmäßig über die Welt verteilten Vorgang, sondern vielmehr um die Herausbildung dreier großer Blöcke, innerhalb derer sich Produktion, Investition und Handel im wesentlichen abspielen. Dies steht allerdings nicht im Widerspruch zu der ebenfalls unbestreitbaren Tatsache, daß diese Blockbildung

und die damit verbundene Machtballung dramatische Folgen für den Rest der Welt haben: Sie sind von den Vorteilen der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen und werden mehr und mehr in Armut und Perspektivlosigkeit abgedrängt.

Und auch in den Blöcken herrscht nicht Harmonie, sondern Konkurrenz, Rivalität und Mißtrauen. Exemplarisch verdeutlicht Wolf dies am deutsch-französischen Verhältnis. Einerseits sind Deutschland und Frankreich – mit 56 der 100 größten Unternehmen in Westeuropa – unbestreitbar die beiden europäischen Führungsmächte. Andererseits werden die bilateralen Beziehungen in dem Maße gespannter, wie das deutsche Gewicht, das Wolf an dem Gewicht der zwölf größten Unternehmen mißt, gegenüber Frankreich zunimmt und mit der Osterweiterung der EU weiter steigen wird – weshalb Deutschland diese Osterweiterung massiv betreibt und Frankreich bremst. Diese Spannungen werden auch durch die Gründung des größten europäischen Rüstungskonzerns EADS (European Aerospace and Defense Systems) als im wesentlichen deutsch-französisches Gemeinschaftsunternehmen nicht aus der Welt geschafft. (Die Behauptung, daß Deutschland in diesem Unternehmen – nach dem Grundsatz, daß es eine gleichberechtigte Fusion nicht gibt – das Sagen hat, ist allerdings kaum haltbar. Sie gründet sich auf die Behauptung, daß der spanische Anteil an EADS letztlich der deutschen Seite zuzurechnen sei. Dies ist jedoch angesichts der sehr viel engeren und intensiveren französisch-spanischen ökonomischen Verflechtung nicht nachvollziehbar)

Schließlich schildert Wolf die Banken als »Teil der nationalen Kontrolle«, einer Kontrolle, die sie über unmittelbaren Besitz, Stimmrechtsvertretung, Vertretung in den Aufsichtsorganen der Großunternehmen und schließlich durch ihre Kreditvergabe ausüben. Hier ist der Beleg für den national basierten Charakter der Fusionitis besonders eindrucksvoll: Bei den Banken handelt es sich überwiegend um eine Bildung nationaler Führungskonzerne, und bei den Versicherungen um eindeutige vollständige oder Mehrheitsübernahmen im Ausland.

Wolf produziert klare Thesen, die im Gegensatz zu den verharmlosenden Modediskursen stehen und zu deren Untermauerung er eine Fülle von Material beibringt und auswertet. Manches ließe sich anders interpretieren. So würde die Heranziehung der Lebensmittelindustrie, der Energierzeugung oder der Medienkonzerne wohl zu einer Relativierung des Gewichts der Autogesellschaft führen, aber die These von der weiterhin steigenden Macht der Konzerne nicht erschüttern. Auch die nach wie vor große Bedeutung des Nationalstaates dürfte kaum zu bezweifeln sein. Es hätte allerdings nahe gelegen, dieser Bedeutung auch im abschließenden Kapitel über den Widerstand gegen die schädlichen Folgen der Fusionitis für die wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitnehmer/innen und die Demokratie durch ein paar Andeutungen über eine alternative staatliche Politik Rechnung zu tragen. Das ist Wolfs Sache nicht. Er beläßt es bei der Forderung nach Roquefort für alle. Französischer Käse als Alternative zum deutschen Imperialismus?

Konkret 04/01, S. 42

Kunst & Gewerbe

Sport ist Mord 1

Adolf Hitler: Mein Kampf

Eine gewalttätige, herrische, unerschrockene, grausame Jugend will ich ... das freie herrliche Raubtier muß erst wieder aus ihren Augen blitzen. Stark und schön will ich meine Jugend. Ich werde sie in allen Leibesübungen ausbilden lassen. Ich will eine athletische Jugend, das ist das erste und wichtigste. So merze ich Tausende von Jahren der menschlichen Domestikation aus.

Sport gegen Mord

»DSB-Presse«, 6. März 2001

Sport spielt eine zunehmende Rolle in der Prävention gegen wachsende Kinder- und Jugendkriminalität in unserer Gesellschaft und auch bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt. Dies unterstrichen Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling und Justizminister Prof. Dr. Christian Pfeiffer bei einer Veranstaltung der Landesregierung zum Thema »Netzwerk Innere Sicherheit – Einblick und Ausblick« ... der neue Justizminister Prof. Dr. Pfeiffer ... betonte, daß Kinder und Jugendliche in gut geführten Sportvereinen eine Art »Schutzimpfung« gegen Gewaltanfälligkeit und Kriminalität erhielten. Den in den neuen Bundesländern wesentlich höheren Prozentsatz an rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendlichen als in der alten Bundesrepublik erklärte Pfeiffer auch damit, daß dort noch kein umfassendes Vereinsnetzwerk mit einer vielfältigen Jugendarbeit aufgebaut worden sei ... Auch in den im Rahmen der Tagung von den präventiv arbeitenden Organisationen vorgestellten Projekten, sei es vom »Weißen Ring« (»Sportler setzen Zeichen: Kraft gegen Gewalt«), der Landeskirche Braunschweig (»Schritte gegen Tritte«) oder des Bildungswerks Arbeit und Leben (»Initiative Sport statt Gewalt«), wurde immer wieder der Sport als das einzig verfügbare »Trainingsfeld« für die Stärkung von Selbstbewußtsein, sozialem Status, Erfolg und Anerkennung hervorgehoben. Gerade für die soziale Arbeit mit jungen Aussiedlern und Ausländern bedeuten sportliche Angebote nicht selten die einzig verbleibende Möglichkeit, sozial auffällige Jugendliche zu erreichen und gesellschaftlich zu integrieren.

Sport ist Mord 2

»Taz«, 6. März

Die Bundesregierung setzt auf die Kraft des Sports. Er soll angeblich vor Drogen und Gewalt schützen ... Innenminister Otto Schily (SPD) selbst stellte im Januar die neu aufgelegte Kampagne »Sport gegen Gewalt und Drogen« vor: 88.000 Plakate bundesweit ... Die Botschaft: Die Bundesregierung macht mobil in Sachen Jugendarbeit. Doch nun untergräbt eine Studie das neue Bild: Auch Sportvereine schützen nicht vor Gewalt und Drogenmißbrauch, hat der Paderborner Sportwissenschaftler Wolf-Dietrich Brettschneider in einer Studie für die Landesregierung Nordrhein-Westfalens herausgefunden ... Fazit: Weder auf die emotionale Stabilität noch auf die allgemeine Entwicklung wirkte sich die Vereinsmitgliedschaft positiv aus. Mehr noch: Beim Alkohol sind junge Vereinssportler keineswegs zurückhaltender als Nichtmitglieder. Vereinsfußballer sind sogar Spitzenreiter beim Bier- und Zigarettenkonsum. Auch bei illegalen Drogen gibt es keine Unterschiede. Die Wirkung der Vereine auf die Jugendlichen müsse relativiert werden, glaubt Brettschneider ... Der Deutsche Sportbund (DSB), Partner der »Sport gegen Gewalt und Drogen«-Kampagne, reagierte gestern zurückhaltend auf die Studie ... Das Innenministerium gab sich gestern wortkarg. Die Studie, hieß es, müsse zunächst von Fachleuten überprüft werden.

Ich schlage den rosafarbenen Samtanzug vor, gesehen bei H & M, vor allem zum RAF-T-Shirt. Hätte ich früher auch getragen

---

Bommi Baumann, »Max« 5/2001

Prada-Rucksack der Geschichte

»Max«, 5/2001

Ist Terror cool? Darf man mit den blutigen Szenen des Deutschen Herbstes für Schuhe werben? ... Die Rote Armee Fraktion ist heute ein neuer Teil der Popkultur ... Andreas Schilko, 35, fotografiert Plattencover und setzt sich künstlerisch mit der RAF auseinander ... »Die Zeit ist reif für das Thema ... Die RAF umweht ein Mythos – und man kann aus den Terroristen ganz schnell Popstars machen. Das Bedürfnis ist da, die Symbolik von früher wird heute beklatscht.« ... Geworben wird für Schuhmode, »schön, dezent und nonchalant«, sagt Macherin Blasberg ... »Wir haben einen ganz bestimmten Humor. Wir sind keine Rebellen. Wir sind furchtlos. Und wir wollen Spaß.« ... Jetzt geben die Macherinnen von »Tussi Deluxe« auf ihrer Website Adolf Hitler eine Stilberatung. Weg mit dem Bart, neuer Haarschnitt und ein Ohrring – schon würde der Diktator in keiner Disco mehr auffallen. »Man kann ja nicht permanent diesen schweren Rucksack der Geschichte mit sich rumschleppen«, sagt Blasberg.

Freier aller Länder

»Playboy«, 3/2001

Alles über käufliche Liebe in Deutschland / Caroline Becker, 31, Berlin (Name von der Redaktion geändert): »Ich bin eine Hure, und mein Beruf macht mir Spaß.« Caroline holt sich Selbstbewußtsein aus ihrem Job als Prostituierte ...

Wieviel Geld verlangt eine Prostituierte? Die billigsten Bundesländer ...

Waren Sie mit der Prostituierten zufrieden? Mit Ja antworteten Grüne-Anhänger 85 Prozent, FDP-Anhänger 78 Prozent, CDU/CSU-Anhänger 69 Prozent, Republikaner-Anhänger 67 Prozent, SPD-Anhänger 59 Prozent, PDS-Anhänger 56 Prozent.

Väter aller Länder

»Taz«, 24. Februar

Das unverdiente Leid der Väter / ... nicht um die Interessen der Väter geht es, schon gar nicht dem Gesetzgeber. Ihm geht es angeblich um die Interessen der Kinder. Aber ist es nicht so: Auch heute noch ist jedes Kind, dem ein liebender Vater vorenthalten wird, ein betrogenes Kind ... Wie die Jugendämter Unterhaltszahlungen oder einen Vaterschaftstest erzwingen können, müßten sie auch fähig sein, boykottierende Mütter zur Herausgabe der Kinder zu zwingen.

Männer aller Länder

»Men's Health«, März 2001:

Liebes-Revolution – Ab heute haben Sie das Kommando! Männer aller Länder, vereinigt Euch! 1. Gegen das Joch der Frauen. 2. Möglichst oft mit den Frauen ... Eine wissenschaftliche Analyse zum sexuellen Rollenverhalten von Studenten in den letzten 20 Jahren ergab, daß die Frauen von heute sich besser durchsetzen – sie sind maskuliner und zielstrebiger. Es besteht also Handlungsbedarf. Bevor sich die Frauen ganz in Männer verwandeln und uns dabei zu Haustieren degradieren, gehen wir lieber auf die Barrikaden. Mit diesen fünf neuen Regeln holen wir uns die Macht zurück. Vive la revolution!

Alt: Sie entscheiden alles gemeinsam

Neu: Sie entscheiden jetzt allein (meistens)

»Manchmal muß ein Mann die Richtung vorgeben und sich durchsetzen – ohne langes Gerede«, erklärt der Psychologe Robert Pasick. »Jahrzehntelang wurde den Männern eingetrich-tert, daß eine Beziehung immer eine gleichberechtigte Partnerschaft zu sein hat. Doch die Frau-en wollen das gar nicht. Die meisten stehn immer noch auf den Gary-Cooper-Typ, einen Mann, der einfach die Zügel in die Hand nimmt« ...

Alt: Sie nehmen sich ganz viel Zeit für sie

Neu: Sie nehmen sich Zeit für Fußball

Alt: Sie sprechen offen über Ihre Gefühle

Neu: Sie schweigen das Problem tot

... Denn: »Unsere Art zu sprechen bringt die Frauen sowieso nur auf die Palme«, sagt der US-Buchautor Walter Farrell ... Fazit: Wenn Ihre Süße Sie das nächste Mal bittet, ganz offen und ehrlich zu sein – so wie Sie es auch mit Ihren Kumpels sind – , tun Sie das nicht.

Alt: Sie helfen ihr bei all ihren Problemen

Neu: Sie muß ihre Sorgen selbst bewältigen

Zauberformeln für die Zweisamkeit: 1. Essen Sie nie aus der Dose, und trinken Sie die Milch nie aus der Tüte.

Konkret 04/01, S. 45

Martin Büsser

»Auf Bonzen und asoziales, arbeitsscheues Pack scheiß' ich«

Kulturkolumne

Klaus Farin, Leiter des Berliner »Archivs der Jugendkulturen«, kennt die einzelnen Szenen so genau, daß ihm pauschale Urteile zuwider sind. Wer weiß zum Beispiel, daß es auch linke Skinheads gibt? Wer weiß, daß die Skinhead-Bewegung ihren Ursprung in Jamaika hat und also einmal von Schwarzen ins Leben gerufen wurde? Gerade diejenigen, die es eigentlich wissen sollten, nämlich Pädagogen, haben davon meistens gar keine Ahnung. Fragen wie »Was ist denn jetzt genau der Unterschied zwischen Punks und Skins?« – so ein Lehrer während einer Diskussionsveranstaltung nach Ausstrahlung des Films »Oi! Warning« – gehören zum alltäglichen Eingeständnis erzieherischer Unkenntnis. Während sich Jugendkulturen permanent ausdifferenzieren und die Öffentlichkeit medial nur in Form von Zerrbildern erreichen, schweigen zugleich diejenigen, die doch eigentlich einiges darüber zu sagen hätten: Dem Pop-Journalismus scheint es unter seiner Würde zu sein, über Phänomene wie die »Neue deutsche Härte« zu berichten, ihn interessieren Massenphänomene wie Pur und DJ Bobo so wenig wie die Frage, warum rechte Ideologie und Ästhetik immer mehr zum Pop-Mainstream haben werden können. Die Pop-Diskursler grenzen sich gegenüber alldem vielmehr ab, indem sie sich den distinguierten Werken einer angenehmeren, zugleich aber nicht wirklich populären Musik widmen. Fast alles, was in den einschlägigen Pop-Kreisen verhandelt wird, von Terre Thaemlitz bis Tortoise, gehört einem Pop-Begriff an, der nichts mehr mit gegenwärtiger Jugendkultur zu tun hat, sondern der Ergebnis einer langjährigen, also längst erwachsenen Geschmacksbildung ist.

Die Existenz eines »Archivs der Jugendkulturen«, das mit Büchern wie *Skinhead – A Way Of Life* und *Buch der Erinnerungen – Die Fans der Böhsen Onkelz,* beide von Klaus Farin, erschienen im Tilsner Verlag, den so unerfreulichen wie populären Auswüchsen der Jugendkultur nachgeht, ist daher erst einmal zu begrüßen. Hier nämlich wird undankbare Arbeit geleistet. Dumm nur, wenn das Ergebnis dieser Arbeit selbst nicht immer zu Dank verpflichtet.

Die Bücher, als deren Herausgeber Farin oft selbst verantwortlich zeichnet, vertrauen in der Regel darauf, daß die bloße Ansammlung von empirischem Material – also möglichst viele O-Töne von Jugendlichen – dem soziologischen Anspruch nach Wissenschaftlichkeit bereits gerecht wird. Veröffentlichungen wie *Expressin' Myself* von Gabriele Rohmann,

in denen sich Punks, HipHoper, Techno-Anhänger und Skater selbst vorstellen, erliegen dabei jedoch geradezu einem Wahn der Authentizität und zermürben dank Mitschriften voller »also«, »äh«, »okay«, »tja« und »na ja«. Ergebnis: Das Ganze liest sich so spannend wie eine in Buchform gebrachte Arabella-Talkshow und ist auch ähnlich ergiebig. Wer sich durch diese Seiten gequält hat, mag zwar eine Ahnung davon haben, daß Punks eher politisch orientiert sind, daß aber alle vor allem irgendwie nur Spaß haben wollen und – ganz ohne irgendwie – in klaren Sätzen zu sprechen nie gelernt haben. Peinlich wird ein solches Vertrauen auf O-Töne, wenn es darum geht, das Vorurteil vom Skinhead als Nazi zu korrigieren, wie das Vorwort von *Skinhead – A Way of Life* an seine Leser appelliert. Peinlich ist das zwar nicht für die Vertreter der Bewegung selbst, die – so läßt sich nach diesem Buch, das vor allem »Unpolitische« zu Wort kommen läßt, endgültig schließen – weder Hirn noch einen Ruf mehr zu verlieren haben, sondern für den Herausgeber, der ernsthaft glaubte, er könne noch etwas retten, wo es nichts mehr zu retten gibt. Statements wie »Ich fühle mich als Vertreter der Working class. Auf Bonzen und asoziales, arbeitsscheues Pack scheiß' ich« – so ein gewisser »Rico (20)« – sollen suggerieren, daß die Skin-Bewegung als Subkultur des Proletariats (?!) nicht notwendig rechts ist. Das einzige, was jedem halbwegs vernünftigen Menschen dabei jedoch in den Sinn kommt, sind die Meldungen von Skin-Morden an Obdachlosen. Ein Zwanzigjähriger, der anonym bleiben will, läßt durchblicken, daß Adorno selbst Skins nicht unbekannt sein muß: »Wir kämpfen gegen die linken Meinungsmacher, gegen verdrehte ›Frankfurter‹ Lehrer, die den Kindern, unserer Zukunft, Utopien in den Kopf setzen.« Selig eine Jugend, deren Zukunft nicht mehr aus Utopien, sondern nur noch aus Kindern besteht!

Es gäbe keinen Grund, gegen *Skinhead – A Way of Life* aus politischen Gründen zu opponieren, wenn sich die Dummheit, die darin die Seiten schwärzt, nur für alle so klar als solche zu erkennen wäre. Als Zitatensammlung ist das Buch jedoch auch bestens dazu geeignet, der Szene selbst als Fibel zu dienen. Ähnliches gilt für *Rock von Rechts 2*, das mit ein paar mageren sozialpädagogischen Warnungen daherkommt, seinen Schwerpunkt allerdings darauf legt, empirisches Material zusammenzutragen. So gibt es dort nicht nur jede Menge Texte mit Zeilen wie »Schlagt auf sie ein / wenn sie bunte Haare tragen« zu lesen, nicht nur zahlreiche Cover-Abbildungen indizierter CDs, sondern am Ende einen vollständigen Katalog sämtlicher jüngerer Nazirock-Veröffentlichungen mitsamt Angabe von Label und Vertrieb. Eine bessere Fundgrube für Einsteiger, gerade mal notdürftig als Aufklärung getarnt, hält nur noch der Verfassungsschutz bereit, aber wenigstens unter Verschluß.

Das Problem fast aller dieser Veröffentlichungen besteht im naiven Vertrauen darauf, das Material spreche bereits für, besser: gegen sich. Ohne eine Analyse, die Zitate nicht ausführlicher als notwendig heranzieht, bleiben

Materialsammlungen dieser Art allerdings nicht nur bedenklich, sondern lassen sogar eine gewisse Faszination für die dort versammelten Stimmen erkennen. Der Jugendforscher ähnelt einem V-Mann kurz vorm Durchdrehen, hin- und hergerissen, welcher Seite er denn nun angehören möchte. Dieser Zustand erklärt, warum hier akribisch Notizen vom rechten Rand gesammelt werden, nirgends allerdings ein Blick auf den rechten Mainstream geworfen wird. Ein Transfer zwischen Nazirock als Extrem und der »ganz normalen« rechten Pop-Mitte bleibt aus, weil das »Archiv« und seine Veröffentlichungen sich keiner Kritik des Bestehenden verpflichtet haben, sondern den Schrott gerade mal so verwalten, wie er ihnen ins Haus flattert. Der ist allerdings haarsträubend informativ für alle, die noch Haare auf dem Kopf haben.

Konkret 04/01, S. 46

Georg Seeßlen

Der Zöllner, ein Grenzgänger

Über die Henri-Rousseau-Ausstellung in der Kunsthalle Tübingen

Die Moderne, sagt man hat die Dinge in Bewegung gebracht. Zum Beispiel die Bilder. Die moderne Malerei zeigt nicht, was ist, sondern was geschieht. Sie verlor dabei mehr als Gewißheit und Vertrauen, sie verlor die Fähigkeit des sehenden und denkenden Menschen, sich auf den Schultern von Riesen zu wähnen und daher mit jeder neuen Anstrengung, jeder neuen Auseinandersetzung, jeder Generationenfolge ein klein wenig mehr, ein klein wenig besser, um ein paar Zentimeter genauer zu sehen. Moderne Malerei zeigt etwas, das gerade *noch* nicht und gleich schon wieder nicht *mehr* da ist. Einen Empfindungsübergang, geschaffen von heftig in die Lüfte gewirbelten, mehr oder weniger autonomen ästhetischen Riesenzwergen. Kein Wunder, daß sich die Künstler selber in einer Mischung aus Größenwahn und Selbstzerstörung zum exzessiven Subjekt verrauschen. Kein moderner Künstler könnte von sich selbst behaupten: Ich weiß, was ich kann. So wie er selbst die Bilder in Bewegung gebracht hat, zur Subjektivität, zur Introspektion, zum Phantasma, zur Abstraktion, sieht er sich selbst nur im Blick der anderen, den er, umgekehrt, durch den jeweils nächsten Schritt der Modernisierung seiner Bilder (letzte Station: die radikale Bild-Verweigerung, die leere Leinwand, das sich selbst zerstörende Bild) revolutionär und narzißtisch provoziert. Der moderne Künstler wird nicht »im allgemeinen«, sondern strukturell und kategorisch verkannt. Er produziert vor allem schöne Mißverständnisse. So entsteht, neben der Dynamisierung der ästhetischen Produktion, neben dem ästhetischen Diskurs, auch »der Betrieb«. Der Betrieb regelt den ästhetischen Verkehr, nachdem es keine Meister und Meisterinnen mehr geben kann und sich am Bild rein gar nichts mehr von selbst versteht.

Es gibt freilich keine Bewegung, und also auch nicht die ästhetische Moderne, die nicht einerseits ihr eigenes Gegenteil mit einschlösse und die es nicht andererseits verstünde, den dramatischen Schritt vorwärts mit einem klammheimlichen Schritt zurück zu verbinden. Die moderne Kunst, zum Beispiel, die zugleich Faszination und Angst erzeugt (sieht man einmal von der vitalen Ignoranz jener ab, die mit der Modernisierung der Bilder nichts zu tun haben wollen, weil sie aus der Modernisierung der Welt keinen Nutzen ziehen), begibt sich zugleich auf einen Modernisierungswettlauf mit den Klassen und Kulturen, die sie erzeugen und bezahlen, und entwickelt eine ungeheure Sehnsucht nach der verlorenen, vormodernen, seligen Unschuld. Diese wird immer wieder »gefunden«, vielleicht: in den Bildern der Kinder; in der Kunst der Wahnsinnigen; in der ästhetischen Produktion jener Völker, die sich auch die Moderne nicht »primitiv« zu nennen abgewöhnt hat. Als auch alles dies noch seine Unschuld verloren hatte, entdeckte die Kunst unter dem Stichwort »Pop« die Erzeugnisse der Unterhaltungsindustrie oder verlegte sich nach der Dynamisierung der eigenen Bilder auf die Verlangsamung der Aufnahmen von der dynamisierten Welt des Trivialen. Am Anfang der Moderne stand der Rausch, die träge Welt in heftige Bewegung zu setzen; an ihrem Ende steht der Rausch, einen Augenblick der heftig bewegten Welt auf ewig einzufrieren.

Und dazwischen, wie gesagt, diese endlose Sehnsucht, wieder ursprünglich, naiv, primitiv, barbarisch, kindlich zu sein. Diese in das Projekt der Moderne eingeschriebene »Naivität« ist, man muß das wohl kaum noch betonen, eine pure Konstruktion (und als solche das genaue Gegenteil von dem, was sie eigentlich zu erbeuten glaubt). Es sind die notwendigen Krisen der Moderne, die die (Re-)Konstruktionen des Naiven erzeugen, nicht nur als Rückbindung an das so oder so »Ursprüngliche« und Unschuldige in einem selbsterzeugten Prozeß der Unübersichtlichkeit, sondern auch als eine neue historisch-kulturelle Legitimation der ästhetischen Produktion, die ihre spirituelle ebenso wie ihre handwerkliche Legitimation verloren hat und sich nicht vollständig an den kapitalistischen Markt oder seine Parodien im Betrieb verlieren will. Oto Bihalji-Merin hat noch 1975, anläßlich einer Ausstellung unter dem Titel »Die Kunst der Naiven« in München, eine bizarre Kontinuität behauptet: »Der Entdeckung der afrikanischen Negerplastik für die moderne Kunst folgte die Geburt der naiven Kunst der Träumer und Poeten, die im Dickicht der Großstädte und in deren ländlichen Schatten wohnen. Sie schufen und schaffen ihre sanften und heftigen von Schule und Tradition kaum belasteten, kindhaft-naiven Landschaften der Seele und des Gefühls.«

Die naive Malerei also als eine Art »innerer Negerplastik« der Industriegesellschaften, die Konstruktion des postkolonialen Kunstbarbaren, und zugleich der Wunsch, daß es ein Jenseits zu den ästhetisch-gesellschaftlichen Spielen der »Schulen und Traditionen« gebe, in dem sich zugleich das Modische und das Diskursive für einen Augenblick des reinen »Primitivismus« zur Ruhe setzen kann? Vielleicht ist es doch nicht ganz so einfach.

Henri Rousseau (1844-1910), genannt, wie um sein Leben außerhalb des Betriebs in seinem »bürgerlichen« Beruf zu betonen: »der Zöllner«, scheint für diesen Prozeß des Einschreibens des Naiven in die Moderne wie erfunden. Natürlich: weil er die Anerkennung seiner »modernen« Kollegen früher und eindeutiger als andere erhielt, Picassos vor allem. Rousseaus »Portrait einer Frau« (wir wissen nicht, wer die Portraitierte war), so belehrt uns ein launiger Kommentar in der Tübinger Ausstellung, sei die einzige Frau, die Picasso so lange um sich geduldet habe. Ich erwähne das nur, um zu belegen, daß wir seit der »Negerplastik« im Kunstdiskurs nicht sonderlich viel klüger geworden sind.

Das »Naive« eines Malers wie Henri Rousseau ist also etwas Konstruiertes, das sich aus drei mythischen Grundvorstellungen zusammensetzt:

· Solche Künstler und Künstlerinnen sind nicht an den Akademien ausgebildet, nicht in den Schulen und Traditionen geprägt und nicht in den Betrieb integriert worden. Sie haben, zumindest im größten Teil ihrer Biographie, einen bürgerlichen Beruf, der, wie eben Zöllner oder auch Hausfrau, nichts mit der ästhetischen Produktion zutun hat. Der naive Maler ist ein Dilettant, was man, wenn er oder sie Erfolg hat, natürlich gerade ins Positive wendet. Weshalb man naive Maler gern »Sonntagsmaler« nennt, aber auch »Primitive des zwanzigsten Jahrhunderts«.

· Naive Malerinnen und Maler malen, was sie sehen, und sie wollen, daß man, was sie malen, wiedererkennt. Sie wollen, darin ganz vormodern, eigentlich ein verläßliches Abbild der Welt herstellen, von Landschaften, Menschen, Dingen, sicher auch von großen Ereignissen und kleinen Träumen. Aber dieses Abbild verschiebt sich eben gerade durch ihre sogenannte Naivität von der Maßhaftigkeit, Überhöhung und Rhetorik der vormodernen Figuration. Während also die Moderne die Regeln bricht und immer wieder neue aufstellt, um sie dann sogleich wieder zu brechen, scheint die naive Malerei sich an die Regeln der Abbildung zuhalten, ohne sie freilich ganz zu verstehen, ohne sich von ihnen korrumpieren zulassen. Das also schließt den puren »volkstümlichen« Zweig der Laienmalerei aus, der sich so strikt an die Konventionen hält, daß keine Störung des Subjekts zumindest ästhetischen Widerstand erlaubt. Von der naiven Malerei verlangen wir nicht allein Primitivität (die uns schon einmal vor Kitsch zu bewahren hätte), sondern am Ende »individuelle Primitivität«. Der naive Maler verfehlt, bewußt oder nicht, die Idealisierung und Ideologisierung des Bildes. Er oder sie entdeckt für sich einen mehr oder minder »magischen« Realismus, den die *Vormoderne verloren* hat, da *sie* die Welt zerfallen ließ in Symbol und Augenblick, und den die Moderne scheuen mußte, soweit es für sie kein gesellschaftliches Subjekt gibt (moderner Realismus kann nur ein parteilicher Realismus sein, der Adressaten und Feinde definieren kann, ein Realismus in der Zeit: ein politischer Realismus). Daher hat man die naiven Maler auch die »Maîtres Populaires de la Réalité« genannt, worin mindestens ein halbes Dutzend jener Widersprüche steckt, welche die Kunst seit Mitte des vorvorigen Jahrhunderts bestimmen.

· Drittens sollen die naive Malerin und der naive Maler Künstler wahrhaft reinen Gemüts sein, kleine Prinzen (und Prinzessinen),die mit dem Herzen sehen, die weder den Gedanken noch die Berechnung, nicht einmal die Geschichte zwischen die Welt und ihre Staffelei lassen. Weshalb man sie auch die »Maler des Instinkts« oder gar (wie Wilhelm Uhde, der »Entdecker« von Henri Rousseau) »Maler des Heiligen Herzens« genannt hat.

Das Einschreiben eines offensichtlich nicht oder nur unfreiwillig modernen Zweiges der ästhetischen Produktion unter den Zeichen von Dilettantismus, Instinkt und Heiligkeit in das Projekt der Moderne ist freilich mehr als eine mythische die einen kategorischen Unterschied zwischen der naiven und der modernen Malerei machten, auch wenn der »Betrieb« die »Naiven« gern als Clowns und (bürgerliche) Exoten in der exotisierten Welt der Bohème betrachten. Neben Picasso haben sich Braque, Juan Gris und Jean Delaunay direkt von Bildern Rousseaus anregen lassen; die »pittura metafisica« verdankt ihm so viel wie der Surrealismus. Und doch bleibt bei all dieser Anerkennung jemand wie Henri Rousseau »draußen«. Man nimmt ihn halbernst, streicht ihm sozusagen zärtlich über den Kopf, während man ihn dann doch nicht an den Tisch der Großen läßt. Auch die Ausstellung in Tübingen nennt Rousseau ja einen »Grenzgänger zur Moderne«, was man so oder so auffassen kann (historisch, biographisch, methodisch etc.), aber die eigene ästhetische Konzeption erst einmal unterschlägt.

Diese »naive Malerei«, die alle paar Jahre wieder zur Mode wird, ist auch mehr als eine Füllung der Lücken zwischen dem Populären und dem Modernen (so als könnte sie gelegentlich ein von den radikalen Modernen abgehängtes Publikum abholen, das noch nicht vollständig an den Kitsch verloren scheint).

Scheinbar paradoxerweise verliert die Malerei durch die Selbstmodernisierung und Beschleunigung einen Teil ihrer Fähigkeit, die Modernisierung der Welt wahrzunehmen. Es gibt erstaunlich wenig Malerinnen und Maler, die zu den entsprechenden Zeiten in der Lage waren, eine Maschine, eine Dampflokomotive, eine Stromleitung darzustellen, ohne daraus ein apokalyptisches oder ein heroisches Symbol zu machen - was vermutlich mit der Unmöglichkeit eines »objektiven« Realismus in der Moderne ebenso zu tun hat wie mit der Biographie der ästhetischen Produzenten selber. Nicht einmal Wassily Kandinsky konnte einen Eisenbahnzug und eine die Schienen begleitende Stromleitung anders als im Zustand des Verschwindens darstellen. Henri Rousseau dagegen, das zeigt eine höchst instruktive Gegenüberstellung in der Tübinger Ausstellung, konnte das nämliche Sujet in vollständiger Gelassenheit wiedergeben. Denn seinem Blick offenbart sich eine Welt, wie sie ist, und eine Stromleitung mit ihren porzellanweißen Isolatoren ist nicht Verstellen und Zerstören von Natur, sondern »nur« etwas, was vor den eigenen, neugierigen Augen statthat.

Nicht viel anders verhält es sich mit Landschaften, mit Stilleben, mit Portraits. Die »naive Malerei« muß da nicht nur eine äußere Wirklichkeit retten, die der Moderne verlorengeht, sondern paradoxerweise auch die Modernität dieser Welt. Zum Beispiel interessiert sich dieser »naive« Blick so sehr (und manchmal, gewiß, auch manisch) für das Muster einer Tapete, ‚die Kleidung von Portraitierten, Reklametafeln, mehr für die einzelnen Blätter und ihre Texturen als für die »Erscheinung« eines Baumes, für die technische Konstruktion einer Brücke undsoweiter. Wenn etwas da ist, dann wird es auch gemalt, egal, was es ist, und unabhängig von einer »Hierarchie« der Wahrnehmung, und das Bild, dies ist vielleicht die radikalste Antwort der »naiven Malerei« auf die Moderne, wird »gefüllt«, alles wird »ausgeführt«, nichts angedeutet oder verwischt.

Diesen Vorgang der »Füllung« eines Bildes kann man bei Rousseau sehr schön an der Gegenüberstellung der ersten Skizze einer Pariser Szene und ihrer schließlichen Ausführung studieren: Da haben wir eine hochmoderne, fragmentarische »Aufnahme« mit verwischten Farben, sich zersetzenden Formen, am Rand zur Abstraktion. Ein Bild, das sich nahtlos ins Werk all jener Malerinnen und Maler einordnen ließe, die sich vom Figurativen zur Abstraktion bewegt haben. Aber dann erst, aus diesem so modernen Augenblick heraus, beginnt Henri Rousseau seine eigentliche Arbeit. Er bringt Formen und Farbe zur Ruhe, er füllt das Bild mit allerlei Details, die man gegenüber der Kühnheit des skizzierten Entwurfs ganz und gar überflüssig finden könnte, und auf die zwar undeutliche, aber nach der Erfahrung der Wahrnehmung so stimmige Zuordnung der rohen Bildelemente folgt eine Enthierarchisierung, die Auflösung der Tiefenstruktur für den Blick, als könnten wir das Entfernte so genau sehen wie das Nahe. Kurzum: In dieser Abfolge, die wir wohl als eine Entmodernisierung eines Bildes durch seine Ausführung bezeichnen könnten, siegt das Bild noch einmal über den Blick.

Etwas ganz ähnliches ist an den Dschungelbildern zu beobachten, für die Henri Rousseau berühmt geworden ist und die ihrerseits neben der modernen Kunst auch in die Ikonographie der Popkultur eingeschrieben wurden. Naive Malerei, das macht sie besonders für die Entwicklung der Comics so bedeutsam, ist nämlich nicht nur eine figurative Kunst, die zuallererst ein Abbild dessen, was da ist (in der Welt oder im Kopf), anstrebt, sondern auch eine narrative Kunst. »Naive Bilder« erzählen fast immer Geschichten. Daher sind Rousseaus Dschungelbilder, häufig entstanden nach populären Illustrationen und Abenteuerbildern der Massenpresse, nicht so sehr Traumbilder, wie etwa die von Salvador Dali oder Max Ernst, sondern Bilder von Träumen. Sie *erzählen* einen Traum, der durch die Verwendung der Vorlagen so eng und direkt mit der Wahrnehmung der Zeit verbunden ist wie die Landschafts- und Architekturbilder.

Rousseau hat immer wieder auch umwerfend komische Bilder gemalt. Über ein Bild wie »Kind und Kasperle« könnte man unentwegt lachen: Da hat ein durchaus stämmiges, Mondgelocktes Kind in den Falten seines hochgerafften Hemdes eine Menge Wiesenblumen, während es am ausgestreckten anderen Arm einen Hampelmann hält, dessen Gesicht mit dem Schnurrbart die Züge all der »guten Bürger« trägt, die Rousseau portraitiert. Die absurde »Geschichte«, die dieses Bild aus dem Jahr 1903 erzählt, wird noch dramatisiert dadurch, daß beide, das Kind und der Hampelmann uns direkt ansehen und wir kaum anders können, als im Blick des Kindes böse, entschlossene Macht und in dem des Hampelmanns verzweifelte Bitten um Hilfe zu lesen.

Allerdings: Ein Bild wie »Der Krieg oder Die reitende Zwietracht« überschreitet diese Ästhetik der Lesbarkeit ebenso wie manche von Rousseaus Portraits. Hier scheint der Zorn sich direkt und ohne Erzählung auf die Leinwand zu pressen, und wenn man dieses Bild ansieht, meint man noch aus der Nähe den schnellen und wütenden Pinselauftrag zu erkennen, der doch in den meisten anderen Bildern eine so gleichmütige Konsistenz aufzuweisen hat, so als könnte man *spüren,* wie sich da einer Zeit nimmt, sein Bild der Welt so lange zu bearbeiten, bis es »gefüllt« ist. Was verborgen ist in diesen Bildern, ist es in der Form eines Rebus - und Rousseaus Wälder, denen er als *Kulissen* die Bürde abgenommen hat, Abbild wirklicher Fauna zu sein, scheinen geradezu als Verstecke geschaffen. Sie entwickeln einen Wahrnehmungssog, der auf eine andere »moderne« Wahrnehmungsauflösung hinzuweisen scheint. Dahinter bleibt die Welt verschlossen, insoweit sie zu malen wäre; der Wald ist die Grenze der Wahrnehmung, ein Vorhang. Die »tropischen Keime«, die Henri Rousseau in die bürgerliche Welt der Industrialisierung setzt, haben ihre Begrenzungen in sich selbst; indem er »zeigt« und »erzählt«, ausführt und füllt, nimmt er einen Teil der Zumutungen zurück (wie gesagt: es gibt Ausnahmen), und so charakterisiert sich vielleicht noch einmal das »Naive« als paradoxer Mythos im Prozeß der Moderne, der vielleicht nie vollständig an sich selbst geglaubt hat (darin im übrigen dem Parallel-Prozeß, der Aufklärung im Zeitalter ihrer technischen Vervielfältigbarkeit verwandt). Da muß ein »naiver Maler« wie Rousseau jene Schritte zurück tun, die die moderne Malerei nach vorn macht, um die nach vorn zu tun, die die moderne Malerei zurück getan hat. Und er ist insofern der Falle zwischen Größenwahn und Selbstzerstörung enthoben, als er sich mit seinen Bildern nicht in den Blick des Publikums drängen muß, sondern, auch das sagt man so von den » Naiven«, erst einmal für sich selber malt.

Henri Rousseau hat, aufmerksam und gelassen, eine bürgerliche Welt gemalt, in die auf der einen Seite die Moderne, nicht sonderlich willkommen, hereinbricht und aus der auf der anderen Seite das Barbarische hervorquillt, das noch viel weniger

willkommen ist. Das ist sehr poetisch, manchmal wundervoll komisch und ein paarmal auch, immer noch, erschreckend.

Die Ausstellung ist noch bis zum 17. Juni 2001 in der Kunsthalle Tübingen (Philosophenweg 76, Di-So 10-20 Uhr) zu sehen. Das Katalogbuch von Götz Adriani kostet 98 (für Ausstellungsbesucher 39) Mark und ist bei Dumont erschienen.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 3/2001 u.a. über Politik mit Kunstausstellungen

Konkret 04/01, S. 49

Gerd Fittkau

Buch & Deckel

Holger Schatz/Andrea Woeldike: Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion. Unrast Verlag, Münster 2001, 204 Seiten, 29,80 Mark

Wie Hannah Arendt bei ihrem Besuch in der gerade gegründeten Bundesrepublik 1950 feststellte, ist die ständige Geschäftigkeit des Deutschen dessen trainierte Form der Verdrängung der Wirklichkeit. Den Nationalsozialisten gelang es, die entfremdete Arbeit zu erotisieren, die »Arbeit an sich«. Der nationale Gründungsmythos »deutsche Arbeit« galt als Ort der »Unschuld«. Mit Luther und Hitler: Nicht *was*, sondern *wie* einer arbeitet, zählt.

Die Autoren versuchen, in der Entstehungsphase der »deutschen Nation« die Geburt einer »nationalen bzw. deutschen Arbeit« als historische Eigentümlichkeit zu belegen. Die deutsche Reformation etablierte die protestantische Arbeitsethik, daß nur der sich nähren dürfe, der im Schweiße seines Angesichts dem lieben Herrgott arbeitend dient. Nachdrücklich wird daran erinnert, warum Schüler in diesem Lande fast zwei Jahrhunderte die »Glocke« auswendig lernen mußten. Der Mythos der »deutschen Arbeit« mit den Wunschmerkmalen Fleiß, Disziplin und Pünktlichkeit wurde in der deutschen Romantik von einer Erlösungs- und Befreiungsmetaphorik überwölbt.

Schatz/Woeldike zeichnen nach, daß das Bild des tüchtigen Michel immer begleitet wurde von Ausgrenzungsprozessen und Haßtiraden gegen die »Nicht-Arbeiter«. Das Bild des Wucherers wird ab der Gründerzeit vom »bösen jüdischen Finanzkapital« abgelöst. Den Gipfel der Entwicklung erreichen die Nationalsozialisten mit ihrer »Versöhnung« des produktiven »Volkes« in einer korporativen Volksgemeinschaft mit gleichzeitigem Vernichtungswahn gegen die vorgeblichen »Schmarotzer«. Der »rheinische Kapitalismus« zeichnet sich bis heute durch Sozialpartnerschaft und ein Bündnis für Arbeit aus. Ein Muster, das sich schnell mit Ressentiments aufladen läßt, wie die letzten zehn Jahre zeigen.

Das Buch steht in der Tradition der Kritischen Theorie; es ist gleichermaßen stark in der Recherche und in der marxistischen Analyse. Leider fehlt eine stärkere sozialpsychologische Grundierung des (Arbeits-)

Wahns.

Konkret 04/01, S. 49

Frank Schäfer

Buch & Deckel

Wolfgang Bortlik: Halbe Hosen. Edition Nautilus, Hamburg 2000, 190 Seiten, 35 Mark

Taugenichtse seien sie, liest man allenthalben, die Helden aus Bortliks zwei Romanen, *Wurst & Spiele* (1998) und nun *Halbe Hosen*. Aber der klassische Pikaro, der tumbe Tor, zieht immerhin hinaus in die Welt, um sein Glück zu machen, das Fürchten zu lernen oder was auch immer. Bortliks Protagonisten bleiben zu Hause, liegen in der Fensterbank und mehren höchstens ihre Animositäten gegenüber der kapitalistischen Welt, in die man sie schuldlos hineingeboren hat. Auch Dickie Tarrach ist so einer: ein ehrgeizloser, versoffen-hedonistischer und zu allem Überfluß auch noch etwas larmoyanter Cunctator, der sich als Gelegenheitsfeuilletonist sein Taschengeld verdient und ansonsten von seiner Frau, einer reichlich toughen Artist&Repertoire-Managerin bei einem großen Plattenlabel, ausgehalten wird. Tarrach tritt auf der Stelle, und ihm passieren auch keine Aventiuren, sondern krude Alltäglichkeiten, die diesem lebensuntüchtigen Romantiker aber selbstredend ziemlich abenteuerlich vorkommen. Was diese Welt ihm vorenthält, das richtige Leben, holt er sich in seinen nostalgisch verbrämten Erinnerungen an die wilden Jahre als Anarch- resp. Surrealist – und in der Rockmusik.

Ohne unverschämt werden zu wollen, aber zumindest was diese Passion betrifft, korrespondiert der Autor mit seinem Helden. Bortliks Prosa steckt voller Anspielungen auf Songs, Bands und Attitüden des Rock ’n’ Roll. Wer sich hier auskennt, hat sicher mehr Spaß beim wiedererkennenden Lesen (so verweist das infernale Freundes-Trio Tarrach, Hildebrand und Ruginstein auf Achim Reichels Kombattanten bei den deutschen Beatles-Adepten The Rattles). Aber diese durchaus intrikate Prosa wildert eben nicht nur in der Popkultur, sondern zieht auch immer wieder alludierend die abendländische Literatur- und Geistesgeschichte heran: den vergessenen expressionistischen Lyriker Ferdinand Hardekopf etwa, Poes »Gordon Pym« etc. Was dann aber schon bald zu enervieren beginnt, ist der prätentiöse Sound des Romans, die aufgekratzte, mutwillige, Anglizismen-gesättigte Sprache, die sich in forcierter Kalauerei gefällt, aber allzuoft eben doch nur das naheliegendste Wortspiel entdeckt (»in seinem nichtjugendlichen Leichtsinn«, »alle Hoffnungen einen fahren ließen«). Hinzu kommen gelegentliche metaphorische Schieflagen (»Leberwurstaugen«) und die bisweilen einfach zu platten sprechenden Namen (»Wichtigstadt« für Zürich, »Dürrenast« und »Frosch« für die beiden Schweizer Weltliteraten). Das alles will auf Teufel komm raus lustig sein – und ist ziemlich oft doch bloß verkrampft. Und ob Bauchnabel-Piercing noch ein lohnendes Ziel zeitgenössischer Satire ist, möchte ich auch mal bezweifeln.

Konkret 04/01, S. 49

Hartwig Vens

Buch & Deckel

Burkhard Schröder: Nazis sind Pop. Espresso, Berlin 2001, 159 Seiten, 24,90 Mark

Schon dieser Titel! Auch in Burkhard Schröders neustem Werk dominiert der plump formulierte Aussagesatz. »Wer die Wirklichkeit nicht begreift, der findet nicht die richtigen Worte – und umgekehrt. Fehlt der Begriff für ein Objekt, kann man es nicht erkennen und auch nicht damit umgehen. Begriffe sind verräterisch, sie zeigen, was derjenige, der sie benutzt, über die Welt denkt ... Demagogen kennen das Rezept, durch die Sprache zu manipulieren. Verliert ein Volk, eine Gesellschaft ihre Sprache, kann sie nicht mehr kommunizieren.« So klumpt es 150 Seiten lang.

Inhaltlich stützt sich *Na□ is sind Pop* auf ganze zwei Thesen: 1. Rassismus in Deutschland liegt im spezifisch deutschen Verständnis der Nation als Abstammungsgemeinschaft begründet. – Sehr richtig, nicht sehr neu. Im Zuge seiner Tiraden gegen staatlichen wie linksradikalen Antifaschismus trägt es Schröder dann jedoch aus der Kurve: »Militanter Antifaschismus nach dem Motto □Keinen Fußbreit den usw.□ spiegelt nur die braune Kehrseite, jede Fraktion braucht die mediale Präsenz der anderen, um die Gruppe nach innen zu festigen und den Sinn der eigenen Arbeit zu rechtfertigen.« Die totalitarismustheoretische Gleichsetzung des Extremismus von rechts und links stammt nicht aus dem »Bayernkurier«.

2. Der neue Nazismus ist längst kein Subkultur- oder Nischenphänomen mehr, sondern, insbesondere in den neuen Bundesländern, längst gesellschaftlicher Mainstream. Die rechten Werte und Begriffe werden dabei insbesondere durch das popkulturelle System symbolischer Differenz verbreitet. – Rechte Gesinnung ist nach Schröders Verständnis somit »Pop«. Der einfältige Popbegriff ist an Schröders Buch aber noch das geringste Problem. Schwerer wiegen sein affirmativ-liberalistisches, den gegenwärtigen Rechtsradikalismus verharmlosendes Verständnis von Meinungsfreiheit sowie der Ausweg, den er aufzeigt. Retten werden uns nämlich die (als differenzlose Gemeinschaft aufgefaßten) Migranten, insbesondere die »turkish community«. Die potentiellen und faktischen Opfer des deutschen Rassismus sind hier diejenigen, »die unsere Nation zum Besseren verändern werden«.

–

Konkret 04/01, S. 50

Peter Hacks

Egon Krenz – Herbst 89

An Stelle einer Rezension. Behutsam gekürzt, mit Zwischenüberschriften versehen und tiefer gehängt

7.7.1989

Ein klares Wort

Wenn Gorbatschow philosophiert, ist er in seinem Element.

Einen Weg zurück zum Kapitalismus, meint Gorbatschow, würden die Menschen in der Sowjetunion nicht zulassen.

Das ist ein klares Wort. (S. 15)

7.7.1989

Gefährliches Mißtrauen

Honecker vermutet, der KpdSU-Generalsekretär spiele ein falsches Spiel hinter dem Rücken der DDR. Mir ist die Übereinstimmung mit der Sowjetunion wichtig. Mir ist unwichtig, wer in der Sowjetunion an der Spitze steht, ob es Gorbatschow oder Ligatschow ist. Honeckers Mißtrauen gegenüber Gorbatschow kann für die DDR gefährlich sein.

Sieht Honecker in Gorbatschow tatsächlich einen Mann des Westens? Ich will es nicht glauben. (S. 20/28)

27.7.1989

Eine Einladung I

Am 27. Juli bin ich mit Rechtsanwalt Gregor Gysi verabredet. Ich weiß, daß er sich als Anwalt und Verteidiger einen Namen gemacht hat. Zu seinen Mandanten gehören auch Bürger, die zur DDR in Opposition stehen.

Mich interessiert seine Sicht auf die DDR. (S. 41)

Anfang August 1989

Honeckers Gesundheitszustand

Honecker ist gesundheitlich geschwächt. Er nimmt den Ernst der Lage nicht mehr wahr.

Im Politbüro muß unbedingt die reale Situation erörtert werden. Ich sage dies Erich Honecker am Telefon. Er antwortet: »Mach keine Panik!«

Ich verzweifle: Was muß eigentlich noch geschehen, damit einige erwachen? (S. 46)

3.8.1989

Eine Einladung II

Zu meinen Gesprächspartnern gehört auch Markus Wolf. In der DDR war er bis 1986 Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit und Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung. Danach widmete er sich dem literarischen Erbe seines Vaters und seines Bruders.

Mischa Wolf betätigt sich nach seinem Ausscheiden aus dem MfS als Schriftsteller. Sein Ausscheiden aus dem Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit hat keine politischen Gründe. Es ist ein Zusammentreffen verschiedener persönlicher und familiärer Umstände.

»Wenn du schon hier bist«, sage ich, »würde ich gerne erfahren, wie du die gegenwärtige Situation in der DDR siehst?«

»Darauf bin ich eigentlich nicht vorbereitet«, antwortet Wolf. (S. 47/48/50)

11.8.1989

Honeckers Vernunft

Ich überhöre Honeckers Ausflug in die Geschichte. Mir geht es um hier und heute. Ich hoffe auf Honeckers Vernunft.

Nachdrücklich, als wolle er mich zurechtweisen, sagt er: »Nimm dich nicht so wichtig. Du bist hier nicht unentbehrlich.«

So kann man die beste Absicht in Mißkredit bringen.

Honecker entzieht mir vor dem Politbüro sein Vertrauen. (S. 54/55)

12.9.1989

Die Jugend setzt ihre Erwartungen in mich

Eberhard Aurich, 1. Sekretär des Zentralrats des FDJ, schaut mich an. Dann sagt er: »Egon, komm zurück nach Berlin! Mit Honecker geht da nichts mehr.«

Ich versuche, gelassen zu bleiben. Auch ich sehe, daß Honecker mit seiner Kraft am Ende ist. Mir ist klar: Es muß dringend gehandelt werden. Und dennoch habe ich Skrupel, den kranken Mann so kurz vor dem 40. Jahrestag der DDR zu stürzen.

Ich bin zutiefst von der Lauterkeit der persönlichen Ambitionen Erich Honeckers bis zu jenem Zeitpunkt überzeugt gewesen, bis er wider besseres Wissen, wider die Warnungen von Mitgliedern des Politbüros, von Wissenschaftlern und Künstlern, wider die Erfahrungen der Sowjetunion an starren Dogmen festhielt. (S. 58/59/60)

Juni 1984

Eine Erinnerung

»Also, Genosse Kreuz«, beginnt in einer Sitzungspause der Marschall der Sowjetunion Ustinow das Gespräch, »Sie müssen einmal das Erbe übernehmen. Sehen Sie nicht, daß Ihr Chef alles verspielt?«

Ich bin konsterniert. Worauf soll das hinaus?

Ustinow nippt an seinem Teeglas. »Meinen Sie nicht, daß die Zeit ihres Generalsekretärs abgelaufen ist? Wollen Sie dies nicht in Ihrem Politbüro besprechen?«

Mich überrascht diese Direktheit. (S. 61)

Februar 1989

Noch eine Erinnerung

Einen weiteren ernsthaften Versuch, mich zur Absetzung Honeckers zu bewegen, macht® Gerhard Schürer. Er lud mich in sein Ferienhaus an der Ostsee ein.

Ohne Prolog sagt er: »Wir müssen Honecker stürzen.«

Ich frage: »Und wie willst du das machen?« (S. 63)

12.9.1989

Parteidisziplin

Ich weiß, daß in Berlin mehrere Mitglieder des Politbüros auf eine gründliche Aussprache drängen. Ist es zu große Vorsicht und Rücksichtnahme oder ist es Feigheit, daß ich nicht nach Berlin fahre, um mich Honecker entgegenzustellen?

Viele werden es so sehen. Ich nicht.

Ich bin seit frühester Jugend überzeugter Kommunist. Die Partei ist mein Leben. Meine Parteidisziplin, die ich mir selbst auferlegt habe, verbietet mir jede Art von Fraktionstätigkeit. (S. 66)

1.10.1989

Das Maß ist voll

Ich bin auf dem Flug von Peking nach Berlin. Mitarbeiter der Botschaft haben mir eine Presseübersicht zusammengestellt. Ich kann kaum glauben, was ich da lese.

Die Flüchtlinge »haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen keine Träne nachweinen.«

Diesen Satz hat Erich Honecker geschrieben.

Jetzt darf nicht mehr ein Tag vergehen, ohne zu handeln. (S. 74)

8.10.1989

Freunde des Vaterlandes

Ich habe mich - wie schon erwähnt - seit langem mit Genossen beraten, von denen ich weiß, daß sie in der starrsinnigen Haltung Honeckers eine Gefahr für die DDR sehen. Dazu gehören vor allem Siegfried Lorenz und Wolfgang Herger; Willi Stoph, Harry Tisch, Werner Jarowinsky, Gerhard Schürer, Alexander Schalck und Wolfgang Junker. Erich Mielke weiß von unseren Absichten. Günter Schabowski stieß Anfang Oktober dazu.

Schabowski ist ein schwieriger Charakter, nach allen Seiten offen. (S. 79/80)

8.10.1989

Gegen Gewalt I

Jetzt treten auf den Straßen DDR-Bürger gegen die gegenwärtige Politik ihrer Führung auf, darunter viele SED-Mitglieder. Wir dürfen sie nicht zu Feinden abstempeln.

Gewalt gegen DDR-Bürger ist in jedem Fall ein Anschlag auf die DDR selbst, die beansprucht, der Staat der Werktätigen in Stadt und Land zu sein. Auch nur ein Tropfen Blut würde jeden Gedanken an eine reformierte DDR begraben. (S. 81)

8.10.1989

Der grobe Generalsekretär

Honecker ruft mich schon an. Grob sagt er: »Deine Erklärung ist Unsinn. Sie ist eine Korrektur unserer bewährten Politik.«

Ich rufe Lorenz in Karl-Marx-Stadt an, berichte ihm, daß Honecker unsere Erklärung ablehnt.

Ich gehe zu Schabowski.

Ich rufe Stoph und Tisch an und informiere sie über die ablehnende Haltung des Generalsekretärs.

Ich rufe Modrow in Dresden an. Ich informiere ihn, daß ich vorhabe, dem Politbüro gegen Honeckers Willen eine Erklärung zur politischen Situation in der DDR zuzuleiten.

Honecker fühlt sich von mir im Stich gelassen. (S. 84/85/89)

10.10.1989

Eine schicksalsschwere Entscheidung

Es ist die schicksalsschwere Entscheidung zu treffen: Handelt es sich um eine Konterrevolution oder um eine Volksbewegung?

Von der Antwort auf diese Frage hängt viel ab. (S. 95)

10.10.1989

Eine Vorlage

An dieser Stelle unterbricht mich Honecker. So, als würde ich eine feindliche Gruppierung anführen, fordert er mich auf: »Sage offen, was du willst. Wer steckt hinter der Vorlage?«

Er zitiert aus der Vorlage: »Es werden Änderungen in der Politik und der sie in Partei und Regierung repräsentierenden Personen erwartet.«

Honeckers Frage, wer dahinter steckt, ist ein direkter Angriff gegen mich. (S. 97/98)

10.10.1989

Die Faktion der Betonköpfe

Mittag tritt für ein Kampfprogramm ein. Wie dies aussehen soll, sagt er nicht.

Auch Herrmann führt die Lage in der DDR auf die Perestroika zurück.

Honecker versucht zu kitten, was nicht mehr zu kitten ist. »Ich bin für den politischen Kampf, doch für die Konterrevolution gibt es kein Pardon«, sagt er. (S. 100)

10.10.1989

Die Faktion der revolutionären Gorbatschowisten

Am Abend fahre ich zu Willi Stoph in die Wohnung. Ich stelle ihm die Frage: »Willi, ist es' jetzt nicht an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen?«

Stoph antwortet: »Für Erichs Absetzung brauchen wir eine Mehrheit. Sprich du mit den Sekretären des ZK, mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen, die dem Politbüro angehören, mit Harry Tisch und Erich Mückenberger. Ich spreche mit den anderen.«

Mit Lorenz, Schabowski und Herger vereinbare ich danach, wer mit welchen Genossen aus dem Politbüro spricht. (S. 101)

12.10.1989

Generalprobe

Gegen 13.00 Uhr beendet der Generalsekretär seine Ausführungen. In der Pause gehe ich zu Günther Jahn.

»Günther«, sage ich, »sprich Klartext. So kann es nicht weitergehen.«

»Klartext, Egon«, antwortet Jahn, »heißt für mich sein ehrenhafter Rücktritt.«

»So ist es«, sage ich.

Dann spricht Günther Jahn. Er erhebt sich von seinem Platz. Dann beginnt er: »Genosse Generalsekretär, ich stehe auf, um dir offen und ehrlich in die Augen zu schauen. Was wir jetzt brauchen, ist eine Politik des vernünftigen Dialogs und der ausgestreckten Hand gegenüber den oppositionellen Kräften. Deshalb fordere ich dich, Genosse Generalsekretär, auf, daraus auch die persönliche Kaderkonsequenz zu ziehen.«

Es ist still im Saal. Wohl jeder spürt die Tragweite dieses Moments. (S. 102/103)

13.10.1989

Gegen Gewalt II

Mein Bild vom Sozialismus ist durch praktische Mitarbeit und erlebten Humanismus in der DDR geprägt. Gewalt gegen das eigene Volk hat darin keinen Platz. (S.105)

13.10.1989

Schulterschluß

Der sowjetische Botschafter sagt seine Unterstützung zu.

Danach sage ich: »Am Dienstag wird Willi Stoph im Politbüro vorschlagen, Genossen Honecker von seinen Funktionen abzusetzen und mich zum Generalsekretär zu wählen.«

Kotschemassow zeigt sich im Bilde.

Wichtig ist die Abstimmung mit den sowjetischen Militärs. Es ist meine feste Überzeugung, daß uns nur der feste Schulterschluß mit der Sowjetunion ermöglichen wird, die politische Krise der DDR zu überwinden. (S. 108)

14.10.1989

Unterrichtung der Zentrale

Gorbatschow soll nicht für uns die Arbeit machen. Aber Bescheid wissen muß er.

Ich treffe mich mit Harry Tisch in meiner Wohnung. Wir besprechen, was wir Gorbatschow mitteilen wollen. Ich diktiere: »Genosse Kreuz informiert Sie darüber, daß vorgesehen ist, daß Genosse W Stoph auf der Sitzung des Politbüros am Dienstag, dem 17. Oktober, die Absetzung Erich Honeckers beantragen wird. Gleichzeitig wird er Genossen Krenz für die Funktion des Generalsekretärs vorschlagen.« (S. 109/110)

17.10.1989

Die Ideen des Oktober

24 Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sind im Sitzungssaal versammelt. Honecker scheint nicht zu ahnen, was Stoph in wenigen Minuten vorschlagen wird. »Gibt es noch Vorschläge zur Tagesordnung?« fragt er.

Stoph meldet sich.

»Ja«, sagt er, ohne seine Stimme zu senken oder zu heben: »Ich schlage vor: Erster Punkt der Tagesordnung >Entbindung des Genossen Erich Honecker von seiner Funktion als Generalsekretär und Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär<.«

Äußerlich ist der Generalsekretär gefaßt. Was mag durch seinen Kopf gehen? Fast gleichgültig sagt er:

»Gut, dann eröffne ich die Aussprache.«

Alle Mitglieder und Kandidaten sprechen sich für seine Ablösung aus. Er hat mit seiner Einstellung zur Politik der KPdSU und zu Gorbatschow den brüderlichen Beziehungen zur Sowjetunion die Grundlagen entzogen. (S.115/116)

17.10.1989

Als designierter Generalsekretär der SED benenne ich mein Programm

Meine Mitarbeiter haben einen Redeentwurf vorbereitet. Wir streiten, verwerfen, formulieren neu. Um das Wort »Wende« wird heftig gerungen. Übernehmen wir die russischen Worte »Perestroika« und »Glasnost«?

Ich entscheide mich für die Formulierung: »Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten«. (S. 120)

18.10.1989

Als gewählter Generalsekretär der SED verkünde ich mein Programm

»Mit der heutigen Tagung«, sage ich, »werden wir eine Wende einleiten.«

Wir betrachten, betone ich, »die Umgestaltung in der UdSSR als einen unumgänglichen Vorgang, den die KPdSU mit ihrem Generalsekretär Michail Sergejewitsch Gorbatschow kühn in Gang gesetzt hat.« Ich unterstreiche: »Vom Erfolg der Umgestaltung in der Sowjetunion hängt die Zukunft des Sozialismus ab.«

Die ZK-Tagung ist gegen 15.50 beendet. Schon kurz nach 14.00 Uhr trifft ein Glückwunschtelegramm von Gorbatschow ein. (S. 128/129/131)

24.10.1989

Neue Köpfe braucht das Land

Immer öfter wird gefordert: Neue Köpfe braucht das Land!

Einige gehören dem Politbüro seit 1950 an. Ich sage daher während der Sitzung, jeder möge zunächst selbst nachdenken, ob er seinen Rücktritt erklärt. (S. 156)

25.10.1989

Mischnick und der Umtauschkurs

Mischnick ist ein anregender Gesprächspartner. Ein Thema ist der Reiseverkehr.

Ich »denke laut«.

Beide Staaten könnten einen Reisemittelfonds bilden. Wir gehen davon aus, daß jeder, der in die BRD fährt, einmal jährlich mindestens 300 DM umtauschen kann. Der Erwerb von DM ist durch den Umtausch von Mark der DDR zu einem Kurs von 1:4,40 möglich. (S. 158)

28.10.1989

Honeckers Mißverständnis

Bevor ich mich von Margot Honecker verabschiede, treffen wir ihren Mann. Er verhält sich mir gegenüber äußerst reserviert. Leider geht er immer noch davon aus, daß Gorbatschow mich zu seinem Sturz angestiftet hat.

Welchen Sinn macht es noch, ihm das auszureden? (S. 172)

28.10.1989

Opfer des Schicksals

Aus mehreren Bezirken kommen Informationen, daß es Streiks geben werde, wenn Harry Tisch nicht als Vorsitzender des FDGB-Bundesvorstandes zurücktritt.

Er tut mir leid. Wir kennen uns seit über 30 Jahren. Er gehört zu denen, die bei der Absetzung Honeckers eine sehr aktive Rolle gespielt und viel riskiert haben. Noch vor knapp zwei Wochen war er bei Gorbatschow, um über unsere Pläne für die Absetzung des Generalsekretärs zu informieren. Jetzt trifft es ihn selbst.

So gnadenlos ist Politik. (S. 173)

30.10.1989

Ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage

Nun habe ich die Analyse auf meinem Schreibtisch. Schürer und Schalck überreichten sie mir. Ihr bisheriger Chef Mittag konnte sie nicht mehr beeinflussen. Die Autoren verlangen die Beseitigung des zwiespältigen Verhaltens zur Umgestaltung in der Sowjetunion.

Die Analyse ist mit weitreichenden politischen Schlußfolgerungen verbunden:

»Um der BRD den ernsten Willen der DDR bewußt zu machen, ist zu erklären, daß noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden, die heute existierende Form der Grenze zwischen den beiden Staaten überflüssig zu machen. Die DDR ist bereit zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame

Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bemühen sollen.« Ich stimme zu. (S. 174/179/180)

31.10.1989

Rücktritte

Ich informiere das Politbüro, daß inzwischen auch Axen, Mielke, Mückenberger und Neumann ihren Rücktritt angeboten haben. .

Das reicht allerdings noch nicht.

Ich sage an die Adresse der Alten: »Ja, es geht um die Existenz der Arbeiter- und Bauernmacht. Doch es muß endlich ausgesprochen werden, daß wir uns selbst in diese Lage gebracht haben. Ich erinnere nur an das SPUTNIK-Verbot.« (S. 183/184)

1.11.1989

Bei Gorbatschow in Moskau

Ich bleibe beim Thema: »Fragen wie die Mauer werden neu aufgeworfen. Die DDR befindet sich in der komplizierten Situation, diese Dinge verteidigen zu müssen, obwohl sie nicht mehr in die Zeit passen.«

Gorbatschow meint, die Zeit sei reif, dies alles neu zu durchdenken. Er schlägt vor, die Mark der DDR konvertierbar zu machen.

Unterwegs fragen mich meine Mitarbeiter: »Wie war's?«

»Sehr gut«, antworte ich.

Die Atmosphäre beim Essen ist herzlich. (S. 198/199/202)

4.11.1989

Das Volk hat gesprochen

29 Politiker, Schriftsteller, Künstler, Vertreter der Kirche, Journalisten, Juristen, Hochschullehrer und Studenten haben gesprochen. Manchmal läuft es mir kalt über den Rücken. Ich glaubte immer, im Grundsatz sei unsere Politik richtig. Die heutige Kritik ist so grundsätzlich, daß sich die Frage stellt: Ist unsere Konzeption vom Sozialismus überhaupt noch zu verwirklichen?

Hätten Konterrevolutionäre gesprochen, wäre die Antwort auf diese Frage einfach. (S. 218/219)

5.11.1989

Die Medien sprechen

Die Medien der BRD und Westberlins, inzwischen auch die DDR-Medien, stellen die Machtfrage in der DDR. Seit einigen Tagen treffen sie die Partei- und Staatsführung an einer empfindlichen Stelle: Korruption und Amtsmißbrauch. (S. 221)

8.11.1989

Rücktritt des Politbüros

Um 10:00 Uhr beginnt die 10. Tagung des Zentralkomitees. Ich erkläre, daß das Politbüro geschlossen zurücktritt.

Ich versuche, die Frage zu beantworten, wer die Wende ausgelöst hat. Sie hat sich zuerst an der Basis, mitten im Volk, unter den Bürgern gezeigt. (S. 230/232/233)

12.11.1989

Abwahl des Zentralkomitees

Viele Genossen meinen, die Erneuerung sei nur glaubhaft, wenn ein außerordentlicher Parteitag ein völlig neues Zentralkomitee wählt. Ein Zentralkomitee, dem keine Mitglieder aus dem jetzigen ZK angehören. (S. 269)

18.11.1989

Ein Schriftstück Gorbatschows

Die sowjetische Führung hat ihre Haltung zur Grenzöffnung in einem Dokument zusammengefaßt. Den westdeutschen Politikern muß unzweideutig klar werden: Versuche, die Wiedervereinigung Deutschlands auf die Tagesordnung zu setzen, haben keinerlei reale Grundlage.

Mir ist über unseren Auslandsdienst zu Ohren gekommen,, daß Deutschlandpolitiker aus Moskau gegenüber den Verantwortlichen in Bonn andere Töne anschlagen. Dort spreche man schon über eine mögliche Vereinigung beider deutscher Staaten. (S. 294/296/297)

19.11.1989

Machtmißbrauch I

Die Reporterin fragt mich nach der Schuld, die die SED auf sich geladen hat. Ich sage: Amtsmißbrauch und Korruption müssen ohne Ansehen der Person geahndet werden. (S. 299)

24.11.1989

»Für unser Land«

Ich habe Ruhe, um Post und Informationen zu lesen. Ich beginne mit dem Aufruf: »Für unser Land«:

»Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben. Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angemaßt, vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche durchdrungen. Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen.«

Ich bin ergriffen. (S. 329/330)

29.11.1989

Machtmißbrauch II

Neue Nachrichten über Korruption und Amtsmißbrauch erschüttern das letzte Vertrauen, das wir noch besitzen. (S. 331)

1.12.1989

Ein Lob

Dabei lese ich auch einen Artikel von Theo Sommer in der ZEIT vom 1. Dezember. Er beschreibt die Situation:

»Objektiv betrachtet, hat sich unter Egon Krenz in sechs Wochen mehr verändert als unter Gorbatschow in seinen beiden ersten Amtsjahren. Regierung und Politbüro sind zurückgetreten, Rehabilitierungen laufen an, Reisen ist erlaubt worden, Glasnost in den Medien; die Führungsrolle der Partei wird kassiert.« (S. 346)

4.12.1989

Gorbatschow trifft Bush

Sein Treffen mit Bush habe keine feste Tagesordnung gehabt, informiert Gorbatschow. Er resümiert: Nun verschwindet das Feindbild allmählich.

Ich ahne nichts Gutes.

Haben sich die beiden Großen im Prinzip auf die Einheit Deutschlands geeinigt? (S. 348/349)

6.12.1989

Der 50-Tage-Generalsekretär

Ich schreibe mein Rücktrittsgesuch.

Jede Revolution birgt die Gefahr der Sammlung von Gegenkräften in sich. (S. 351/352)

Dieser letzte Satz ist von vielen seinesgleichen der schwerstverständliche. Betrachtet man ihn als Druckfehler, scheint er zu stimmen: Jede Gegenrevolution birgt die Gefahr der Sammlung von Gegenkräften in sich. Aber irgendwie ist das ja auch wieder idiotisch. Ich gebe nun au, f, *Egon Krenz weiter Gefolgschaft zu leisten, zitiere aber noch ein Fazit von zwei Sätzen, denen Krenz offenbar eine gewisse Bedeutung beimißt. (PH.)*

1999

Verwahrung

Honecker wirft mir in einer seiner Schriften nach der Wende Verrat am Sozialismus vor.

Dem widerspreche ich entschieden. (S. 358)

Egon Kreuz: *Herbst 89.* Verlag Neues Leben, Berlin 1999, 414 Seiten, 39,80 Mark

---

Peter Hacks stellte in KONKRET 12/2000 sein natürliches System der Linken vor

Konkret 04/01, S. 54

Tjark Kunstreich

Recht auf Rache

Zwei Autoren haben die Vergeltungsaktionen jüdischer Überlebender im Nachkriegsdeutschland untersucht

Die Beschäftigung mit dem jüdischen Widerstand gegen die »Endlösung« kann dazu führen, gegen das verbreitete Klischee vom passiven Opfer ein Heldenepos zu konstruieren, das wiederum Gefahr läuft, die Totalität der Vernichtung zu dementieren – und so das Klischee vom jüdischen Rächer zu bestätigen. In der Tat ist es möglich, auf diese Weise Nazis in die Hände zu spielen, die den Mord an den Juden als Reaktion auf eine jüdische »Kriegserklärung« rechtfertigen. Zumal wenn es um Racheaktionen jüdischer Überlebender nach der deutschen Niederlage geht. Merkwürdigerweise wird allerdings über die wenigen Racheaktionen, die tatsächlich stattfanden, in Deutschland nicht gesprochen, obwohl sie doch bestätigen zu können scheinen, was das Durchschnittsbewußtsein immer wußte: daß die Deutschen die eigentlichen Opfer der Opfer sind.

Was die jüdischen Überlebenden angeht, so wäre mit Eike Geisel zu fragen, warum diese nicht auf Rache sinnen sollten, denn »Rache ist ein völlig normales Gefühl. Aber in Wahrheit verhielt sich die übergroße Mehrheit der jüdischen Überlebenden völlig unnormal. Abgesehen von wenigen vereinzelten Racheakten, die sich unmittelbar nach der Befreiung meist gegen Kollaborateure gerichtet hatten, waren die Überlebenden der Lager nur von einem einzigen Gedanken erfüllt: nichts wie weg von diesem Friedhof Europa. Mit den Mördern wollten sie keinesfalls zusammenleben« (KONKRET 2/95). Damals polemisierte Geisel gegen das Erscheinen des Buches *Auge um Auge* des jüdischen US-Amerikaners John Sack in Deutschland, Untertitel: *Opfer des Holocaust als Täter*, das im Piper-Verlag erscheinen sollte. »Das entschuldende ›wie die Nazis‹ wird bei John Sack zu: schlimmer als die Nazis« (ebd.). Vor allem dieser Polemik war es zu verdanken, daß das Buch schließlich nur in einem kleinen Verlag erschien. Wenn Norman Finkelstein, dessen Buch über die »Holocaust-Industrie« gerade bei Piper erschienen ist, heute jene Aufmerksamkeit genießt, die John Sack noch nicht gewinnen konnte, sagt das etwas darüber aus, wie ungehemmt das antisemitische Ressentiment sich mittlerweile äußern kann.

Ein Buch herauszugeben, das sich mit Racheaktionen jüdischer Überlebender – in ihrer Mehrheit waren es vormalige Partisanen und Ghettokämpfer – beschäftigt, ist unter diesen Bedingungen ein Wagnis. Jim G. Tobias und Peter Zinke sind es mit *Nakam. Jüdische Rache an NS-Tätern* eingegangen. Ausgehend von den Informationen über einen Versuch jüdischer Nakim, hebräisch für »Rächer«, im April 1946 gefangene SS-Leute in einem Nürnberger Kriegsgefangenenlager mit Arsen zu vergiften, begaben sich die beiden Autoren in Israel auf die Suche nach den Akteuren. Anlaß war für sie einer der letzten Texte von Eike Geisel, ein Exposé für ein Buch zum gleichen Thema (KONKRET 5/95), in dem dieser Vorfall erwähnt wird. *Nakam* versucht nun erstmals, dem deutschen Lesepublikum einen Überblick über die jüdischen Racheaktionen zu geben. Die Autoren begründen ihr Vorhaben zwar ausgerechnet damit, daß »nur wer die psychische Situation der Holocaust-Überlebenden zumindest erahnt ... die Versöhnungsleistung von Juden und Israelis gegenüber Deutschen und der Bundesrepublik würdigen« könne (als gewönne die NS-Vernichtungspolitik durch die Racheaktionen eine neue, bislang ungeahnte Qualität), im Verlauf des Buches aber stellt sich schnell heraus, daß die Autoren von den Begegnungen mit den ehemaligen Rächern tief beeindruckt waren und teilweise geradezu überrascht darüber, daß diese Überlebenden überhaupt ein Wort mit ihnen wechselten.

Dem Vorwurf, die öffentliche Beschäftigung mit diesem Aspekt der unmittelbaren Nachkriegszeit schüre den Antisemitismus, sind sie während ihrer Recherchen oft begegnet, weswegen sie sich konsequent von einem Sensationsjournalismus à la Sack oder »Spiegel TV«, das das Thema ebenfalls aufgriff, abgrenzen und die Legitimität von Rache betonen – wobei an einigen Stellen die fortwährend wiederholte nachholende Distanzierung von geplanten, aber nie ausgeführten Aktionen gegen die deutsche Zivilbevölkerung mitunter ein wenig überzogen wirkt.

Auch die Nürnberger Staatsanwaltschaft interessierte sich für die im Zuge der Auseinandersetzung mit Sacks Buch öffentlich gewordenen Hinweise auf die versuchte Vergiftung der SS-Leute. Gegen einige der Überlebenden wurde ermittelt, unter anderem wurden auch die beiden Autoren behelligt, so daß sie befürchteten, ihre Recherchen könnten zu deren Kriminalisierung genutzt werden – unter solchen Bedingungen eine Recherche durchzuführen heißt den Standpunkt des Beobachters aufgeben zu müssen, von dem der bürgerliche Betrieb »Objektivität« erwartet. So sah man sich offenbar gezwungen, die ausbleibende juristische Verfolgung der Nazi-Täter in der Bundesrepublik und die internationale Unterstützung, die jene genossen, in je einem eigenen Kapitel abzuhandeln; sogar ein subjektiv gefärbtes Schlußstück meinte man der Studie anhängen zu müssen, in der die »Begegnungen« mit den ehemaligen Rächern geschildert werden, als solle demonstriert werden, daß diese alten Leute doch ganz nett sind.

Dennoch: Wo die Autoren sich um ihr Thema bemühen – und das tun sie im Großteil des Buches – , gelingt ihnen die Vermittlung der Aussagen ihrer Gesprächspartner mit der anderswo bereits vorhandenen Literatur, wie sie Ingrid Strobl in ihren Studien über jüdische Frauen im Widerstand in die deutsche Historiographie eingeführt hat. Wie Strobl nehmen Zinke und Tobias den späten Wunsch der Überlebenden ernst, daß ihre Geschichte geschrieben und damit bewahrt werde, indem

sie deren Aussagen mit der vorhandenen Literatur und den eigenen Recherchen abgleichen, um neue Fragen zu gewinnen – diese Ernsthaftigkeit wird von den Überlebenden geradezu verlangt, sie wollen keine späten Denkmäler, sondern die Leugner mit stichhaltigen Beweisen der Lüge überführt sehen.

Zinke und Tobias haben bei ihren Recherchen nicht feststellen können, daß einer der SS-Leute 1946 an dem mit Arsen vergifteten Brot gestorben war, wie die an der Aktion Beteiligten damals annahmen. Das Gift, das die Rächer von der zionistischen Untergrundarmee »Hagana« bekommen hatten, sei zu stark gestreckt gewesen, vermuten die Autoren. Die Racheaktionen waren sowieso von starken Bedenken und Skrupeln begleitet, von den geplanten Aktionen ist nur ein kleiner Teil überhaupt durchgeführt worden. »Fast alle Übriggebliebenen hatten nach der Befreiung ... erst mal Rachegefühle. Sie glaubten, sie seien ihren ermordeten Verwandten und Freunden schuldig, Vergeltung zu üben. Leider setzten viel zu wenige von ihnen solche Pläne in die Tat um. Denn die ganze Welt sah zu, wie die Mörder flohen oder ungehindert Karriere machen konnten«, schreibt Olek Hirsch, ehemaliges Mitglied der Nürnberger »Nakam«-Gruppe, zu dem Vorwurf des Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg, Arno Hamburger, die öffentliche Verhandlung von Racheaktionen in *Nakam* sei »Wasser auf die Mühlen« der Rechtsextremisten.

Das war sie sicherlich bislang in jedem Fall. Die Autoren wollen diesen Mechanismus durchbrechen. Daß ihnen das nicht gelingen wird, kann ihnen allerdings nicht zum Vorwurf gemacht werden. Es gibt keine Lösung für das Dilemma: Der Anspruch von Überlebenden – in den Worten von Olek Hirsch: »Darüber muß man doch reden dürfen, wenn man das Vergangene verstehen will. Maulkörbe sind hierbei nicht besonders hilfreich« – kollidiert zuweilen mit der Aufklärungsresistenz, die dem Ressentiment geschuldet ist, welches aber auch ohne dieses Buch andauert. Wie Finkelsteins Erfolg beweist.

Jim G. Tobias /Peter Zinke: *Nakam. Jüdische Rache an NS-Tätern.* Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2000, 176 Seiten, 30 Mark

---

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 3/2001 über den letzten Lumumbisten im Kongo

Konkret 04/01, S. 56

Marcus Hammerschmitt

»Give love!«

Eine Ausstellung in der Münchner Villa Stuck erzählt die Geschichte der afrikanischen Befreiungsbewegungen nach 1945

1 Man könnte sich ja wundern: eine Ausstellung über afrikanische Befreiungsbewegungen in München? Im kalten deutschen Winter? In der Villa Stuck? Skepsis ist nicht ganz das richtige Wort. Ich hatte eher den Verriß schon in der Tasche, als ich in den Zug stieg.

2 München ist furchtbar in diesem Februar. Es zieht wie Hecht. Der niederträchtigste deutsche Großbahnhof erinnert mich an eine Episode von vor zwei Jahren, als ich morgens um sieben mit allen anderen im Wartesaal gefilzt wurde, einfach weil das jetzt dran war. Ein Italiener bestand leise und korrekt darauf, seinen Paß nicht zeigen zu müssen, und schon ging das Gebrüll los. Walkie-Talkie, Verstärkung, abführen. Auf meine Frage nach dem Grund gab es die klassische Polizistenantwort: »Da braucht's keinen Grund. Hier am Bahnhof bleibt immer was hängen.« Das war mir hängengeblieben.

In der dichtgedrängten Menschenmenge drei Besoffene, die einander untergehakt haben, damit sie nicht umfallen. An der Straßenbahnstrecke ein Spruchband an einem Restaurant: »Unser Koch Afrim darf nicht abgeschoben werden!« An einem Betonsöller steht: »Give love!« Erst mal können vor Lachen. Die schlechte Laune kriecht an mir hoch wie die Kälte. Ihr wollt die Revolutionen Afrikas per Ausstellung in einer ehemaligen Jugendstilvilla rekuperieren? Etwa wie die Pappnasen von der Deutschen Guggenheim Berlin, die seinerzeit russische Avantgardistinnen Unter den Linden so ausstellten (»Amazonen der Avantgarde, 1999«), daß einem davon nur schlecht werden konnte? Euch werd ich was husten.

3 Erstens kommt es anders, zweitens als man denkt. Die Ausstellung heißt »Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in Afrika 1945-1994«, aber sie empfängt einen nicht mit betulichen Kommentaren zu kalaschnikowschwingenden schwitzenden Männern in grünen Uniformen. Auch nicht mit den gewohnten Bildern sjambokschwingender Bullenschweine aus dem Südafrika der Apartheid. Das erste Gesicht, auf das man trifft, ist nicht das von Nelson Mandela. Surprise, surprise, die Ausstellung empfängt den Besucher mit Kunst. Und die handelsüblichen Referenzpunkte zur Wahrnehmung Afrikas, nämlich Gewalt, Elend, Unterdrückung und Widerstand entfallen vorerst. Jedenfalls sind sie nicht so vorhanden, wie man es gewohnt ist. Aber die Kunst, auch das wird schnell klar, ist hier keine gutgemeinte Alibiveranstaltung, um in der Villa Stuck auch mal was Afrikanisches zu hängen. Auf den ersten Metern zum Beispiel inszenieren Malangatana Ngwenya, Gebre Kristos Desta, Christian Lattier das Kreuz als Monument einer fortwährend unaufgelösten Qual, nämlich derer, denen es aufgezwungen wurde und die es sich nicht mehr vom Leib schaben können. Es gibt keine Erlösung hier. Freunde Albert Schweitzers werden ihre Probleme mit dieser Ikonographie haben. Die Namen dieser Künstler habe ich vor dem Besuch dieser Ausstellung nie gehört. Danach sind ihre Bilder schwer zu vergessen.

4Kenyatta. Lumumba. Mandela. FLN. MPLN. Frelimo. ANC und Mosambik. Angola. Südafrika. Sharpville. Algerien. Der Kongo. Es ist alles da. Medienberichte zu der Ausstellung tendieren dazu, deren politischen Kern zu verdrängen; den Vogel in dieser Hinsicht schießt der »Spiegel« mit seinem Artikel »Neuer Blick auf Afrika« ab (8/2001), der den Titel der Veranstaltung unterschlägt, um deren Thema nicht preisgeben zu müssen. Selbst das Infofaltblatt an der Eintrittskasse der Villa Stuck ist in dieser Hinsicht eher schüchtern und legt den Schwerpunkt eindeutig auf den »rein künstlerischen« Aspekt. »Der Besucher ist Gast und Zeuge eines komplexen, multimedialen Archivs.« Das stimmt, aber es hört sich ein bißchen so an, als könne sich derzeit der Kunstbeflissene in der Villa Stuck einen schönen Nachmittag bei farbenfrohen und lebendigen Negern machen. Gewalt und Elend, Unterdrückung und Widerstand werden sehr wohl gezeigt. Wie auch anders, es geht um Afrika. Aber sie werden dem Besucher nicht anhand von Zeitungsartikeln und Plakaten um die Ohren gehauen, sondern sie werden eingesenkt in das Gewebe aus Malerei, Alltagsfotografien, Videofilmen und Vitrinen mit zeitgenössischen Buchtiteln, aus dem diese Ausstellung besteht. Der Effekt ist paradox. Die ganze Verzweiflung, die unglaubliche Roheit der Zustände ist weitaus stärker spürbar, als das bei einer planen Abschilderung von kolonialistischen Greueln und revolutionären Manifesten der Fall wäre.

Da ist zum Beispiel ein bewegender Film über Patrice Lumumba, dessen kurze Karriere in ebenso knappen wie verräterischen Aussagen von Zeitzeugen plastisch wird. (Wie sehr ähnelte doch Lumumba Malcolm X. Oder war es vielleicht eher andersherum?) Die Videokonsole steht in Sichtweite der Skulptur »Butcher Boys« von Jane Alexander, einer alptraumartigen Darstellung dreier weißer Männerkörper mit zugenähten Mündern und in die Schädel gesenkten Tierhörnern. Franz Fanons Sohn erklärt in einem anderen Film, warum sich sein Vater mit den derzeitigen Zuständen in Algerien nie zufriedengegeben hätte. Das Triptychon »Les Mains, Le Dos, Les Pieds« von Touhami Emmadre, eine

makroskopische Untersuchung gealteter und vielfach verwundeter und vernarbter dunkler Haut, spiegelt das »South African Colouring Book 1974-1975« von Gavin Jantjes, das die völlig wahnsinnige Klassifizierungswut der einstigen südafrikanischen Rassengesetze denunziert, indem es sie einfach zitiert. Es gibt einen Dokumentarfilm über das Massaker von Sharpeville, packende »naive« Bilder von John Ndevasia Muafangejo, Erstausgaben von Amos Tutuola und Wole Soyinka und eine Installation von Georges Adéagbo, die das groteske, unversöhnte Nebeneinander schwarzer und weißer Traditionen im heutigen Afrika beleuchtet.

Es ist alles da. Und weil die Exponate nicht in das Korsett der Schulbuchhistorie und -geographie gezwängt werden, weil dem Besucher erlaubt wird, die Bezüge selbst herzustellen, gewinnen sie im Zusammenspiel eine außergewöhnliche emotionale Wucht.

Der Hauptkurator der Ausstellung (Okwui Enwezor) ist Afrikaner, genauso wie viele andere, die das Ereignis möglich gemacht haben, und das wirkt sich aus. Okwui Enwezor sagt, er habe die Kunstwerke nach einer »forensischen« Methode zusammengetragen. Das kann vieles heißen. Einerseits die enorme Arbeit, die es bedeutete, der Ausstellungsstücke überhaupt habhaft zu werden. Andererseits die Tatsache, daß in diesen Kunstwerken eine Kriminalgeschichte versteckt ist. Ich war einmal im »Musée des Collections Historiques de la Prefecture de Police« in Paris, und obwohl dort keine Kunst, sondern Guillotinenklingen, Uniformen und Waffen gezeigt wurden, war die Stimmung ähnlich.

5 Natürlich ist nicht alles da. So zum Beispiel fehlt jeder Ansatz einer übergreifenden Analyse der Voraussetzungen, Bedingungen und Konsequenzen des Kolonialismus. Wer nach der größeren Texttafel gleich am Eingang zur sogenannten Kongo-Konferenz in Berlin von 1884/85 auf ähnliche Texte im Verlauf der Ausstellung hofft, wird enttäuscht werden. Das ist wahrscheinlich kein Zufall, sondern eher ein Statement: Diese Ausstellung will kein Traktat sein; und sie tut gut daran. Konsequenterweise fehlen auch zwei Fragen, die von einer eher didaktisch oder sozialarbeiterisch ausgerichteten Veranstaltung auf jeden Fall gestellt würden: die Fragen nach dem Warum und dem Wozu der antikolonialen Revolten in Afrika. Die Frage nach dem Warum ist ohnehin geklärt: Die Afrikaner hatten gar keine andere Wahl. Daß sie nicht erreicht haben, was sie wollten, ist ohnehin bekannt. Darüber nur zu reden, um ihr Anliegen zu delegitimieren, ist die Sache dieser Ausstellung nicht.

Was leider auch fehlt, ist eine Darstellung der Ausstrahlungen dieser Revolutionen in die Herkunftsländer der Kolonialisten. Wenn man sich vor Augen führt, was für eine Rolle der Protest gegen den Algerienkrieg bei der Katalyse der Neuen Linken in Frankreich gespielt hat, oder wenn man sich die simple Tatsache vergegenwärtigt, daß die Black Panther eine eigene diplomatische Vertretung in Algerien hatten, die zum Beispiel eine der Stationen auf der Flucht Pete O'Neals vor den US-Behörden war, wird einem schnell klar, was eine solche Aufarbeitung der Konsequenzen in der Ersten Welt erbringen könnte. Ebenfalls knapp außerhalb der Reichweite der Ausstellung liegen die deutschen Verbrechen in Afrika. Immerhin haben von Trothas Truppen in »Deutsch-Südwest« gehaust wie die Berserker, aber als das »kurze Jahrhundert« der afrikanischen Befreiungsbewegungen anbrach, war das schon wieder Geschichte. Es ist gut, daß wenigstens im Beiprogramm der Film »Die Liebe zum Imperium: Deutschlands dunkle Vergangenheit in Afrika« von Peter Heller gezeigt wird. Andernfalls könnte man auf die Idee kommen, daß diese Ausstellung für Deutschland ein wenig zu bequem und erbaulich ist, weil sie nur über die Zeitspanne von 1945-1994 berichtet. Angesichts neuester deutscher Großmachtbestrebungen wäre doch eine eigene Ausstellung über den antikolonialen Befreiungskampf der Hereros, Nama und Ndonga von 1904 bis 1908 und den Maji-Maji-Aufstand von 1905 bis 1907 in Tanganyika eine interessante Sache. Ob sich dafür ein Platz in der Villa Stuck fände?

Was nicht fehlt, ist ein exzellenter Katalog (leider nur in Englisch), der an Hintergrundanalyse das nachholt, was die Ausstellung ausklammern muß, um zu funktionieren. Absolut lesenswert »An introduction« von O. Enwezor.

Als Fazit bleibt: Die Ausstellung ist gut so, wie sie ist, und man sollte nicht mehr von ihr erwarten, als sie leisten kann.

6 Die Ausstellung geht noch nach Berlin, Chicago und New York. Vielleicht können auch dort die Besucher eine Erfahrung machen, die ich in München gemacht habe: Ich bin zusammen mit einer der Museumswärterinnen eine Viertelstunde vor einem der Videoschirme gestanden und habe mir das Leben von Patrice Lumumba erklären lassen. Es war nur einer der außergewöhnlichen Momente beim Besuch in der Villa Stuck.

The Short Century, Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in Afrika 1945 bis 1994. Museum Villa Stuck, Prinzregentenstr. 60, München, bis 22.4.2001, Di. bis So. 10-18 Uhr; Haus der Kulturen der Welt im Martin-Gropius-Bau, Berlin, 18.5. bis 22.7.2001. Das Buch zur Ausstellung mit über 570 Abbildungen ist im Prestel-Verlag erschienen und kostet 128 Mark (Sonderpreis in der Ausstellung: 68 Mark).

Marcus Hammerschmitt ist Schriftsteller und wohnt in Tübingen. Seine Homepage: www.sf-buch.de/hammerschmitt. Letzte Buchveröffentlichung: Der Opal. Science-fiction-Roman (Argument)

Konkret 04/01, S. 58

Brigitta Huhnke

» ˜ bazillus 116 >Juden«

Deutsche Schulbücher verbreiten noch immer antisemitische Klischees. Die politisch Verantwortlichen kümmert das wenig

»Ich bin dankbar für das Privileg, Politik machen zu dürfen.«

Ute Pape, Schulsenatorin in Hamburg*

Lehrer sollten im Unterricht stärker Antisemitismus und »Fremdenfeindlichkeit« thematisieren, so oder ähnlich lautet seit Sommer 2000 ein Rezept gegen Rassismus, vorzugsweise empfohlen von der Springer-Presse, die in den neunziger Jahren mit rassistischen Schlagzeilen kräftig Auflage gemacht hat. Lehrer sind mal wieder schuld. Doch manche, auch Lehrerinnen, sind es wirklich. Je höher sie in politischer Verantwortung stehen, um so unbekümmerter verhalten sich einige. Jedenfalls scheint das in Hamburg der Fall zu sein.

»Wer war schuld am Tod von Jesus?« hatte im letzten Schuljahr eine Lehrerin im Geschichtsunterricht eines Hamburger Gymnasiums gefragt und ein Mädchen für die Antwort »die Juden« gelobt. Der Sohn von Liane und Jan Hansen** kam wenig später aufgeregt nach Hause. Er hatte sich in der Klasse tüchtig ins Zeug gelegt, um der Lehrerin den Unterschied zwischen religiösen Auffassungen und historischen Fakten zu erklären. Die gab zwar am nächsten Tag vor der Klasse zu, einen Fehler gemacht zu haben. Aber es war bereits geschehen: »Ihr habt Christus umgebracht«, hänselte ihn ein Mädchen, und »Judensau« rief ein Junge ihm noch Wochen später hinterher.

»Es war wie eine kalte Dusche. Ich hatte immer Angst davor gehabt, daß meine Kinder eines Tages damit konfrontiert werden«, erinnert sich Liane Hansen. Über Monate hinweg führten die Eltern in der Schule Gespräche. Verständnis war zwar vorhanden, aber auch Sätze wie »Vielleicht ist dies das Schicksal der Juden« mußten sie sich anhören. Sie nahmen sich das Schulbuch ihres Sohnes vor, die *Geschichtliche Weltkunde*, Band 1 (Diesterweg Verlag). Dieser alte Schinken, seit 1975 nicht nur an Hamburger Schulen für die Klassen 5 und 6 im Umlauf, enthält alle Abstufungen: offenen Antisemitismus, subtile Stereotype, im günstigsten Fall das Verschweigen jüdischer Existenz. »Es besteht massiver Handlungs- und Aufklärungsbedarf«, befand Jan Hansen, machte sich an die schriftliche Analyse und bat Ende Mai letzten Jahres den Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde, die Schulsenatorin Ute Pape, den Bundespräsidenten Johannes Rau und den Zentralrat der Juden in Deutschland in einem offenen Brief um Stellungnahme.

Über Juden im Mittelalter erfahren Kinder in der *Weltkunde* folgendes: »Die Juden in den Städten führten ein Eigenleben, ihr Glaube trennte sie von den Christen. Andererseits standen sie seit den Karolingern unter dem besonderen Schutz der deutschen Könige. Da sie im Gegensatz zu den Christen für ausgeliehenes Geld Zins nehmen durften (nicht selten bis zu 50 Prozent), wurden viele reich, und das steigerte die Abneigung der Christen, manchmal den Haß, während die Könige, auf Geldanleihen bedacht, den Juden Zugeständnisse machten. Die ›kaiserlichen Kammerknechte‹, wie sie auch hießen, erhielten z.B. Zoll- und Handelsfreiheiten, in Speyer sogar das Recht der eigenen Gerichtsbarkeit. Die Juden blieben ungeachtet ihres Reichtums gewöhnlich aus der städtischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Sie durften keine Christen heiraten und keine städtischen Grundstücke kaufen und mußten in eigenen Stadtvierteln, in Ghettos, wohnen. Hier stand ihre Kirche, die Synagoge, hier predigte der Rabbiner seinen Glaubensgenossen, hier lag auch der Judenfriedhof. Der spitze Judenhut und gelbe Kleidung sonderten die Juden auch äußerlich vom christlichen Bürgertum ab. In zahlreichen deutschen Ländern vertrieben die Landesherren im Spätmittelalter die Juden, die größtenteils nach Polen auswanderten.«

Ludwig Rademacher, Leiter der Staatlichen Pressestelle in Hamburg, dachte nicht einmal daran, das Thema überhaupt ernst zu nehmen. Der Elternbrief hat den Bürgermeister nie erreicht. Auf Nachfrage im Januar 2001 ließ er wissen, er habe 50 andere wichtige Themen auf dem Tisch, den Brief von Jan Hansen konnte er nicht mehr finden. Von den Angeschriebenen hat den Eltern in den letzten elf Monaten nur der Zentralrat der Juden in Deutschland geantwortet und eine Beschwerde an die Kultusministerkonferenz gerichtet.

Für Nathan Kalmanowicz, Kultusdezernent im Präsidium des Zentralrats, haben solche Passagen wenig mit historischen Erkenntnissen zu tun. »Juden sind reich, und sie sind Sonderlinge, das sind die alten antisemitischen Stereotype.« Erklärt wird eben nicht, was der »spitze Judenhut und die gelbe Kleidung« damals bedeutet haben. Sie waren der historische Vorläufer für Hitlers »gelben Davidstern«. Im 11. und 12. Jahrhundert haben klerikale Führer den Juden diese Verkleidung aufoktroyiert, »einzig zu dem Zweck, sie zu demütigen, damit man sie schon von Ferne erkennt und sie belächelt«, erklärt Kalmanowicz. Die Behauptung, die Juden seien vertrieben worden und hätten daher auswandern müssen, nennt Kalmanowicz »schlicht eine Frechheit, weil die vielen Morde verschwiegen werden«. Statt dessen stehen im Buch die folgenden Lernfragen: »Kennst du jüdische Mitbürger. Welche Berufe haben sie?« Befremdlich auch: »Warum durften Christen keinen Zins nehmen? Denk an das Gebot der Barmherzigkeit!« Vater Jan Hansen fragt: »Muß ich das noch kommentieren?«

Hamburgs oberste Lehrerin, die Schulsenatorin Ute Pape, weigert sich bis heute, sowohl den Eltern zu antworten als auch im Interview Stellung zu nehmen. Bleiben nur andere schriftliche Quellen, in denen sie Leitlinien ihres politischen Handelns erklärt: »Je ferner mir ein Thema ist, desto mehr Zuarbeit brauche ich«, könnte sie auch gedacht haben, als sie den Elternbrief dem Schulrat Peter Daschner in die Behördenmappe stecken ließ. »Ich begrüße es, daß Sie das Buch einer kritischen Würdigung unterzogen haben«, lobt der den Vater herablassend, gefolgt von der Nullaussage »Für das Amt für Schule hat die Aufklärung über Ursachen und Auswirkungen des Antisemitismus einen hohen Stellenwert«. Daschner geht dann nicht etwa auf die antisemitischen Textstellen im Geschichtsbuch zum Mittelalter für die Klassenstufen 5 und 6 ein, sondern gibt Einblick in seine vom kulturellen Unbewußten geprägten Assoziationsketten: Er landet direkt bei Auschwitz und empfiehlt den Dokumentenband *Aus Kindern werden Briefe*. Außerdem läßt er den Vater wissen, in den Klassen 9 und 10 werde kostenlos das Buch *Erzählt es Euren Kindern. Der Holocaust in Europa* verteilt.

Dieses unter anderem mit Glücksspielmitteln gesponserte Buch ist ursprünglich im schwedischen Kontext entstanden. Schlampig ediert, ohne Inhaltsverzeichnis, bedient es gängige Klischees vom jüdischen Opfergang. Die Bilder stammen fast ausschließlich aus der entwürdigenden Täterperspektive, wie antisemitische Plakate, Erschießungen, anonyme Elendsgestalten, was bei vielen Beispielen geradezu obszön wirkt. Die Täter bleiben weitgehend unsichtbar.

Die Behörde empfiehlt seit neuestem andere Schulbücher. Dazu gehören *Unsere Geschichte* und *Anno*. Die dreibändige Ausgabe von *Unsere Geschichte*, die 1985 ebenfalls im Diesterweg Verlag erschien, herausgegeben von Wolfgang Hug, der auch für die *Weltkunde* verantwortlich ist, enthält das alte didaktische Konzept. Über wirtschaftliche und politische Hintergründe sogenannter Religionskriege wird ebensowenig aufgeklärt wie über den Alltag der Menschen. Nur selten beziehen sich besonders die Schilderungen über das Mittelalter auch auf konkrete Orte und Jahreszahlen. Gute Voraussetzungen für Stereotype. Die über Juden sind zum Teil aus dem Vorgängerbuch übernommen worden, zum Teil tauchen neue auf. In einem Zitat, das aus einem anderen verlagseigenen Werk, *Weltreligionen, Judentum,* stammt, erfahren wir auf die Frage »Was bedeutet den Juden die Synagoge«?, es solle dort, irgendwann zwischen 1250 und 430 v. Chr. und irgendwo, so ausgesehen haben: »Beim Eintritt in die Synagoge empfängt einen der Lärm von Gebet und Geschwätz. Eine Unterhaltung zwischen Nachbarn mischt sich mit dem Gemurmel eines sich wiegenden Beters ... Dort hört man unterdrücktes Gelächter über einen jüdischen Witz.« Kurzum, die Synagoge »scheint überhaupt kein sehr heiliger Ort zu sein«.

Und wie sieht es bei *Anno* vom Westermann Verlag aus? Die dreibändige Ausgabe von *Anno* erschien 1995 und 1997, ist also brandneu. Auch hier wird ohne Aufklärung über Ursachen und Zusammenhänge einfach behauptet: »Eine Sonderrolle spielten die Juden in den mittelalterlichen Städten«, weil sie »hohe Zinsen« nahmen: »Für viele Christen waren ihre Schulden bei den Juden erdrückend. Der Reichtum weckte Neid und Haß.«

Antisemitische Klischees durchziehen auch Schilderungen über die »Kreuzzüge«. In der *Weltkunde* ist vom heldenhaften »Kreuzzug der armen Leute« unter Führung von Graf Emich von Leiningen die Rede, die sich gegen Juden gewehrt hätten. Warum? »Die Juden waren weder in Worms selbst noch in der Umgebung beliebt; das Gerücht bewog Stadtvolk und Landvolk dazu, sich dem Angriff der Leute Emichs auf das jüdische Viertel anzuschließen.« Ähnliche Zusammenhänge legt auch *Anno* nahe. Zum Stichpunkt »Judenverfolgungen am Rhein« ist zu erfahren, »einfache Leute« seien nach Speyer, Worms und Mainz geströmt: »Dort gab es reiche Judengemeinden.« Massaker an Juden werden zwar erwähnt, die Zusammenhänge aber bleiben im dunkeln. Kalmanowicz erklärt: »Immer wenn die christlichen Ritterarmeen vom 11. bis 13. Jahrhundert auf ihrem beschwerlichen Weg in den Orient von islamisch geführten Armeen geschlagen wurden, dann nahmen sie Rache an der jüdischen Minderheit, deshalb kam es in Städten wie Speyer und Worms zu Pogromen.«

Juden, Pest und Tod – auch ohne dieses Stereotyp kommt keines der drei Bücher aus. »Die Angst vor dem unerklärlichen *Schwarzen Tod* führte auf der Suche nach ›Sündenböcken‹ vor allem in deutschen Städten 1349 zu einer regelrechten Judenverfolgung«, so steht es beispielsweise in *Anno*. Links davon, etwas weiter unten, ist eine Ratte abgebildet, versehen mit der Information, die Ratten seien die Verursacher gewesen. Für Kalmanowicz können so dennoch unbewußte, kulturell verankerte Assoziationen über die symbolische Verknüpfung von Juden und Ratten provoziert werden, die seit Goebbels und »Jud Süß« endgültig berüchtigt sind. Ihn ärgert, »daß nicht aufgeklärt wird, warum Juden weniger von der Pest betroffen und deshalb dem Haß ausgesetzt waren«: Die religiösen Sauberkeitsriten wie das Bad in der Mikwe, aber auch regelmäßiges Händewaschen, strenge Körperhygiene, machten Juden weniger anfällig für die Pest.

Ein anderes als pädagogisch besonders wertvoll gehandeltes Werk an Hamburgs Schulen, *Geschichte und Geschehen* für die Sekundarstufe I (Klett Verlag, 1995), enthält das Kapitel »Juden – eine ungeliebte Minderheit«. Die Variation des Mantras hier: »Die andersartige Tracht der Juden, ihre religiösen Gebräuche und ihre Rolle als Geldverleiher erregten das Mißtrauen und den Neid der christlichen Bevölkerung. In Zeiten der Not diente die jüdische Minderheit immer wieder als ›Sündenbock‹ und war dann angeblich an allem Übel schuld. Man sagte ihnen die schrecklichsten Verbrechen nach, um anschließend über sie herzufallen. In den Jahrzehnten nach der Pest von 1348 wurden die Juden entweder in Ghettos, abgeschlossenen Bezirken, isoliert oder ganz aus deutschen Städten – wie auch aus anderen Ländern Europas – vertrieben. Sie siedelten sich daraufhin in Osteuropa an, bewahrten dort aber ihren deutschen Dialekt, das Jiddische. Im 19.

Jahrhundert nannte man Haß auf die Juden Antisemitismus. Antisemitismus führte im Zweiten Weltkrieg (1939-1945) auf Befehl der damaligen deutschen nationalsozialistischen Regierung zum Mord an mehreren Millionen Menschen jüdischer Abstammung.« Sollte nun eine Schülerin in diesem rasanten Galopp durch die Geschichte vielleicht ein wenig Luft holen wollen, um beispielsweise im Index unter »Pest« nachzuschlagen, dann findet sie folgendes: »~bazillus 116 >Juden«. Auf der Seite 116 mit der Überschrift »Krankheiten und Seuchen ausgeliefert« ist dann nicht mehr von der Unschuld der Juden die Rede. Die Assoziation »Bazillus – Juden« kann also bleiben. Das Jiddische sei ein deutscher Dialekt – mit dieser falschen Information muß sie auch leben.

Hinten im Buch, da sind wir in der frühen Neuzeit, stehen 45 Seiten Drehbuch zum Zeitalter »Reformation – Glaubensspaltung – Glaubenskämpfe«. In der Rolle des Superstars: Martin Luther. Keine Zeile über sein Pamphlet »Von den Juden und ihren Lügen« (1543), in dem er zum Verbrennen von Büchern und Synagogen sowie zum Versklaven von Juden aufruft.

Lehrer Daschner und Lehrerin Pape hätten ihre fachliche Inkompetenz mit einem Studium der internationalen Schulbuchforschung leicht mindern können. Auch für viele andere Geschichtsbücher, die bundesweit im Umlauf sind, gilt: Im besten Fall »erscheint die Geschichte der Juden seit dem Mittelalter vornehmlich als eine Geschichte von Verfolgung und Niederlage ohne Gegenwehr«, stellt Falk Pingel vom Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig fest, dessen deutsch – israelische Schulbuchkommission seit 1985 regelmäßig Empfehlungen herausgibt.

Auch bei den Lerneinheiten über die Antike liegt einiges im argen. Doch gerade die Hellenisierungspolitik, mit der die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung begründet wurde, war wichtig für die Stereotypenbildung. Dem Gegensatz von Judentum und Hellenismus folgte der Gegensatz von Barbarei und Kultur, variationsreich nicht nur von griechischen, sondern auch von römischen Herrschern und Literaten verkündet. Ohne diese Anfänge des Antijudaismus sind die Metapher vom Juden als Mörder Christi oder als Hostienschänder ebensowenig verständlich wie der Antisemitismus des 19. Jahrhunderts oder der deutsche Vernichtungsantisemitismus. Auch gegenwärtig immer mal wieder aufflackernde Wahnvorstellungen vom Weltjudentum haben kulturelle Wurzeln in der Antike.

Auch die Quellen sind problematisch, wie der Sohn der Hansens ganz richtig erkannt hat. In der Regel müssen das *Alte Testament* und die christliche Weihnachtsstory herhalten, obwohl altägyptische Texte weit mehr über das soziale Leben der Hebräer Aufschluß geben können. Trotz deutsch-jüdischer Schulbuchempfehlungen: »Die Juden des Altertums sind aus der Perspektive des Mittelalters und der Neuzeit gesehen und in eine falsche Kontinuität, der einer angeblich kontinuierlich städtischen Existenz, hineingestellt«, so die Schulbuchforschung. Vom Altertum bis in die Gegenwart: Schülerinnen und Schüler erfahren nichts über den Beitrag der Juden zu den europäischen Kulturen. Deren Diskriminierung und Verfolgung erscheint als Folge ihrer religiösen Eigenheiten. »Jüdinnen und Juden kommen fast ausschließlich als Opfer vor, nicht aber als Menschen, die engagierte Beiträge zur Geschichte, Wissenschaft und Kultur geleistet haben«, stellt Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, fest.

Die Täter bleiben zu allen Zeiten weithin unsichtbar. Warum erfahren junge Hamburgerinnen und Hamburger nichts über Judenhasser wie Johannes Bugenhagen im 16. Jahrhundert, dessen Namen noch heute viele deutsche Kirchen und Stifte tragen, oder über Johannes Müller, einen bekannten Pastor der heutigen Hauptkirche St. Petri, der mit seinem 1.500 Seiten Machwerk nicht nur jüdische Hamburger diffamierte? Warum wird ihnen Johann Hinrich Wichern im 19. Jahrhundert nicht als Antisemit reinsten Wassers vorgestellt, der seinen Bekehrungsdrang in der Judenmission austobte? Warum wird verschwiegen, wie sich der Senat der Hansestadt noch zu Beginn des 17. Jahrhunderts damit rühmte, »judenfrei« zu sein? Erst nach dem wirtschaftlichen Niedergang der Hanse ließen die Pfeffersäcke portugiesische Kaufleute mit jüdischem Hintergrund in die Stadt.

Julia Koppke, Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaftsgruppe Regenbogen, wollte, im Rahmen einer kleinen Anfrage an den Senat, anhand von zehn konkreten Fragen wissen, was genau mit diesen Schulbüchern passieren wird, wie die Bildungspläne und die Lehrerfortbildung künftig aussehen sollen und wieviel fachfremdes Lehrpersonal das Fach Geschichte unterrichtet. Die Schulbehörde hielt es nicht für nötig, auch nur eine Frage wirklich zu beantworten. Die Schuld für den Einsatz der kontaminierten Bücher schiebt sie seit Monaten einfach auf die Schulen ab. Neue Schulbücher sollen nicht angeschafft werden. Der Grund: »Der Hamburger Markt ist allein nicht groß genug, um dafür genügend wirtschaftliche Anreize zu bieten.« Die Schulbuchverlage sind mittlerweile das kleinere Problem. Diesterweg, Westermann und auch der Cornelsen Verlag, der in München in die Kritik geraten war, gestehen Fehler ein und sind zu vollständigen Überarbeitungen der Bücher bereit.

Geschichtsdidaktiker wie Bodo von Borries raten der Schulbehörde dringend, die Bedeutung von Minderheiten und Judentum besonders in den Haupt- und Realschulen ausführlicher zu behandeln. »Gerade in dieser Schulform werden wir mit dem aggressivsten Rassismus konfrontiert. Es gibt zum erstenmal seit Bestehen der Bundesrepublik eine neofaschistische Jugendkultur, die den Charakter einer Sekte hat.« Doch genau dort wird der Geschichtsunterricht bis zu 70 Prozent von fachfremdem Lehrpersonal geleistet. Auch in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern gibt es gewaltige Defizite. Nicht nur mangelndes Wissen ist das Problem, auch die Gefühlslagen unterscheiden sich oft nicht von den

Schulbuchinhalten. So hat Falk Pingl mehrfach die Erfahrung gemacht, »daß Lehrer meinten, die Juden hätten durch die Riten, durch andere Alltagsbräuche und Normen eine Distanzierung von der Mehrheitsgesellschaft selbst eingeleitet«.

Solche Zustände deckt in Hamburg auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Anders als die GEW-Bundesvorsitzende Eva-Maria Stange, die in dieser Frage mit Paul Spiegel zusammenarbeitet, kann sich Peter Göbel, der die Hamburger GEW-Geschäftsstelle seit Oktober 2000 leitet, nicht zu einer Stellungnahme durchringen. Bürgermeister und Schulsenatorin bleiben weiter stur. »Ich bin ja nicht verpflichtet, auf Zwischenrufe einzugehen. Das beste Rezept ist, die Ohren einfach zuzuklappen und weiterzusprechen«, so hat Lehrerin Pape vor ein paar Jahren ihr kommunikatives Verhalten in der Bürgerschaft erläutert. Außerdem können auch andere die Drecksarbeit machen. Ihre Referentin Frauke Scheunemann sowie Lehrer Daschner haben beispielsweise auch ganz eigenwillige Vorstellungen, wenn es um Pressefreiheit geht. Beide waren trotz mehrfacher Nachfragen in den letzten Monaten nicht in der Lage, fachliche Auskünfte zu geben. Die »FR« wollte anläßlich des Holocaust-Gedenktages noch einmal nachfragen lassen, was nach den Enthüllungen über antisemitische Stereotype (»FR«, 14.12.2000) nun mit den Schulbüchern geschehen würde. Scheunemann ließ einen Sachbearbeiter erklären: »Wir sind doch nicht in der DDR.«

Sondern in Hamburg und lesen noch einmal in der *Weltkunde*, diesmal einen Abschnitt über den Islam. In dem sieht das Schulbuch einerseits eine »Bedrohung des Abendlandes«, gesteht andererseits aber auch ein, es gebe »Zerrbilder vom Islam«. Die Frage zum Nacharbeiten lautet: »Du kennst auch Vorurteile gegen andere Gruppen (z.B. Neger). Wie lauten sie?« (Hamburgs) Schulgeschichtsbücher sind auch eine Fundgrube für ganz »normale« Rassismen.

* Alle Pape-Zitate aus: Zeitzeugin Ute Pape, in: Inge Grolle und Rita Bake: *„Ich habe Jonglieren mit drei Bällen geübt“. Frauen in der hamburgischen Bürgerschaft 1946 bis 1993.* Hamburg 1995, vertrieben über die Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

** Der Name der Familie wurde geändert

Brigitta Huhnke forscht und lehrt in Hamburg über mediale Politikvermittlung und den Umgang mit der NS-Vergangenheit

Konkret 04/01, S. 62

Jürgen Roth

Melodie & Rhythmus

Thomas Groß: Berliner Barock Popsingles. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2000, 196 Seiten, 18,90 Mark

Die kleinen sind die größeren Einsichten, zumeist, zumal wenn das gewaltige und nur mit dem gewaltig dummen Begriff »Phänomen« zu taxierende Paradigma Pop ausgeleuchtet sein will. Thomas Groß, lange Jahre »Taz«-Feuilleton-Redakteur und jetzt angekommen, wo das Sehnen des unterbezahlten Debattenkulturschreibers Halt findet, bei der »Zeit«, hat für den mittlerweile forciert juvenilen Siegfried-Suhrkamp-Unseld-Verlag einige seiner journalistischen Arbeiten der neunziger Jahre zusammengestellt: *Berliner Barock – Popsingles.*

Das ist schön, denn Groß' tagesaktuelle Texte wirken bewahrenswert, sobald sie sich dem Altertumsrock und Urpop widmen, dem Outrierten und doch ungebrochen (Massen-)Populären. Zu großer Form läuft, mein Gott, Groß auf, da den Schröder- und gleichermaßen den parlamentarisch-oppositionellen, »FDP-fuzzihaften« Meinungsmeistern ihre Melodie vorgespielt und der Marsch geblasen wird, wenn dies nicht eigentlich zu destruierende kompakte Packwesen der Vermarkter, Politmanager und Popkommpriester im Dienste der Standortevolution und des deutschen Innovationsdrangs einen Arschtritt erhält, den es noch nicht mal verdient.

Man kann ihn stapeln, den Schmutz, »stefansturmhoch« (Karl Kraus). »Pop knallt immer«, weiß Groß, bedenkend, daß der »Musik-Mittelständler ... Kapitalismus als eine Art Kunst begreift«, und schenkt dem Rock durch physiognomische Mikroessays seine genauesten Beobachtungen. Das blöde Klassikergetue des J. Distelmeyer (Blumfeld) hobelt er auf die adäquate Spangröße herunter, und den immer jünger und winziger werdenden reifen Lou Reed nennt er einfach einen »pathetischen Todeszwerg«.

Das ist samt und sonders tadel- und fleckenlos richtig, gleich den Analysen zum omnigültigen MTV-Mechanismus, die kümmerlichen Reste an »Erfahrung« zu »Images« zu modeln, und zum Typus Norbert Bolz, der »eine volkstümlich verklappte Version des latent technokratischen Neopositivismus-Denkens« transpiriert. Sich aber des Schnodderschnauzentons der Fiffis (»Sag du doch mal was dazu, Diedrich!«) zu bedienen, hätte Groß nicht nötig; oder doch, da er die Theatralität der Nichtigkeiten, den »großen Bluff«, präludierend aufmörtelt und »dem kulturellen Overground« (ein, Brecht gemäß, tatsächlich wertvoller Begriff) irgendwelche schmierigen Kunstweihen verleiht, ansonsten ihm der Gegenstand zu nieder geriete und lediglich zur fälschlich mißachteten Polemik gereichte.

Das ist schade – und ärgerlich. Allein, er, Groß, möcht' es wohl sagen mögen wollen o.s.ä.: »Ich möchte sagen: Bei der Erfindung Kreuzbergs handelt es sich um eine Art Kunst im sozialen Raum.« Die »Stadt als Film« erfuhr den »ästhetischen Einschnitt« der »Wiedervereinigung« und »existiert« – nun – »in multiplen Zeitzonen«, Norbert Bolz-Virilio alle Ehren der Republik erweisend: »entsprungen aus dem Kampf zwischen Be- und Entschleunigung«.

Das ist krumm, das ist verkehrt. Das ist Pop, das ist falsch. Und mein Verleser des Vorwortdiktums »Selbst Politik schien plötzlich etwas Popförmiges zu haben« gewinnt, freundlicher Freudscher Verrichtiger, plötzlich etwas vernichtend Korrektes und selbstreferentiell treffend Wahnsinniges: »Selbst Pop schien plötzlich etwas Popförmiges zu haben.«

Jürgen Roth

Konkret 04/01, S. 62

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Carl-Ludwig Reichert: Frank Zappa. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2000, 160 Seiten, 16,50 Mark
Thomas Steinfeld: Riff. Tonspuren des Lebens. Dumont, Köln 2000, 280 Seiten, 38 Mark

Carl-Ludwig Reichert: Frank Zappa. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2000, 160 Seiten, 16,50 Mark

Seine Biographien sind schon deswegen ein Lesegenuß, weil der »praktische Konservative« Frank Zappa eine der wenig beneidenswerten Figuren ist, die man bis in alle Ewigkeit vor ihren eigenen Fans schützen muß. Ganz schlimm sind »taktische Liebhaber«, die lieber wieder zu »Väterchen Degenhardt und Brüderchen Biermann hinters Bänkelsängerbierchen flüchteten«. Der Musikjournalist und »Schriftsteller« Carl-Ludwig Reichert jedoch ist Zappas urkomischer Schutzengel: »Nieder mit den Zappalogen, Marxisten, Dylanologen und Donaldisten und all den anderen witzlosen Gesellen, die mit blutleerer Tintenstrahler-Magie aus künstlerisch begabten Raubkatzen Faltpapiertiger in Mythentüten herstellen! Gegeben hierorts den heutigen für immerdar.« Donnerwetter!

Obwohl sich »dieser oberschlaue« Zappa mit »Scharlatanen und/oder Genies« (Don van Vliet), »verschrobenen Genies« (Bruce Bickford) oder »wirren, drogenabhängigen Genies« (Ricky Lancelotti) in Manipelstärke umgab, witzelt Carl-Ludwig Reichert souverän: »Auch ein kleiner Hit ... machte das Kraut nicht fett, sondern verhinderte nur den totalen Absturz.« Ist ja logisch. »Dafür hatte Frank reichlich Gustav-Gans-Gefühle, denn er hatte durch Vermittlung von Pamela Zarubica, der Sekretärin des Whisky A Go Go, seine künftige Frau Gail, ganz genau Adelaide Gail Sloatman, kennengelernt. Am Flughafen, aber was soll's.«

Am Ende genießen Sie die tophumoristische Generalabrechnung mit »Ghettoblaster(n), Plattenspieler(n) zum Scratchen, Vinylplatten als Sample-Archive zur Ausbeutung fremder Ideen, die als Zitierkunst daherkam«. Früher war eben alles besser. Auch der Musikjournalismus.

Thomas Steinfeld: Riff. Tonspuren des Lebens. Dumont, Köln 2000, 280 Seiten, 38 Mark

»Da schwankt einer durch die Jahre, da fährt einer als blinder Passagier durch die Zeit, und doch fängt er immer wieder von vorne an – auch wenn es zur Eigenart vor allem der populären Musik gehört, daß die meisten ihrer begeisterten Hörer das innere Ohr zuklappen, wenn sie die späte Jugend hinter sich gelassen haben, und fortan nur noch das zu ihnen dringt, was sie schon von früher kennen.« Stimmt. Denn der Noch-»FAZ«-Literaturleiter und künftige »SZ«-Redakteur Thomas Steinfeld kennt höchstens die »Bühnenfassung« von »A Saucerful Of Secrets« (Pink Floyd), die »Schlager« »Eleanor Rigby« von den Beatles, »Satisfaction« von den Rolling Stones. Und er hält Eric Clapton für einen »Gitarristen«.

Als hätten sie bei H.O.T. einen pensionierten Konzertmeister gebeten, »Kuschelrock Volume 21« zu promoten. Denn Thomas Steinfeld hat keine Probleme mit den Konjunktiven. Die Kommata sitzen richtig, und sämtliche englischen Zitate werden brav übersetzt. Er weiß auch, was punktierte Achtel sind, was Tonika, Subdominante und Dominante bewirken, Quarte, Quinte, Gott ja, sogar die Septime und dergleichen. Aber er weigert sich, die »populäre Musik«, wie er sie nennt, zu akzeptieren: »Den Ton zu verfehlen muß schöner sein, als ihn zu treffen.« Jeder Satz ist ein ungläubiges Staunen, daß es so was überhaupt geben kann. »Die populäre Kultur ist kultiviertes Mittelmaß.« Aha. »Eins, zwei, drei. Bum.« Nur widerwillig konzediert er: »Die populäre Musik gehört zu den Grundgeräuschen der Gegenwart.« Und man hat den Eindruck, daß er sich mit ihr nur beschäftigt, weil sie auf so unglaublich rätselhafte Art sämtliche Sphären der »Hochkultur« durchwoben hat, weil der volkstümliche Riff als »Melodiestummel« zum »Elementarteilchen«, zur »Tonspur« für fast alles geworden ist. Es ist eine Not. »Die Rockmusik, hat der deutsche Philosoph Friedrich A. Kittler behauptet, sei der Mißbrauch von Heeresgerät. Im Fall der Gitarre mag er recht haben.« Und der Untergang des Abendlandes, wie wir vermuten müssen, steht unmittelbar bevor.

»Seit vielen Jahren schon gibt es nichts Neues mehr in dieser Musik, von den Arrangements und Klangfarben abgesehen, und es wird nichts Neues mehr geben. Sie ist ausgeschrieben bis in den kleinen Finger der linken Hand«, muß daher die einzig mögliche Diagnose solcher durch die Jahre schwankender blinder Passagiere wie Thomas Steinfeld lauten. Mit einer »FAZ« unter dem Kopfkissen und »Kuschelrock Volume 21« als Geräuschkulisse schreibt man keine guten Bücher über »populäre Musik«. In was für einer Welt leben die eigentlich?

Konkret 04/01, S. 63

Jan Delay, René Martens

Verstrahlte Hirne

KONKRET-Interview

Nach einem vergoldeten Album mit der HipHop-Band Absolute Beginner und einer Platin-Single als Solo-Künstler fährt der 25jährige Hamburger Musiker Jan Delay nun eine radikale Gegenstrategie: Auf »Searching For The Jan Soul Rebels« (Buback/Groove Attack), einer reinen Reggae-Platte, formuliert er ironisch seine Sympathie für die RAF (»Söhne Stammheims«), besingt die Allgegenwart des Faschismus und reitet sogar eine Attacke gegen die eigenen Fans

KONKRET: Das Stück »Söhne Stammheims« paßt ja gut zum Thema der Saison.

Delay: Es war aber schon im letzten Jahr fertig, vor der ganzen Hysterie um Fischer. Mir war schon lange klar, daß ich so einen Track machen werde. Ich interessiere mich für das Thema, seit ich als Zwölfjähriger *Der Baader-Meinhof-Komplex* gelesen habe. Das habe ich kürzlich wieder getan. Ist wie Karl May, wie ein spannender Roman über moderne Indianer.

Was kam nach Der Baader-Meinhof-Komplex?

Ich habe damals alles aufgesogen, was ich zum Thema in die Finger bekommen habe. In den letzten Wochen habe ich noch mal im Internet recherchiert, ob ich irgend etwas verpaßt habe, und mir noch einiges besorgt. Waren aber auch Fehlkäufe dabei.

Zum Beispiel?

Ein Bildband von ... Wie heißt dieser Spacken, der fotorealistisch malt?

Gerhard Richter?

Ja, aber das sollte man vielleicht nicht schreiben, der ist ja sehr renommiert.

Dennoch bleibt die Frage: Warum gerade jetzt »Söhne Stammheims«?

Es war absehbar, daß das auf einer Solo-LP ausbricht, weil ich da keine Kompromisse eingehen muß. Die anderen Bandmitglieder sehen die Sache etwas anders – unter meinen Altersgenossen stand ich, was die RAF betrifft, schon immer allein da.

Wie äußert sich das?

Die wissen wenig oder interessieren sich gar nicht dafür. Und die noch jüngeren, die man als Beginner-Mitglied unfreiwillig kennenlernt, haben überhaupt keine Ahnung, worum es damals ging. Deshalb habe ich »Söhne Stammheims« gemacht.

In dem Text heißt es beispielsweise »Die Menschen kämpfen nur noch für Hunde und Benzin / Sie folgen Jürgen und Zlatko / Und nicht mehr Baader und Ensslin«. Die ursprüngliche Version war härter formuliert. Warum hast du sie kurzfristig geändert?

Viele Leute, denen ich das Stück vorgespielt habe, meinten, ich könnte derbe Probleme bekommen. Und schließlich hat auch der Anwalt des Labels gesagt, daß die Platte womöglich auf den Index kommt oder die erste Auflage eingestampft werden muß. Ein Indie-Label könnte so etwas nur schwer verkraften. Wenn es eine Maxi gewesen wäre, hätte ich drauf geschisssen. Aber auf dem Album sind schließlich noch zwölf weitere Tracks drauf, an denen ich ein Jahr lang gearbeitet habe. Angesichts des RAF-Hypes in den Medien wäre womöglich auch »Bild« auf den Text gestoßen. Und dann hätte ich in Interviews nur noch über »Söhne Stammheims« reden müssen.

Der RAF-Hype hat ja noch eine weitere Facette. Die Illustrierte »Max« zeigt Modefotos, in denen Szenen der RAF-Geschichte nachgestellt werden, und fragt: »Ist Terror cool?«

Das ist das Letzte. Wenn ich so etwas sehe, möchte ich denen mal richtig coolen Terror an den Hals wünschen. Ich bringe zwar auch gewissermaßen die RAF mit Pop zusammen, weil ich die verstrahlten Hirne der Kids anders nicht erreichen kann. Aber diese Spacken reduzieren die RAF auf einen Popaspekt. Und von dem Geld, das mit RAF-T-Shirts verdient wird, geht ja nichts zurück dorthin, wo man sich noch auf alte Ideale besinnt. Ich meine, es gibt ja schon noch vier, fünf Leute, die etwas tun.

Wer denn?

Die werde ich hier bestimmt nicht nennen. Aber ich freue mich natürlich, wenn in Dannenberg die Eisenbahnschienen aufgesägt werden.

Mit dem Titel deiner Platte beziehst du dich auf »Searching For The Young Soul Rebels«, eine LP der Dexy's Midnight Runners von 1980. Hast du das getan, weil im Titelstück auch eine positive Bemerkung zum, sagen wir mal, bewaffneten Kampf fällt: »The only way to change things / Is to shoot men who arrange things«?

Nein, ich kenne die Platte, seit ich drei Jahre alt bin, weil meine Eltern die gehört haben. Aber ich habe immer nur auf die Bläser geflasht und nicht auf die Texte geachtet, das hat sich bis heute nicht geändert.

Du hast jetzt ein reines Reggae-Album gemacht. Langweilt dich HipHop mittlerweile?

Ich bin kein Abtrünniger. Ich war für ein Jahr raus aus der HipHop-Szene, als ich diese Platte gemacht habe, und ich werde noch für ein halbes Jahr draußen sein, weil wir damit ja zum Beispiel noch auf Tour gehen. Aber dann werde ich mich wieder HipHop widmen. Derzeit dreht sich im deutschen HipHop alles im Kreis. Es geht nur noch darum, für sich selbst zu werben und andere zu dissen, das hat sich verselbständigt, und die Ideen sind alle ausgereizt. Deshalb ist es wieder Zeit, politische Texte zu machen.

Mitte der neunziger Jahre habt ihr mit den Absoluten Beginnern noch verkündet, es sei schwierig, politische Texte zu machen, weil die Worte nicht rollen, nicht funky sind.

Ja, damals hat sich so gut wie jede HipHop-Gruppe an einem Antifa-Text versucht, also war es Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen. Aber die Situation hat sich halt geändert.

Fallen einem politische Texte leichter, wenn man Reggae macht?

Klar, man braucht keine Doppel- oder Triple-Reime wie im HipHop, man muß nicht soundsoviel Wörter in eine Zeile packen. Und du brauchst nicht eine Woche für einen Text, sondern schaffst auch schon mal einen in fünf Stunden.

Die Texte sind teilweise radikal, die Musik lieblich – steckt dahinter eine bewußte Strategie?

Hätte man Zeilen wie »Der böse Mann mit dem kleinen Bart ist noch gar nicht tot / Mindestens zweimal am Tag sagt er mir hallo« aus »www.hitler.de« mit digitalem Punk à la Atari Teenage Riot kombiniert, hätten einige Leute vielleicht gar nicht genau hingehört. Bei smoother Musik wird der Zeigefinger etwas kleiner.

Das Stück »Ich möchte nicht, daß ihr meine Lieder singt!« wirft natürlich die Frage auf, ob ihr als Beginner selbst Fehler gemacht habt, die dazu beigetragen haben, daß die falschen Leute mitgesungen haben – »die mit dem Sonnenbank-Funk« oder die, die sich ihre Gedanken vom Springer-Verlag machen lassen, wie es in dem Stück heißt.

Das haben wir definitiv. Wir haben uns bestimmte Sachen sagen lassen, von denen wir glaubten, sie seien nicht so schlimm. Heute ist uns klar, daß z.B. weniger Spacken »Liebes Lied« mitgesungen hätten, wenn wir uns beim Video nicht von der Plattenfirma hätten reinreden lassen.

Läuft das heute anders?

Das war schon beim nächsten Clip so. Wir haben uns mit der Regisseurin auf die Kanaren verpißt und das Ding dann einfach abgeliefert.

Mit Jan Delay sprach René Martens

Konkret 04/01, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Traffic
Duell – Enemy at the Gates

Traffic

Regie: Steven Soderbergh; mit Michael Douglas, Don Cheadle, Benicio Del Toro; USA 2001 (Twentieth Century Fox); 147 Minuten; ab 5.4. im Kino

Zum Schluß dachte ich: Owei, geht's jetzt doch um die Restaurierung der family values? Michael Douglas, bis dahin oberster Drogenbekämpfer und best man des US-Präsidenten, steigt aus und sitzt mit Frau und Tochter in der Drogengruppentherapie; die Eltern hören sich eine lecture ihrer Caroline an, wie sie ihrerseits ausgestiegen ist, und zwar aus der Schüler-Crack-Szene.

Die Familie ist wieder intakt. Das ist sicherlich erfreulich, jedoch nur ein Nebenergebnis der zweieinhalb Stunden Film, die im übrigen nur so vorbeirauschen. Zentral in der finalen Sequenz ist vielmehr die Einsicht des väterlichen Amtsinhabers: Ich bin hier, um zuzuhören. Der Held des amerikanischen Mainstreamfilms ist der, der kein Held sein will. Halten wir das einmal fest; das klingt eher europäisch. Bloß, daß hier ein solcher Film nicht gedreht wurde.

Michael Douglas also nimmt zum Schluß verbal die Position ein, die Regisseur Soderbergh den ganzen Film hindurch praktiziert hat: zuzuhören. Du bist nicht allein. Die Art und Weise wie Soderbergh an die Menschen rangeht, die mit Drogen zu tun haben (mehr oder minder alle, eben): Ich behaupte hiermit, daß wir alle auf einen Film wie »Traffic« gewartet haben. Zunächst mal ist der Instanzenweg nicht eingehalten, zum Beispiel der gewerkschaftliche. Soderbergh hätte einen Kameramann engagieren müssen; er benutzte statt dessen ein Pseudonym. Denn das eben war sein Zugang zu den vielen Orten, Szenen, Leuten: die Handkamera selbst zu halten, mit Tageslicht zu arbeiten, dokumentarisch zu drehen (die Grenzkontrolle an der mexikanischen Grenze), mit seinen Darstellern zu improvisieren und ihnen ihre Sprache zu lassen. Die Rollen sind überwiegend an Lateinamerikaner vergeben; es wird spanisch gesprochen oder englisch mit Akzent. Da gibt sich einer Mühe, für sich und seine Kamera etwas herauszufinden – egal, was offizielle Lesart ist. Und es kippt im Film. Die Mexikaner sind nicht unbedingt die Schurken. Die White-collar-Society in Südkalifornien macht bessere Geschäfte als das Klischeedrogenkartell jenseits der Grenze.

Soderberghs Recherchenfokus geht vom angeblichen Schurkennachbarn auf die Konsumschurken im eigenen Land. Der Schüler-Dealer im Kinderzimmer! – Nichts wird behauptet, alles entsteht vor unseren Augen, durchaus auch verwackelt, aufgelöst, gar unscharf – glaubhaft.

Duell – Enemy at the Gates

Regie: Jean-Jacques Annaud; mit Jude Law, Rachel Weisz; Deutschland, Gro□ britannien, Irland 2001 (Constantin); 129 Minuten; seit 15.3. im Kino

Drehort Brandenburg, und die Stalingrad-Schlacht als Stahlgewitter. Immer wieder blitzen die schönen Augen von Jude Law in der Großaufnahme auf. »Der Krieg ist ein großes emotionales Erlebnis«, gab er in der Pressekonferenz zum besten. Doch dann kam noch gerade rechtzeitig: »Der Krieg bringt's nicht.«

Das ging vor der Presse in Ordnung. Doch der Kriegsfilm bringt's auch nicht. Regisseur Annaud (»Sieben Jahre in Tibet«) führt uns Stalingrad als grandiose Bühne für die Zweikampf-Show zweier Scharfschützenstars vor. Deswegen bekommt neben dem Russen-Sniper Jude Law auch der ehrenwerte Wehrmachtsmajor König (Ed Harris) extreme Großaufnahmen. Beide sind auch im jeweils anderen Feindeslager oben in den Charts. Russen und Deutsche werden eins: Publikum. And the winner is ...

Annaud machte hinterher Eisenstein für seinen Helden-Showdown verantwortlich. Immer wieder habe er dem Team die Eisensteinfilme vorgeführt – mit ihren Großaufnahmen, wo die Augen blitzen zwischen all den Totalen. Und außerdem sei sein Schlachtgemälde universell; Duelle gebe es überall, auch den Wettstreit um die schöne Frau.

Hätt ich's doch fast vergessen. Ja, es wird in Stalingrad noch um anderes gestritten, und zwar innerhalb der Roten Armee. Heldenschütze Jude Law und Politoffizier Joseph Fiennes (beides Russen) kämpfen um die Gunst der Russin Rachel Weisz. Auch brauchen die Russinnen Eva Mattes und Sophie Rois Zuwendung. Da hört allerdings der Spaß auf, befindet ein mürrischer Nikita Chruschtschow, gespielt vom Russen Bob Hoskins; Bühne frei fürs Sniper-Duett!

Es ging rund in good old Stalingrad. Im märkischen Sand verpulverten Pyrotechniker ihren Batzen vom größten Filmbudget, das je in Europa verdreht wurde (fast 200 Millionen Mark). Beim Stalingrad-Feuerwerk ging zweierlei drauf,

nämlich a) 100 Millionen Mark berlin-brandenburgische Steuergelder der Filmförderung und b) die komplette Filmdramaturgie. Traurig? I wo, mit den 20 Millionen, die im Studio Babelsberg hängenblieben, wurde dort das Gespenst des Konkurses verscheucht. Und der Zuschauer, bliebe er denn die zwei Stunden im Kino, findet seine Lieblingstoten kurz vor dem Abspann wieder unter den Lebenden, Happy-End im Russenlazarett.

Das wahre Stalingrad-Ende kommt allerdings noch. Nach dem Gau der berlin-brandenburgischen Filmfinanzpolitik (»Duell mit Hollywood«) und dem sich abzeichnenden Super-Flop des Prestige-Desasters würde ich gern wissen: Wenn auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört, was denn auf diesen?

Konkret 04/01, S. 64

Connie Uschtrin

FilmTheater

A. Bauerhoch/G. Koch/R. Lippert/H. Schlüpmann (Hg.): Krieg & Kino. »Frauen & Film« Heft 61, Stroemfeld, Frankfurt a. M. 2000, 236 Seiten, 40 Mark

Die wichtigste Zeitschrift im deutschsprachigen Raum, die vor einem geschlechterkritischen Hintergrund Filmanalyse betreibt, feierte letztes Jahr ihr 25jähriges Bestehen: »Frauen und Film«. Das Schwerpunktheft *Krieg & Kino* (wie jede Ausgabe im Buchformat erschienen) stellt aus der Gender-Perspektive eine neue Herausforderung dar. Die 13 versammelten Beiträge behandeln zu etwa gleichen Teilen Spielfilme und Dokumentationen, so etwa Heldenbilder und Konstruktionen um Männlichkeit im Kriegsfilm. Die eher theoretischen Texte, die teilweise mit Analysekategorien aus Gender-Theory sowie kulturhistorischen und psychoanalytischen Modellen operieren, drehen sich um Schaulust und deren Geschlechterbedingtheit. Für den Bereich des Dokumentarfilms werden die Krankengeschichten von amerikanischen Kriegsneurotikern betrachtet, Claude Lanzmanns Film »Tsahal« (der letzte Teil seiner Trilogie nach »Pourquoi Israel« und »Shoah«) besprochen, Beiträge zu Holocaust und Zweitem Weltkrieg im deutschen und amerikanischen Fernsehen verglichen sowie das filmische Re-Education-Programm der Alliierten nach 1945 beleuchtet.

Die im Band versammelten Aufsätze bearbeiten das Thema »Krieg und Film« auf zumeist theoretisch fundierte, erhellende und vielschichtige Weise – auch wenn in manchem Aufsatz die Geschlechterkritik zu kurz kommt und ein einleitender Überblick hilfreich gewesen wäre. Angesichts der derzeitigen Kriegsfilmwelle (Annauds »Duell« oder die US-Patriotenhymne »Thirteen Days«) werden sich die Forscherinnen auch künftig nicht über fehlendes Anschauungsmaterial beklagen können.

Konkret 04/01, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Das Kind, sehr geehrter Herr Dr. Roger Willemsen, bebockt (mehr oder weniger argumentativ) den Zubettgehbefehl der Mutter. Der Kanzler fetzt sich nach den Regeln von Sinn und Form mit der Opposition. Und selbst ein ganz Großer wie der Nazarener, der es eigentlich nicht nötig gehabt hätte, setzte sich, trotz fastenbedingten Schwächelns, inmitten der Ödnis mit der windigen Offerte des gehörnten, von Interpol gesuchten Anlageberaters höflich auseinander. Indeed ist der Diskurs, wie Thomas Mann von seinem Milchbruder Heinrich Mitte der roaring twenties einmal gesagt erhielt, »das Salz in der Suppe der geistigen Entwirrung«. Nur S i e scheinen anscheinend null Freund hievon zu sein. Wie anders sollte ich mir Ihr besenreiserdürres Schweigen auf meinen offenen Brief in 11/2000 dieser Postille erklären, in welchem ich NICHT NUR Ihre in der Zeitschrift »Die Zeit« ausgebreitete Meinung zu »Big Brother« folgendermaßen auszugsweise

Die Reality-Show wurde zur ersten kulturellen Metapher des neuen Jahrtausends. Hürth (der Standort des Containers, d.V.) hätte Stonehenge, ein Druidenmal, der Stille Brüter, der Acker von Woodstock sein können. Jedenfalls ist es eine dieser Stätten, an denen sich die Kultur ein Symbol geschaffen hat, ein Ort, an dem das Sakrament des Ruhms verabreicht wurde, ein Hochaltar der Massenkultur, vom Rampenlicht mystisch beleuchtet ... Die Welt wird ›big brotherisiert‹, die lang gesuchte bahnbrechende Idee des Unterhaltungsfernsehens ist gefunden. Der normale Mensch ist sein Held, das Leben, die Arbeit, der Abenteuerurlaub sind seine Themen ... Noch nie hatten in der Geschichte so viele Menschen anderen Menschen zusehen können. Noch nie hatten sie deren Zeiteinteilung, Eßgewohnheiten, Überforderung, Ressentiment so genau beobachten können wie in dieser Versuchsanordnung. Letztlich hat erst ›Big Brother‹ Öffentlichkeit hergestellt für Dinge, die bislang keine Öffentlichkeit hatten ... Erstmalig entwickelte sich das Drama des Alltags zum Gegentand kollektiver Betrachtung ...«

zitierte, SONDERN AUCH sagte, daß Sie, unbeschadet Ihres Doktorats über Robert Musil aufgrund solchen »Weihrauchs aus dem Dickdarm« »verloren« seien. Nun wohnte ich dieser Tage auf Einladung der TV-Deckenkamera im Abort des RTL-BB-Containers der Balkonszene zweier Sterblicher bei, die ich, in Beispielsvernutz historischen Personals, Abälar und Eloise nennen möchte. Abälar, ein Muskulus in schwarzem ärmellosem Leibchen, verlangt von Eloise, einer Hageren mit hochgestecktem Haar und Halskettchen, den Liebeskotau qua Bärchenrasur. Die vom Bildschirmnotar beglaubigte Szene verläuft soo:

Abälar (links profilig im Bild sagt zu Eloise, die rückwärts zum Betrachter steht): Das is ja□n richtiges Geflecht, nä / Eloise: Na klar, aber ich hab auch keinen Bock, das ganz kahl zu ... / Abälar: Ja, mußte aber, anders geht□s nicht / Eloise: Hältstemal fest, ääh, ich find das voll Scheiße, oder ... / (Eloise parkt ihr linkes Bein auf dem Abortdeckel und setzt den Rasierer an) Abälar: Aber gib Gas, Schatz, ratter, ratsch ratsch (während Eloise sich befehlsgemäß verstümmelt, deutet Abälar mit der Hand auf seine herausgestreckte Zunge, meint damit womöglich, daß er es, nach der Rodung des Eloise□schen Schamverhaus, wohl leichter haben werde beim Cunnilingus; sodann tätschelt er vulgär den Rücken Eloises mit einem »Grrrr« und stellt befriedigt fest: Jetzt seh ich d i e endlich mal wieder / Eloise, an Abälars Leibchen schnuppernd: Puuuh / Abälar: Du stinkst auch irgendwie da unten / Eloise: Nee, ich hab doch geduscht / Abälar: Aber nicht richtich / Eloise: Doch / Abälar: Boooah / Eloise: Das bist d u / Abälar: Nee, das bist du, eindeutig / Eloise: Nein nein / Abälar: Dat is, dat is der gute Fischladen / Eloise: Nee, vergißßes / Abälar: Nee, null / Eloise: Faß an / Abälar: Ich faß da nich hin // – – – Die Prostitution der Schamhaarrasur, eine sich bahnbrechende Kulturmetapher des neuen Jahrtausends, die sich zu messen vermag mit den ökumenischen Elegien auf den katalaunischen Feldern (451) und den Jubelexzessen beim Begrüßungsgeld (1989 n. Chr)? Ach ja?! Im Fisch sind die Würmer, und das Fleisch ist verseucht, Erdölelevatoren stürzen in die tosende See, und jeden Tag sagt ein blutjunger Krieg zu Mutter Erde: Mutti mach□s gut, ich muß hinaus ins Feld. Und da feiert einer wie Sie den Ausverkauf der Werte durch das imperialistische Desinformationskartell. Ich will Ihnen, Willemsen, per Finalsaldo folgendes sagen: Entraten Sie express der Gleisnerei. Belüften Sie Ihre Gedanken ähnlich sorgfältig und unspektakulär wie das Seepferdmännchen die ihm von der Braut überantwortete Brut. Toben Sie sich in anständigen Leidenschaften aus, statt sich an solchen Liederlichkeiten einen wie aus Magermilch aufgeschäumten runterzuholen. Begeben Sie sich (per Rückruf Ihres Artikels) stante pede der Verdächtigungsalternative, Sie seien entweder von Endemol bezahlt oder ein blinder Passagier auf dem Narrenschiff. Besuchen Sie mich auf meiner Intensivstation, und kommen Sie daselbst ruhig und ein für alle Mal zu sich.

Es sind, sehr geehrtes Fräulein Bettina Röhl, nicht nur die a little bit am Wasserstoffbombenausprobieren nachleidenden, ansonsten in den Coconuttag hineinlebenden Eiländs in the Sun, es sind auch die von anschwellenden Daxbeben

seekranken Landmassen à la Amerika, Europa und Fernost, die, seitdem Sie jenen Stein umgedreht haben, unter welchem Fischers, von brutalmöglichster Mißachtung des heiligen deutschen Staatsgewaltmonopols strotzende Vergangenheit gleich dem Erbrochenen des Pandoratresors respektive dem Medusenaufschnitt in Aliendressing lag, und nun, ausgesetzt der Sonne Strahl durch Sie, Sie große Steinumwälzerin Sie, aaliger als Aal sich windet – wie am Spieß nach ihrer Fußbekleidung schrein, soo sind sie infolge Ihrer Enthüllung der Alt-, also der Jungverbrechen des Schlachtersohns (der es übrigens mit bislang vier Ehen auf über fünfzig Prozent des Lebensbundmörders Heinrich Nummer Acht bringt) vonne Socken. Nun haben Sie ja nicht nur Jungfischers blutigen Übermut in Mainstalingrads Schlacht um vom Proletariat bezahlbare Kaltmieten aufgedeckt, sondern es war Ihnen auch Herzensorder, in zum Teil von Lebensgefahr, zum Teil von Todesangst eskortierten Lauschangriffen des Außenministers Agitproptrick mit dem sich aus der Endsilbenklangidentität von Auschwitz und Miloschewitz preiswert anbietenden Ergo (= Bomben auf Belgrad) zu enttarnen. Ohne Rücksicht auf hiemit verbundene Lebenszeit- und -qualitätsverluste decodierten Sie ferner Fischers in bezug auf Jugoslawien vielen spanisch vorkommendes »no pasaran«. Und!: Sie entrissen in einem megatoughen Männermut deklassierenden Damensolo das in Racak vergrabene Hufeisen sowohl der »night of mystery« wie dem »fog of speculation«. Die »Tokio Sun« verglich Sie dieser Tage mit Robert Redford von der »Washington Post«, der einst Nixon stürzte, und die »New York Times« titelte: »Fraulein Roehl, the European Queen of investigative journalism«. Das meinten wir von der »Ulrich von Hutten Gesellschaft« auf unsrer letzten Hackevollversammlung im Hamburger Vereinsheim Dieze-Köpi in der Rapp 1 a auch. Und deswegen wolln wir Ihnen am 1. Mai, wenn im Wirtsgärtlein der Flieder regiert und die Amselnachkommen Start und Landung üben, unsern »Lichtinsdunkelbringstern 1. Größe« verleihn. Das ist aber nicht ganz umsonst. Vorher müssen Sie für uns herausbringen, ob Fischers Freund Udo L. (der z. Zt. dröhnt, die neo-braune Pest binnen innert eines RocknRoll-Konzert-Jahres hinweggefegt zu haben) das von der »Bildzeitung« (die normalerweise druckt wie gelügt) in Umlauf gesetzte olfaktorische Verbrechen an drei unschuldigen Frauen wirklich begangen hat. Können wir uns auf Sie, liebe Bettina, verlassen, im Sinne Oriana Fallacis berufsethischer Sentenz: »Die Enthüllungsjournalistin schläft nicht einmal im Stehn, geschweige denn auf einem Wasserbett.«

Das wär nett. Und : Tschüß!

Konkret 04/01, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Auf Plakaten rund um den Bahnhof von Koblenz annoncieren die Grünen den Beginn einer wunderbaren Beziehungskiste:

Kerstin Müller kommt.

Wie schön für sie.

Notizen aus der Provinz jener Gesellschaft, die von der Partei Die Grünen gründlich zivilisiert worden ist, denn, sagt Frau Pastor, »das können wir«, und zwar aus dem »Flensburger Tageblatt«, das auch als »Schleswiger Nachrichten«, »Schlei Bote«, »Nordfriesland Tageblatt«, »Sylter Rundschau«, »Der Insel-Bote«, »Husumer Nachrichten«, »Schleswig-Holsteinische Landeszeitung«, »Holsteinischer Courier«, »Norddeutsche Rundschau«, »Wilstersche Zeitung«, »Dithmarscher Rundschau«, »Brunsbütteler Rundschau«, »Marner Zeitung«, »Ostholsteiner Anzeiger« und »Stormarner Tageblatt« etwa fünfmal so viele Mitglieder der deutschen Gesellschaft informiert und belehrt wie das Zentralorgan der grünen Zivilisation. Beginnen wir mit einer Familienanzeige:

In Memoriam
Hans Schmidt
Linnau
** 9.3.1905 = 22.2.1976*
Seine Eltern stammten aus Ostpreußen; er lebte für Deutschland, nicht für eine multikulturelle Gesellschaft.
Auch gedenken wir des Soldatentodes seines Bruders
Wilhelm Schmidt, Flensburg,
und seines Schwagers
Heinrich Jaacks, Großenwiehe,
im Zweiten Weltkrieg
Dipl. rer. pol. Edith Volpp, geb. Schmidt
Dr. Werner Volpp

Fahren wir fort mit einem Leitartikel unter dem Titel »Kleiner Staat ganz groß«:

Es ist schon bemerkenswert, wie laut das Getöse um die Wahl in einem kleinen Land wie Israel ist. Weder die Bevölkerungszahl noch das relativ magere Bruttosozialprodukt rechtfertigt den Rummel. »Jews are news« – Juden sind immer eine Nachricht wert – , heißt es in den US-Redaktionen. Und das nicht nur, weil in den USA neun Millionen Juden leben und über wichtige Positionen verfügen. Der amerikanische Weltwirtschaftsexperte Joel Kotkin zählt in seinem vielbeachteten Buch »Stämme der Macht« die Juden zu den fünf Weltethnien, die die Geschicke der Weltwirtschaft lenken. Die Kontinentaleuropäer gehören nicht dazu, aber die Angelsachsen – und das mag auch einiges über die geheimnisvollen Bindungen zwischen den USA und Israel aussagen.

und schließen wir, nachdem wir diesen Hackepeter aus *Mein Kampf* und Sportpalast aufgetragen haben, die völkische Klappstulle mit einer weiteren Familienanzeige:

Gegen das Vergessen
zum Gedenken an unseren Bruder, den Oblt.d.Res.i.d.Pz.Aufkl.Abt. 13
Bernhard v. Holtzendorff
**23. Februar 1921 in Jagow/*

Uckm.

Er diente im Zweiten Weltkrieg v. 1940-1944 seinem geliebten deutschen Vaterland.

Vermißt seit Herbst 1944 in Bulgarien kurz vor der Grenze zur Türkei.

Ermordet oder verschleppt nach Sibirien.

Er wollte als Landwirt das Erbe seiner Väter antreten.

Hat die Enteignung 1945 durch die Sowjets u. DDR-Machthaber nicht erlebt.

Für seine 5 Geschwister

Kpt. Hagen v. Holtzendorff

Das »Flensburger Tageblatt« ist mit seinen Kopfblättern eine der führenden Tageszeitungen des Landes, das seit vielen Jahren von einer Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen regiert wird. Aber recht eigentlich regiert wird das meerumschlungene Land von der ewigen Liebe zu seinem früh dahingegangenen Führer, dessen Vorlieben betreffend das Vaterland, das Erbe der Väter, und dessen Vorbehalten gegenüber den Bolschewisten, die die Verteidiger des deutschen Vaterlands an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei ermorden, und den Juden, die mit viel Getöse die Geschicke der Weltwirtschaft lenken. Frau Simonis und ihre Minister sitzen bloß darauf herum und spielen der Welt deutsche Zivilisation vor.

Was macht eigentlich der legendäre Vordenker der deutschen Sozialdemokratie, der Peter Glotz? Denkt er der SPD immer noch im Rhythmus der Journale dies und das vor? Das eine Mal, daß »das Ende des Klassenkampfs« gekommen, ein anderes Mal, daß es gegangen sei? Genau das ist es nämlich. Und warum ist es das? Auch darüber hat der Vordenker sich Vorgedanken gemacht:

Die Turnschuhgeneration putzte die Nadelstreifen von den Titelseiten. Das war zwar zu einem guten Teil eine optische Täuschung. Aber die Selfmade-Milliardäre erzeugten die Hoffnung, daß viele den Marschallstab im Tornister haben könnten.

Was die Turnschuhgeneration in der Patronentasche (frz.: giberne) hatte, von der Ludwig der Achtzehnte den Kadetten von Saint-Cyr erzählte, waren nicht so sehr die Stäbe des Marschalls als die Cocktails des Molotow bzw. die Steine des späteren Anstoßes. Wer aber auf dem schwerfälligen Tanker SPD angeheuert hatte, tauschte den Tornister mit dem Kanister, lernte Automann und putzte mit dem Nadelstreifen die Turnschuhe von den Titelseiten der Magazine, denen der Vordenker seit Jahrzehnten seine optischen Täuschungen andreht. Neben Glotz wird jeder Hütchenspieler ein Mahnmal der Seriosität, aere perennius.

Wo die Zone noch Zone ist, gibt es die »Ostsee-Zeitung – Die Unabhängige für Mecklenburg-Vorpommern – Mit Rügener Zeitung – Die Lokalzeitung für Deutschlands größte Insel«. Dort lesen wir Schlagzeilen wie diese:

Halbzeit in der Halmfruchternte – Die Rügener Landwirte dreschen jetzt ihren Winterweizen

Und Unfallberichte wie diesen:

Nach Angaben der Polizeiinspektion Bergen sind am Hafen zwei Radfahrer mit ihren Drahteseln zusammengestoßen. Einer der Pedalritter sei dabei sogar schwer verletzt worden.

Solche Zeilen lassen ordentlich spüren, daß Gott groß ist. Und Deutschland leider größer.

Der Redakteur des »Spiegel«, die Versetzung in den Vorruhestand erwartend, gedenkt der Zeiten, da alle Glieder gelenkig bis auf eins, aber er gedenkt nicht gerne, sondern mit Mißgunst, und er warnt Jüngere, die noch können könnten, vor

übertriebener Erwartungshaltung.

Er meint natürlich übertriebene Erwartungen, weil eine Erwartungshaltung weder über- noch untertrieben werden kann, sondern bloß da ist, wie die Zeit, da alle Glieder steif sind bis auf eins, bzw. weg, wie die Zeiten, zu denen nicht einmal die Erwartungen übertrieben waren.

Manches kommt noch schneller herunter, als man hoffen durfte, und auch der weltmännische »Paradigmenwechsel«, mit dem die Konvertiten von Achtundsechzig ihre Charakterdefekte zu verbergen pflegten, hängt schon in der Kleidersammlung fürs Zonenrandgebiet:

Paradigmenwechsel in Fulda

überschrieb die »Frankfurter Allgemeine« einen Bericht über die Kommunalwahl in dem hessischen Kaff, bei welcher die Paradigmen wechseln, das heißt: die derzeitigen Machthaber ihr Cannae erleben könnten, ach, was sag' ich, ihr Waterloo!

Einerseits ist der Scherz allzu platt. Andererseits ist es unmöglich, ihn nicht zu machen. Der Kerl mit den Dackelfalten bringt einen auf jeden klammheimlichen Gedanken, und wenn das »Hamburger Abendblatt« das Frühstücksbrötchen mit der Schlagzeile belegt:

Fischer nach zwölf Stunden aus dem Meer gerettet

beginnt der Tag mit einer heftigen Emotion. Doch zivilisiert wie wir geworden sind, gewinnt bald die Vernunft wieder die Oberhand und läßt verstehen, was die Nachricht uns realpolitisch sagen will: eigentlich schade.

Jörg Immendorff, der welt- und kulturrevolutionäre Maler des deutschen Maoismus, ist, wie schon seine Genossen, mit seiner Revolution im Kulturteil von Springers »Welt« angekommen, wo er über seine dem deutschen Volke dienende Bilderserie »Café Deutschland« schwadroniert:

Das sind Werke, die sich durchkämpfen mußten, die aber schon damals den Finger auf gesellschaftliche Probleme gelegt haben.

Man ist ja schon skeptisch, ja septisch, gegen in die Wunden gelegte Finger. Aber Finger auf gesellschaftlichen Problemen – pfui kacka, schickt sich das?